

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 1. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Nationalökonomische Sprünge.

Die „Post“ leistet sich das Vergnügen, in ihrer Nr. 40 die kürzlich von dem russischen Socialisten Peter v. Strube im „Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik“ veröffentlichte Kritik der Marxschen „Theorie der socialen Entwicklung“ zu einem Leitartikel über das Thema „Der Socialismus als Wissenschaft und Förderungs mittel“ zu verwerten.

Strube wendet sich u. a. in seinem Aufsatz (S. 694) gegen die Marxsche Mehrwerttheorie. Nach seiner Ansicht hat der Satz von der Steigerung der Mehrwertrate nur für die Anfänge der großkapitalistischen Entwicklung Geltung: eine Auffassung, die er weiterhin folgendermaßen begründet:

Die Mehrwertrate kann nämlich nur dann wachsen, wenn entweder der Arbeitslohn, aus welchen Gründen es sei, sinkt oder der Mehrwert steigt. Das Sinken des Arbeitslohns ist aber wesentlich nicht die Signatur der neuesten wirtschaftlichen Entwicklung aller kapitalistischen Länder.

Es soll hier weder über die Mehrwerttheorie eine Vorlesung gehalten, noch über die Berechtigung der Strubeschen Auffassung gestritten werden. Hervorgehoben sei hier nur, daß Strube, obwohl er das richtige meint, doch sich recht unpräzise ausdrückt. Unter dem Mehrwert, von dem er in vorstehender Auslassung spricht, ist auch dort, wo er nicht das Wort „Rate“ hinzusetzt, nicht der Mehrwert im allgemeinen, sondern seine Rate gemeint, d. h. das Verhältnis des Wertüberschusses, den die Arbeitskraft über ihren eigenen Wert hinaus im Produktionsprozeß produziert, zur Größe des für den Kauf der Arbeitskraft aufgewendeten Kapitalteils, des sogenannten „variablen“ Kapitals.

Das ist für jeden, der das ABC der Marxschen Mehrwerttheorie kennt, so selbstverständlich, daß Strube, der seinen Aufsatz ja nicht für große Kinder geschrieben hat, wahrscheinlich der Ansicht gewesen ist, sich längere Auseinandersetzungen sparen zu können. An die übliche Weisheit jener Socialisten von der Species, die in der „Post“ zu Worte kommt, hat er jedenfalls nicht gedacht.

Wie die Verelendungstheorie, so ist auch die auf die Mehrwerttheorie aufgebaute Zusammenbruchstheorie des Socialisten Marx durch den tatsächlichen Entwicklungsgang längst widerlegt. Marx sah die Steigerung der Mehrwertrate in der sinkenden Tendenz des Lohnes. Thatsächlich haben die Löhne aber eine steigende Tendenz gezeigt.

erzielen läßt. Besteres ist gerade erst durch bessere Lohnzahlung wie kürzere Inanspruchnahme der Arbeitskraft, wodurch eine physische Debulung der Arbeiterklasse ermöglicht wurde, zu erreichen gewesen.

Es ist kaum möglich, einen größeren Unfuss in weniger Zeilen hineinzuwringen. Zunächst ist die Behauptung, Marx hätte die Steigerung der Mehrwertrate in der sinkenden Tendenz des Lohnes gesehen, einfach erfunden. Auch nur einen einzigen Beweis für seine Unterstellung beizubringen, wird dem Artikelschreiber schwer fallen. Marx erörtert nur die verschiedenen Umstände, die steigend oder ermäßigend auf die Mehrwertrate wirken, nichts weiter. Auch an der bekannten Stelle, die gewöhnlich für die sog. „Verelendungstheorie“ angeführt wird, steht nichts von sinkenden Löhnen, sondern von dem Wachsen „der Masse des Geldes, des Druckes, der Anrechnung, der Degradation, der Ausbeutung“ u. s. w. Und zweitens beweist die steigende Tendenz der Löhne, wie der Socialökonom der „Post“ annimmt, absolut nichts gegen die Erhöhung der Mehrwertrate, denn mit den Löhnen kann zugleich die Intensität, der Ausbeutungsgrad, der Arbeit steigen — und das ist bekanntlich der Fall. Lediglich auf das Verhältnis der Lohnsteigerung zur Intensitätssteigerung kommt es an. Daß ferner durch Vermehrung der Arbeiterzahl eine Erhöhung der Mehrwertrate, eine Steigerung seiner absoluten Quantität möglich ist, das ist selbstverständlich, denn wie jedes Kind weiß, produzieren zwanzig Spinner unter sonst gleichen Bedingungen ein höheres Mehrwertquantum als zehn. Aber darum handelt es sich, wie der Artikelschreiber in seiner Rede ganz verkennt, durchaus gar nicht, wie denn auch Strube dieses Argument nirgends berührt. Es handelt sich um die Rate, um das Verhältnis des Mehrwerts zum variablen Kapital. Geradezu lächerlich ist es jedoch, wenn der Herr Artikelschreiber es so darzustellen sucht, als hätte Marx gar nicht begriffen, daß viele Arbeiter ein größeres Mehrwertquantum erzeugen können, als wenige (gleiche Verhältnisse vorausgesetzt), und daß ihm der Einfluß der Arbeitsintensität auf den Arbeitsertrag unbekannt geblieben sei. Man sollte fast glauben, die „Post“ wolle ihre Leser duplizieren; doch würde man damit die geistige Qualität des Herrn Verfassers entschieden überschätzen. Er will absolut nicht täuschen; er hat, wie der Ausdruck vom „höheren Wert erzielen“ deutlich beweist, weder begriffen, was die Mehrwertrate ist, noch worum es sich überhaupt handelt.

Eins ist übrigens doch wertvoll in dem Artikel der „Post“: das Zugeständnis, daß erst die Erhöhung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit eine intensivere Arbeitsleistung ermöglicht haben, also Vorbedingung der letzteren gewesen sind. Vielleicht zieht daraus noch mal die „Post“ die Lehre, daß das Eintreten für Lohnerhöhungen und den achtstündigen Arbeitstag doch nicht nur socialdemokratische Aufgabe ist.

Südafrika im englischen Parlament.

Im Unterhaus sowohl wie im Oberhaus ist Dienstagabend der südafrikanische Krieg erörtert worden. Und so scharf auch die Regierung von der liberalen Opposition angegriffen wurde, so zeigte die Adrehsdebatte doch konservative und liberale darin einig, daß der Krieg mit aller Kraft fortzuführen sei.

Im Unterhaus griff der frühere Kriegsminister, der Liberale Campbell-Bannerman, die Regierung an. Von seiner Rede haben wir in der gestrigen Nummer bereits einen Teil wiedergegeben. Er fuhr danach fort:

Indem ich in meinem Namen und im Namen derjenigen, für die ich spreche, unsere Bereitwilligkeit von neuem ausdrücke, für die Fortsetzung des Krieges mit Kraft und unbefangenen Mitteln einzutreten (Weisfall), um so bald als möglich die Integrität der Herrschaft der Königin zu sichern und zu einem erfolgreichen Abschluß zu kommen, bilde ich mir ein, daß es nicht schwermühtig sein wird, die weiteren Mittel, die sich hierfür als erforderlich erweisen, zu erlangen. Aber, wenn ich zu einem andern Teile dieser Angelegenheit übergehe, dann hört meine Uebereinstimmung mit der Regierung auf. Wenn ich auf die Umstände blicke, die dem Kriege vorangingen, wenn ich die Auffassung, die die Regierung sich von ihrem Amtsantritt an gebildet hat, und den eigenen Geist erwäge, mit welchem an dieses große südafrikanische Problem heranzutreten ich (Weisfall bei der Opposition), wenn ich an den leidenschaftlichen Ton denke, in dem sie ihre Beziehungen nicht nur zu Transvaal, sondern auch zu unsren eigenen holländischen Staatsangehörigen am Kap geleitet hat, wenn ich ferner den offensichtlichen Mangel an Vorsorge für militärische Erfordernisse für die Feindseligkeiten sehe, welche ihre Politik ins Bereich der Möglichkeit rückt (Weisfall bei der Opposition) und welche die Art, ihre Politik zu fördern, wahrscheinlich machte, dann bin ich gezwungen, die Art ihrer Geschäftsführung offen zu beurteilen. Aber, ohne Zweifel, es ist Krieg. Während des Krieges ist für seine wirksame Fortführung Vorsorge zu treffen, woran das Land zur Zeit am meisten interessiert ist.

Jetzt wird gesagt, der Krieg war unvermeidlich; das ist offenbar eine Meinung post factum, weil, wenn es nicht der Fall war, der ministerielle Standpunkt hoffnungslos verurteilt ist, und weil, wenn die Minister im letzten Sommer den Krieg für unvermeidlich hielten und doch noch mit den Verhandlungen fortfuhren, in der Weise, wie sie es thaten, sie aus dem Amte getrieben werden müßten. (Gelächter bei den Ministerellen, Weisfall bei der Opposition.) Nichts war im Wesen der Frage, derentwegen sie mit Transvaal in Meinungsverschiedenheit waren, worin man einen casus belli hätte finden können (Weisfall bei der Opposition), nichts war, das den Krieg und Vorbereitungen zum Kriege hätte rechtfertigen können. (Weisfall bei der Opposition.) Wir müssen daher schließen, daß alles, was getan wurde, zu dem Zweck geschah, die Boeren durch Einschüchterung zur Unterwerfung zu bringen.

Eine lächerlichere Auffassung von den Gegnern und ein vollständigeres Verrechnen hat man in der Geschichte niemals gesehen. (Weisfall bei der Opposition.) Thatsächlich hat sich die Regierung geirrt sowohl in Bezug auf den Ausbruch des Krieges und auf unsere Gegner im Kriege, als auch in ihrer ganzen Voraussicht über die Erfordernisse des Krieges. Ich bedauere, daß die Regierung von den Rüstungen der Boeren so wenig gewußt hat.

Lord Balfour.

der erste Lord des Schatzes, verteidigte darauf die Regierungspolitik. Gegenüber den Ausführungen Bannermans, sagte er, er deute sie dahin, daß darin ein Versprechen der Unterstützung liegt, soweit sich Campbell-Bannerman in der Opposition befindet oder das Versprechen einer noch wichtigeren Politik, falls er die Regierung übernimmt, das Versprechen, den Krieg so lange aufrechtzuerhalten, als derselbe die Invasion zurückweisen soll. (Weisfall; Zwischenrufe: Nein, nein.) Aber Bannerman lehnt es ab, sich auf eine Erklärung festzuliegen, aus der hervorginge, daß, soweit er über Englands Geschick mitbestimmen könne, Einband auf dem Wege fortzuschreiten solle, sich die völlige Suprematie über ganz Südafrika zu verschaffen. (Lauter Weisfall.) Bannerman widerspricht meiner Auffassung nicht. (Bannerman entgegnet hier: Balfour wird es nicht gelingen, etwas in meine Worte hineinzulegen, was nicht darin ist, oder mich dazu zu bringen, noch mehr zu sagen; Gelächter bei den Ministerellen, Weisfall bei der Opposition.)

Die Schwierigkeiten mit den Boeren datieren seit vielen englischen Kabinetten, darunter demjenigen, dessen Mitglied Bannerman war. Chamberlain wurde angegriffen wegen Mangels an Takt und Weisheit in seinen Depeschen, aber nicht ein einziger Satz wurde angeführt zur Begründung dieses Vorwurfs. Die Regierung hat die Kräfte des Feindes unterschätzt, aber die Nachrichten-Abteilung des Kriegsministeriums sollte verschont werden mit Angriffen, die nicht auf Thatsachen begründet sind. Der Umfang der Streitkräfte der Boeren war ein Problem, das nicht so leicht gelöst werden konnte wie die Frage nach der militärischen Stärke irgend einer europäischen Nation. Das Kriegsministerium weiß nichts davon, daß Buller der Meinung war, die entsandten Streitkräfte seien unzureichend für die Leistung, die von ihnen erfordert werden könnte. Die entsandten Streitkräfte überstiegen bei weitem dasjenige, was der Regierung als erforderlich bezeichnet worden war. Die Regierung hat weder direkt noch indirekt sich in das freie Verfügungsrecht der Generale im Feld gemischt. (Weisfall.)

Das Land ist, zweifellos mit Recht, enttäuscht über verschiedene Resultate des Krieges. Wenn die gegenwärtige Regierung nicht das Vertrauen des Hauses besitzt, und wenn das Land sich diesem Urteil anschließt, so will ich mich verpflichten, jede etwa auf uns folgende Regierung zu unterstützen, der es gelänge, daß der Krieg zu dem Abschluß gebracht wird, den das Land wünschen würde. Die Regierung hat keineswegs den Wunsch, die vorerwähnten Mängel zu verheimlichen. Sie will nie zum Frieden raten, bis es nicht ein solcher Friede ist, der die rechten Früchte bringt. Das Land wird darauf bestehen, daß, was für eine Regierung auch am Ruder ist, unsre militärische Ehre voll gewahrt wird, und daß wir in Südafrika keine Wurzel zurücklassen, aus der wiederum irgend eine der bitteren, giftigen Früchte entspringen könnte, an denen wir jetzt so viele Jahre lang gelitten haben.

Ein Misstrauensvotum

wurde sodann von Lord E. Fitzmaurice, einem Bruder des Kriegsministers, eingebracht, welcher das Bedauern des Hauses ausdrückt über den Mangel an Sachkenntnis, Voraussicht und Urteilskraft, den das Kabinett an dem Tag gelegt habe sowohl bei der Führung der südafrikanischen Angelegenheiten seit 1895, als in den Vorbereitungen zu dem jetzt im Gange befindlichen Kriege.

Die Debatte des Unterhauses wurde sodann vertagt, nachdem noch einige konservative die Politik der Regierung gebilligt hatten.

Im Oberhaus

ist dagegen die Adrehsdebatte am Dienstag bereits zu Ende gekommen. Nach ziemlich matten Angriffen durch Lord Kimberley sprach der Premierminister Salisbury:

In den Bestimmungen der Konventionen von 1881 und 1884, so führte er unter anderem aus, ist nichts enthalten, was den freien Import irgend welcher Kriegsmunition, die Transvaal nur wünschen könne, hindert. Wenn Lord Kimberley sagt, wir hätten wegen der Artillerie und der Munition Weisheit wissen müssen, welche die Boeren in das Land brachten, so möchte ich ihm entgegen, wie wir dies hätten erfahren sollen. Wenn ich es auch nicht aus amtlicher Quelle weiß, so glaube ich doch, daß die Geschütze im allgemeinen in Dauphinesen und die Munition in Pianostifen eingeführt wurden. Das Volk freut sich so sehr darüber, daß unser Geheimdienstfonds nur sehr ist, aber wenn man viele Informationen wünscht, muß man auch dafür bezahlen. In Anbetracht der gewaltigen Summen, welche andre Mächte für den Geheimdienst verwenden und unter dieser namenlos Transvaal, welches, wie mir ein in hoher Stellung befindlicher Diplomat sagte, in einem Jahre dafür allein 800 000 Pfund ausgegeben hat, und wenn wir diese Summen mit dem kleinen Betrage vergleichen, welchen die englische Regierung hierfür aufwendet, so denke ich, daß es unmöglich ist, allwissend zu sein, wie Lord Kimberley von uns verlangte. Meiner Ansicht nach lag der Fehler in der Konvention von 1881 und 1884, durch welche mitten in unser Land eine uns bitter feindliche Boeren-Bevölkerung gesetzt wurde, der es ein leichtes war, Waffen einzuführen.

Ich glaube nicht an die Vollkommenheit der britischen Einrichtungen für den Kriegszustand. Es ist klar, daß in der Praxis etwas nicht in Ordnung ist. Die Kriegswissenschaft ist auf dem Festlande mit einer Gründlichkeit und einer Selbstaufopferung studiert worden, welche keiner andern Wissenschaft zugewendet wurde. Wir finden uns vor fünf großen militärischen Nationen umgeben. Wir befolgen jedoch in dieser Angelegenheiten von höchster Wichtigkeit eine ganz verschiedene Politik. Ich glaube nicht, daß die britische Verfassung, wie sie jetzt angewendet wird, eine gute Kampfmaschine sei. Sie ist darin nicht zu übertreffen, in Zeiten des Friedens Glück und Segen zu schaffen, aber zu Zeiten des Krieges, wo die Großmächte und nicht

mit freudlichem Auge ansehen, tritt an uns die Notwendigkeit heran, darüber nachzudenken, ob wir nicht unsere Einrichtungen in gewissem Grade modifizieren müssen, um Gefahren zu begegnen, welche jeden Augenblick entstehen können. Eine Kritik dürfte in der jetzigen Krise nicht von sehr großem Nutzen sein. Wir müssen vielmehr alle vereinen, um alle Kraft, die wir aufwenden können, daran zu setzen, uns aus dieser Lage zu retten, welche für uns eine Demütigung bildet und nicht frei von Gefahren ist. Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß wenn wir uns herhaft an die Arbeit machen, und alle zuverlässigen Kräfte, die wir besitzen, anwenden, wir den Krieg zu einem erfolgreichen Ende bringen werden.

Nach Salisbury sprach noch der frühere Premierminister Lord Rosebery, der seine Angriffe auf die Regierung mit einer sehr kriegerischen Phrase begann. Das Verhalten der Regierung, sagte er, wird einer Prüfung unterzogen werden. Ich hoffe indessen, daß die Untersuchung nicht eher stattfinden wird, als bis die Regierung und die, welche der Königin dienen, mit solchem Ruhme bedeckt sind, daß das untersuchende Auge etwas gebildet wird. Dann fuhr er kritisch fort: Ich bin sehr über Salisburys Rede. Wir haben 12000 Mann in Afrika, wir halten unser Bestreben nur mit Schwierigkeiten. Die Haltung der fremden Mächte wird in der Thronrede allerdings als freundlich bezeichnet, durch Salisburys eigene Bemerkungen wird diese Ausdrucksweise aber abgeschwächt. Es scheint mir daher nicht alles so freundschaftlich zu stehen, wie das in der Thronrede gebräuchliche Wort bedeutet. Wir befinden uns in einer gefährlichen Lage. Wir haben das Recht, von der Regierung zu erfahren, ob sie vor Ausbruch der Krise entsprechende Informationen hatte, so daß sie die Angelegenheit auf diplomatischem Wege erledigen wollte. Wenn sie solche Informationen nicht hatte, müssen die Mitglieder des Reichstages-Bureaus erlassen werden. Was nun Salisburys Bemerkung über den Geheimdienstfonds betrifft, so bin ich der Ansicht, daß die Regierung die Pflicht hat, sobald sie irgend welche Fonds im Dienste des Landes für nötig hält, die nötigen Gelder zu verlangen. Ich bin vollständig davon überzeugt, daß weder dieses noch irgend ein anderes Opfer der Nation davon abzusehen wird, die Vorherrschafft des Reichs aufrecht zu halten. Das Land wird die Sache durchführen trotz aller Hindernisse, welche ihm Menschen und Methoden in der letzten Zeit in den Weg gelegt haben. Es wird aber durch einen edleren Ton und wahrhaftigeren Patriotismus begeistert werden müssen, als wir ihn heute Abend von Salisbury gehört haben.

Sodann ergreift der **Kriegsminister Lord Lansdowne** das Wort: Die Schätzungen, welche das Nachrichtenbureau über die Zahl der Boeren besaß, hat, waren richtig. Was es aber möglicherweise unterschätzt hat, war die Kriegstätigkeit der Boeren. Ich bin bereit, auf die Sache bis in die kleinsten Details einzugehen, will aber jetzt nur noch konstatieren, daß ich rechtzeitig militärische Maßnahmen ins Auge gefaßt habe.

Die Adresse wurde darauf angenommen.

London, 31. Januar. Die bisher getrennten Gruppen der Iren haben sich wieder vereinigt und die irische Partei hat beschlossen, ein Amendement zu der Adresse einzubringen, in welchem erklärt wird, die Zeit sei gekommen, dem Kriege, welcher unnötig und ungerecht sei, ein Ende zu machen auf der Basis der **Anerkennung der Unabhängigkeit Transvaals** und des **Oranje-Freistaats**.

Die englische Presse äußert sich über die Debatten im Ober- und Unterhaus im Tone der Enttäuschung. Die Reden Lord Salisburys und Balfours werden als leichtfertig, samtpfifich, dem Ernst der Lage nicht entsprechend erachtet. Namentlich Lord Salisburys Rede, bemerken die „Daily News“, „war der Gelegenheits höchst unwürdig.“ Das Blatt fürchtet, die Debatten dürften nicht dazu beitragen, die öffentliche Besorgnis zu beschwichtigen, und bellagt lebhaft, daß die Regierung sich nicht über die Schritte geäußert habe, die erforderlich seien, um das Land aus seiner Demütigung zu befreien und die Gefahren, die ihm angeblich drohen, abzuwenden. Die unionistische Presse verheißt ebenfalls nicht ihre Zustimmung. Die „Times“ sagen, erste Männer aller Parteien, welche die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage würdigen, könnten nur ein Gefühl tiefer Unzufriedenheit und Entmutigung empfinden. „Daily Telegraph“ glaubt indes, die Nation stehe fest und völlig einig hinter der Regierung in ihrem Entschlusse, den Krieg mit aller Kraft fortzusetzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar.

Der Reichstag

fehle am Mittwoch die zweite Lesung des Postetats fort, ohne zu Ende zu kommen. Für eine größere Debatte war bei keinem der einzelnen Posten Veranlassung. Zu einer längeren Erörterung führte bloß die Streitfrage der Entschädigungsansprüche, in welcher Frage der Bundesrat trotz wiederholter Resolutionen des Reichstags und ihm, dem Bundesrat, ungünstiger Gerichtsentscheidungen einen entgegengegesetzten und ablehnenden Standpunkt einnimmt. Das Verhalten des Bundesrats fand scharfen Tadel und schwache Verteidigung oder eigentlich nur Beschönigung. Genosse Singer suchte den Herren vom Bundesrat begreiflich zu machen, daß, wenn die Herren fortfahren, die Beschlüsse des Reichstags zu nichtachten, der Reichstag auch einmal den Spieß umdrehen und der Reichsregierung die Geldmittel für Zwecke, die ihr mehr am Herzen liegen, zu verweigern. Dieser Wink mit dem parlamentarischen Jaupfahle schien dem Herrn Staatssekretär für das Postwesen nicht besonders zu gefallen; der Reichstag war aber gutmütig genug, den Antrag auf Rückverweisung der Materie an die Budgetkommission nicht anzunehmen. Mit großem Nachdruck bekämpfte Singer des weitern wieder das System der willkürlichen „Zulagen“, das der Beamten unwürdig ist, weil sie als Gnade empfangen, was ihr Recht ist, und durch den Empfang in den Verdacht der Zuschlagwanzerei gebracht werden. Etatsmäßige Festsetzung thut not.

Der Reichstag verlagte sich um 1/2 6 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstagmittag 12 Uhr. Rest der Tagesordnung, die um jeden Preis erledigt werden soll. Am Freitag, Sonnabend und Montag soll keine Sitzung sein. Dienstag Lex Heinze, Mittwoch die Polen-Interpellation.

Das Centrumspiel.

An die Centrumpresse, so erfahren sie ist in der Kunst, sich durch allerlei Nebensachen um eine klare Stellungnahme herumzudrücken, stellt die Flottenvorlage besonders hohe Ansprüche. Die Bachemische „Königliche Volkszeitung“ allerdings zeigt einigemmaßen deutlich ihre Abneigung gegen die neuesten Flottentollheiten und bringt heute wieder einen recht guten Artikel über „Kolonialpolitik und Auswanderung“ wider die Weltreichsphantastereien der Flotten-Professoren Schmoller und Wagner. Aber die „Germania“, welche sich als Vertreterin ihrer Gesamt-partei zu gelten bemüht, kränkt sich in bemitleidenswerten Bindungen zwischen den Zumulungen des Flottengehees und den mannigfach abgestuften Stimmungen ihrer Parteihänger im Lande hindurch.

Die „Germania“ schiebt die wichtigsten Fragen, die das Flottengehees aufwirft, gänzlich bei Seite. Die „Weltpolitik“,

die völlige Vernichtung des Budgetrechts der Volksvertretung und ähnliche Nebensächlichkeiten bieten dem Blatte der Partei, der die parlamentarische Entscheidung über Deutschlands Zukunft in die Hände gelegt ist, keinen Anlaß der Betrachtung oder gar der Erregung. Hinsichtlich der eigentlichen Hauptfragen: Ist eine Flottenvermehrung, die eine Weltmachtpolitik stützen soll, nötig und wünschenswert oder nicht? — verrät die „Germania“ nichts weiter von ihren Herzensgeheimnissen, als daß man eine „sachliche Prüfung“ vornehmen müsse. Vorläufig aber hütet sich das Blatt, in diese Prüfung einzutreten. Wenigstens teilt es von den Resultaten ihrer Forschungen der erwartungsvollen Welt kein Sterbenswörtchen mit. Das Centrum des Herrn Dr. Lieber wird also — das zeigt die Vermeidung jeder Aussprache durch das führende Blatt — gegen den Kern der Flottenvorlage sicherlich überhaupt nichts Ernsthaftes einwenden.

Aber auch in der Defensionsfrage, welche die Centrumpartei zum Tummelplatz ihrer Scheingewerkschaft gegen die Negir-Kera erkoren hat, drückt sich die „Germania“ — verlegen trotz aller Verschlagenheit — um jede klare Stellungnahme herum. Gegen ihre flottenbegeisterten Kritiker bemerkt sie in aufgeblasener Scheinvolksfreundlichkeit:

„Wenn wir den „nationalen“ Phrasen für eine Verführung der deutschen Flotte zur Erleichterung der Phantasien das andere Wort von der „Flotte auf Pump“ entgegenzusetzen haben, so finden wir diese Kritik so lange für gerechtfertigt, als die besitzenden Klassen mit großem Einkommen sich bereit erklären, eine die stärkeren Klassen der Bevölkerung treffende neue Steuer freiwillig zu übernehmen. Solange diese vom Kaiser erwartete Opferwilligkeit nicht greifbare Formen in Gestalt von positiven Vorschlägen für eine neue Flottensteuer, welche von den „oberen Zehntausenden“ getragen wird, annimmt, so lange man auf einen „Pump“ von Hunderten von Millionen bis zu einer Milliarde verweist — die Zinsen würden ja von der breiten Masse der Bevölkerung getragen werden müssen — so lange sollte man doch in ehrlichen Kreisen nicht Lustig daran nehmen, wenn wir klar und wahr von einer „Flotte auf Pump“ sprechen.“

Was will das sagen? Schöne Worte, in deren jedem der Keim des Unfalls selbst in der Kostenfrage steckt. Ihre Kritik sei berechtigt, sagt die „Germania“, so lange nicht eine neue, die Besitzenden belastende Flottensteuer eingeführt werde. Aber kein Wort sagt sie, daß ihre Partei, wenn diese Bedingung nicht erfüllt werde, keinesfalls das Flottengehees bewilligen werde. Es bleibt alles der Zukunft vorbehalten. Das Centrum bindet sich nicht vorzeitig, es läßt nur sich und den Reichstag durch die Regierung binden.

Die „Germania“ spricht stets von der Pumpflotte und thut sich ein großes zu gute, daß sie so tapfer gegen die Anleihenwirtschaft vom Leder ziehe. Aber die Pumperei ist doch nur eine Frage zweiten Ranges, und wenn die „Germania“ sie nun immer voraussetzt, so thut sie das nur, weil sie auch auf dem Gebiete der Kostendeckung sich um das Wichtigste herumstehlen möchte. Die 760 Millionen, die durch Anleihe aufgebracht werden sollen, bilden nur einen geringen Teil der Gesamtaufwendungen für die Flottenerweiterung. Und das Centrumsblatt sagt kein Wort darüber, daß es die Milliarden, die außer der Anleihe nötig sind, aus den laufenden Einnahmen des Reiches, aus den Lebensmittelpreisen und Verbrauchssteuern bestreiten wissen will.

Dieses schone Ausweichen vor den wichtigsten Entscheidungen, die das Flottengehees stellt, jener Rückzug auf weniger bedeutungsvolle Nebenfragen lassen erkennen, wie wenig darauf gebaut werden darf, daß das Centrum auch nur nach irgend einer Richtung seine mächtige Stellung im Parlament gegen die Ungeheuerlichkeiten der Flottenvorlage ausnutzen wird. —

Die Zeitungs-Erbsünde.

Bei dem Prozeß wegen Beleidigung des Reichskanzlers, der kürzlich gegen den Redacteur der „Magdeburger Volksstimme“ verhandelt wurde, hatte das Gericht, wie erinnerlich, in der mündlichen Urteilsbegründung ausgeführt:

„Die Unbescheidenheit des Angeklagten komme aber nicht strafmildernd in Betracht. Der wirkliche Thäter sei doch die Zeitung, die der Angeklagte mit seiner Person dede. Die Zeitung sei aber nicht unbescholten, sondern schon oft und sehr erheblich vorbestraft. Das müsse in Betracht gezogen werden und keineswegs könne einer solchen Zeitung das Privileg, milde beurteilt zu werden, deshalb angebittigt werden, weil sie ihre Redacturen häufig wechselt. Die bisherige Unbescholtenheit würde den Angeklagten also keineswegs vor Gefängnisstrafe beschützen haben, wenn nicht die schon vorstehend aufgeführten Milderungsgründe vorhanden gewesen wären.“

Mit einiger Neugier fertwarten wir, wie diese juristische Novität in der schriftlichen Begründung formuliert werden würde. Das Urteil liegt jetzt vor und es zeigt, daß das Gericht den Versuch gemacht hat, seinen wunderbaren Einsall in einer minder auffälligen Form zu wiederholen. Es heißt jetzt:

„Dagegen war auf die Unbescholtenheit des Angeklagten zu der Zeit, wo der Artikel erschien, kein besonderes Gewicht zu legen: er hatte, indem er den Artikel in einer Zeitung, deren frühere Redacturen sehr häufig wegen gleicher Delikte verurteilt worden mußten, veröffentlichte, besonderen Anlaß im Rahmen des Gesetzes zu bleiben. Der Angeklagte hat den fraglichen Artikel veröffentlicht, nicht für seine Person, sondern lediglich in seiner Eigenschaft als Redacteur der Zeitung „Volksstimme“ und in der Verfolgung der publizistischen Zwecke dieser Zeitung. Es konnten deshalb bei einem in Vertretung der letzteren begangenen Vergehen bei der Strafmessung die zahlreichen Vorstrafen nicht unberücksichtigt bleiben, welche die Vorgänger des Angeklagten in der Redaktion in diesen ihren gleichen Eigenschaften in den letzten Jahren wegen Artikel der „Volksstimme“ erlitten haben. Diese Vorstrafen waren dem Angeklagten nicht unbekannt und es kommt deshalb strafschärfend in Betracht, wenn er die in ihnen für ihn enthaltene Warnung, die „Volksstimme“ von Beleidigungen unter seiner Leitung frei zu erhalten, unbeachtet läßt.“

Das Gericht hat mit dieser Darstellung die Begründung nur noch verschlimmert; denn jetzt wird sogar dem Redacteur angeonnen, daß er selbst der Magdeburger Strafkammer kongenial denken und von der Kriminallität der Sache und der Zeitungs-Erbsünde überzeugt sein müsse. Da aber kein Mensch, auch kein Jurist, außer den Magdeburger Richtern, jemals auf den Gedanken verfallen ist, daß „die Zeitung“ selbst eine kriminelle Person darstelle, so ist es unserm unglücklichen Genossen von der „Magdeburger Volksstimme“ sicherlich nicht zu verübeln, daß er in Unkenntnis dieser neuesten Preßgesetz-Auffassung gehandelt und in aller Unschuld gesündigt hat.

Die schriftliche Begründung hat die wunderbare Konstruktion der strafbaren „Zeitung“ wiederholt und sie dadurch noch wunderlicher gemacht, daß bei dem Redacteur eine gleiche

Anschauung vorausgesetzt wird. Redacteurs unsres Parteiorgans werden fortan gut daran thun, vor dem Antritt ihres Postens beim Amtsgericht eine Erklärung abzugeben, wonach sie der kriminellen Erbschaft ihrer Vorgänger in aller Form entsagen.

Wie wird sich das Reichsgericht zu dieser allerneuesten Bereicherung des juristischen Paritäten-Kabinetts stellen? —

Deutsches Reich.

Ein historischer Streit um das Socialistengesetz ist entbrannt. Herbert Bismard, der Sohn des „Eternen“, hat jüngst im Reichstag erklärt, das Socialistengesetz sei 1890 nur deshalb gescheitert, weil ein Führer der Konservativen seine Partei über die Absichten Bismards falsch unterrichtet hätte. Diefem Führer — gemeint ist Herr v. Helldorf — habe Bismard aufgetragen, den Konservativen mitzuteilen, daß die Regierung auch das von der Kommission abgezwängte Gesetz annehmen würde. Herr v. Helldorf aber habe den Konservativen gesagt, die Regierung werde das Gesetz in der nationalliberalen Fassung nicht annehmen, insofgedessen hätte die Rechte dann gegen den Entwurf gestimmt.

Diese Geschichte ist schon vor Jahr und Tag erzählt worden, und es ist überflüssig, daß sie jetzt aufgewärmt wird. Herr v. Helldorf giebt seinerseits in der „Konservativen Korrespondenz“ eine Erklärung ab, in der er Herbert Bismards Darstellung bestreitet. Er sagt u. a.:

„Der Herr Reichskanzler hat mir weder gesagt noch sagen lassen, daß die Regierung das abgezwängte Gesetz annehmen würde. Ich habe über diese Vorgänge bereits in einer Erklärung vom 1. October 1898 in Nr. 84 der „Konservativen Korrespondenz“ vom 4. October 1898 mich ausgesprochen. Ich habe nur damals eine ausführliche Darstellung der Vorgänge, welche die Nichtverlängerung des Socialistengesetzes zur Folge hatten, vorbehalten. Durch lange Erkrankung war ich gehindert, diesen Voratz auszuführen, und nachdem mehr als Jahresfrist vergangen und die Diskussion in der Presse nicht erneuert war, trug ich Bedenken, sie ohne besonderen Anlaß zu erneuern. Nachdem aber von neuem und von dieser Stelle thatsächlich unrichtige Angaben über jene Vorgänge gemacht wurden, — werde ich diese Darstellung in nächster Zeit veröffentlichen.“

Die historische Wahrheit ist: Fürst Bismard wählte schon im Januar 1890, daß, bei seinem gespannten Verhältnis mit Wilhelm II., die Tage seiner Kanzlerherrlichkeit gezählt seien. Er verhielt sich darum absichtlich zweideutig und ließ die Konservativen über seine Absichten im unklaren, damit das Socialistengesetz scheiterte. In seiner gemalten Kurzsichtigkeit hoffte Bismard, daß mit Beilegung des Socialistengesetzes Zustände entstehen würden, die den Kaiser überzeugen würden, daß ein „Staatsretter“ notwendig eingreifen müsse; dieser Staatsretter hätte natürlich nur Bismard sein können, der damit wieder seine Unentbehrlichkeit bewiesen hätte.

Bismards listige Rechnung war falsch. Er konnte durch die Entseffung des roten Sepsenstes weder seinen Sturz aufhalten, noch wurde er im Triumph zurückgeführt, nachdem er einmal beiseite war. Es ist das Wesen aller starken Männer, sich schmähtlich zu verrechnen. —

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Forstetat. Der Bündler Hahn agitirte wieder für einen Quebradoholz-Zoll. Herr Gamp wünschte eine Erleichterung der Forstbesitzverhältnisse durch Erlass des Stempels. Minister Freiherr v. Hammerstein kündigte für das nächste Jahr eine Vorlage betr. Reform des Fideikommisswesens an. Donnerstag ist der Geburtstag und der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung an der Reihe.

Hier können die Familien für die Flotte Kasse kochen!

Witten in den sechsten Berliner Wahlkreis, die Hochburg der Socialdemokratie, hatte am Montag der Flottenverein sein Agitationsfeld verlegt, wohl um auch hier in die stärkste Position der Gegner mit einem Flottenangriff einzubringen. Jedoch die Gegner hatten sich nicht eingekunden, Arbeiter waren der Veranstaltung vollkommen fern geblieben, nur flottenbegeisterte Fabrikanten und Kleinbürger füllten mit ihren Frauen und Kindern den Saal. Aber trotz des familiären Charakters eines Kaffeekränzchens fehlte die eigentliche Begeisterung; denn obwohl sich der bekannte Redner des Flottenvereins, Torpedodirektor a. D. v. Kreyfshmar, alle Mühe gab, durch bombastische Schläger sein so leicht entzündliches Kinderpublikum fortzureißen, schlug dieser Versuch vollkommen fehl. Es war keine leichte Geduldsprobe, die der Flottenjünger und Prediger den Zuhörern auferlegte. Rhetorisches Geschick mangelte ihm ganz, und was er bot, war ein Ragout aus Tiry- und Bälows-Reden möglichst dünn und unklar durcheinandergeschüttelt, vermischt mit einigen nicht ganz verständlichen Notizen der „Königlichen Nachrichten“. Reder erhoffte das Publikum von der anschließenden Wiberichau, deren Verzögerung den Kindern sichtlich Unruhe bereitete. Auch das ging vorüber, allerdings nicht ohne eine Erklärung des Vortragenden.

Diese Erklärung wiederholte sich immer wie folgt: „Meine Damen und Herren! Das ist der große Panzer H. Davon haben wir nur zwei, England hat viermal soviel. Es ist ein gutes Schiff, aber wir müssen noch mehr haben, um Deutschland zur See mächtig zu machen.“

Nachdem wir das Wiberbuch für große und kleine Kinder angekauft hatten, wurden wir auch noch mit der Abstimmung über eine Resolution beglückt, die sich für Flottenvermehrung aussprach. Das war die einzige Handlung, bei der der Vortragende eine gewisse Geschäftlichkeit zeigte. Die Abstimmung ging nämlich so von statten. Herr v. Kreyfshmar liest seine Resolution vor, behauptet in ihr, daß 1000 Veranlungsteilnehmer damit einverstanden sind, und bittet, zum Zeichen der Zustimmung ihm zuzurufen: „Ja, wohl, wir sind damit einverstanden.“ Wir durcheinander erlösen nur aus allen Ecken zustimmende Aufe — und damit ist die Sache erledigt. Die „Stimme des Volks“ hat sich geäußert. Man muß die Stimmen schreiben lassen, nicht zählen. Eine neue Methode der Abstimmung, die aber trefflich zu der chaotischen Rebellhaftigkeit der Weltpolitik paßt!

Die die Arbeiter über die Flotte denken, das wird den Herren in nächster Zeit gezeigt werden. Bei ihnen bedarf es keiner gänkelnden Bilder, sondern des Apfels an die Vernunft! —

Die Theaterflotte. Der Bälowschen Welttheaterpolitik will jetzt das wirkliche Theater eine sinnige Liebesgabe widmen. Der Direktor des künftlichen Theaters Schloss Braunfeld, Moriz Höfler, erläßt, wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, einen Ausruf an „alle Kollegen des Deutschen Reichs“, der eine allgemeine Sammlung beswirwortet, um dem Kaiser ein neues Kriegsschiff „Das Volk dem Kaiser“ zum Geschenk zu machen.

So fordere ich denn, heißt es in dem Ausruf, sämtliche deutschen Theaterdirektoren an, zu diesem Vaterlandswerke ihr Eiferlein beizutragen. — Der Kaiser hat unsern Stände in den letzten Jahren in solch reichem Maße seinen Schutz und sein Wohlwollen gezeigt, daß wir als erste im Deutschen Reich gleich thatkräftig dieses Werk fördern wollen.

Auf dem Kollegen, laßt uns nicht müßig sein, folge jeder meinem Beispiele, und gebe jeder an seinem Theater eine „Separatvorstellung“, deren Ertrag wir zur Förderung der Erbauung eines neuen, deutschen Kriegsschiffes: „Das Volk dem Kaiser“, zum Schutze und Erhaltung der deutschen Interessen an unsern Präsidenten der „Deutschen Bühnengenoßenschaft“ Herrn Hermann Kissen, Mitglied des Deutschen Theaters, Berlin, einschicken wollen.

Am Montag, den 5. Februar, gebe ich die erste Vorstellung zu diesem Zweck im Stadtheater Solingen (Kaisersaal) und hoffe, daß alle Kollegen meinem Ausrufe folgen!“

Der Gedanke verdient Anerkennung. Nur bringe man gleich die ganzen sechs Milliarden für den planlosen Flottenplan auf dem Wege solcher „Separatvorstellungen“ auf. Bei den engen Beziehungen zwischen Theater und Weltpolitik wäre das sogar der würdigste Weg.

Bei der nächsten Militärvorlage wird man dann Theater- vorstellungen zur Herstellung ethischer Ehren-Kasernen veranlassen. —

Kanalgeschichten. Die „Freie Pz.“ erzählt, daß vor einigen Tagen wiederum ein hoher Hofbeamter seine Entlassung eingereicht habe. Auf die Frage, weshalb dies geschehe, gab er zur Antwort, daß er als Mitglied des Herrenhauses in die Lage kommen würde, gegen die Kanalvorlage zu stimmen. Daraufhin soll das Entlassungsgesuch abgelehnt worden sein, da man eine solche Opposition nicht derart schwer ansehen würde. Hiernach habe sich die Meinung in konservativen Kreisen verbreitet, daß die Kanalvorlage in dieser Session entweder gar nicht erscheinen wird, oder, wenn sie erscheint, ebenso leicht über die Session hinausgeschleppt werden kann, wie dies im vorigen Jahre der Fall gewesen ist.

Aber was hatte es für einen Zweck, die Kanalvorlage gerade jetzt zu veröffentlichen? —

Gebundene Hände. Das „Berliner Tageblatt“ erhebt sich heute über die beiden Berliner freistimmigen Reichstags-Abgeordneten, die Herren Langerhans und Zwid, weil die Erwählten der Berliner Reichstags-Demokratie dem „starken Podbielski“ gegenüber nicht gebührend für die Interessen Berlins eingetreten seien. Namentlich Herr Zwid erhält einen gewaltigen Raufstock. Es wird ihm vorgehalten, wie gar schwierig seine Wahl im fünften Berliner Reichstags-Wahlkreise durchzuführen gewesen und daß er den in ihn gesetzten Erwartungen gar nicht entspreche. Arnos „Tageblatt“! Herr Zwid ist von Podbielski Gnade gewährt und soll gegen seinen „Wahlvater“ auftreten? So wäre der biedere Freistimm mit seinem Mittelstands-gejammer geblichen, wenn nicht die antisemitischen Postillone des Haupt-Postpaketamts im fünften Wahlkreis mit „Trarab“ angetreten und ihr Stichwahlvotum für Herrn Zwid in die Kne geblasen hätten? Herr Zwid statet nur dem ganzen konservativ-antisemitischen Alltags seinen Dank ab, wenn es sich sein säuberlich still verhält und nicht den Postgewaltigen erzürnt.

Der sozialdemokratische Protest gegen die Wahl des Abgeordneten Zwid muß ja doch einmal zum Entschieden kommen; hier auf Erden geht ja alles vorüber und auch die Reihe der Proteste erbt sich schließlich mit der Abwimmlung des sogenannten Reichstags-Abgeordneten für Berlin V. — Die Postillone und Postbeamten sollen aber wieder für Zwid blasen und deshalb wäre es unflug, den Herrn und Meister im Postreiche zu erzürnen. Darum war Schweigen ein Gebot der Sorge um die Zukunft.

Sachsen-Weimar, 30. Januar. Eine allgemeine Gehalts- aufbesserung für die Staatsbeamten beschäftigte gestern den Landtag. Der Staatsminister stellte die Finanzlage des Landes im sorgfältigsten Lichte dar, und empfahl unter dem Hinweis auf das Sinken des Geldwertes, die Verteuerung der Lebensmittel und Wohnungsmieten, die Vorlage, welche pro Jahr 192 000 Mark Mehrausgaben verursacht, anzunehmen. Von sozialistischer Seite wurde auf die miserablen Löhne und Gehälter der vom Staat beschäftigten Arbeiter und kleinen Beamten hingewiesen und Abhilfe verlangt. Die Agrarier machten ihre Zustimmung davon abhängig, daß eine sofortige Aufhebung der Grundsteuer erfolge. —

Braunschweig, 31. Januar. Der 25. ordentliche braunschweigische Landtag ist heute vom Staatsminister v. Otto eröffnet worden. Der Minister teilte mit, daß dem Landtage ein Gesetz betreffend Veränderung der Beamten-Besoldungen vorgelegt werden. —

Entschädigung unschuldig Verurteilter. Die zweite sächsische Kammer beschloß, die Justiz möge die unschuldig Verurteilten für ihre Vermögensverluste entschädigen. —

Ein Beitrag zur lex Heinze? Die Weihnachtsnummer des „Wahnen Jakob“ soll nach Ansicht des Amtsgerichts Berlin I geeignet sein, in sittlicher oder religiöser Beziehung Kergernisse zu geben! Deshalb hat der Amtsgerichtsrat Sadrozinski gegen den Druckschreiner-Verbreiter Köpfer, der im Dezember durch Verkauf dieser Nummer seinen Kunden viel Freude, Vergnügen und Aufklärung bereitet hatte, eine Strafe von 3 Mark festgesetzt. Selbstverständlich ist gegen diesen Sittlichkeitsbefehl Einspruch erhoben und wird daher demnächst über die sittliche Natur des „Wahnen Jakob“ öffentlich zu Gericht gelesen werden. Öffentlich wird der biedere „Wahne Jakob“ von allen religiösen und sittlichen Kergernissen freigesprochen werden. Vor einigen Jahren war es einem braven Amtsrichter in der Mark Brandenburg vorbehalten, durch ein Bild des „Wahren Jakob“ die Sittlichkeit von Kindern verleiht zu fühlen. Auf dem Bild waren drei nackte Frauengestalten zu erblicken. Diese „nackte Frauengestalten“ waren: die Abgeordnete Lieber, Bennigsen und Kantig, die ihre Reize dem flotten und flottenlustigen Paris hohelohel vorführten, um den Preis zu erringen. Der Vater einiger Kinder, die den „Jakob“ mit diesen Centrums-, national-liberalen und konservativen Abgeordneten in ihrer besten Pose übermitteln wollten, wurde wegen „groben Unflugs“ bestraft; in zweiter Instanz erfolgte Freisprechung. Welche weibliche Gestalten diesmal mit dem sittlichen oder religiösen Gefühl in Konflikt gekommen sein sollen, ist aus dem Strafbefehl nicht zu ersehen. Sollte auch diesmal der Tanz um die Flottenvorlage „in religiöser oder sittlicher Beziehung Kergernisse erregt haben“? —

Die revolutionäre Nationalhymne. Unsere preussische Nationalhymne paßt nicht mehr recht in die Zeit der Weltpolitik; sie ist weder poetisch noch gesinnungstüchtig genug für heutige Bedürfnisse. Man hat auch schon des öfteren neue Hymnen gedichtet und komponiert, um die altmodisch gewordene zu verdrängen, bisher aber ohne Erfolg. In dieser Not läßt man jetzt wenigstens die zweite, die aufschällige Strophe bei öffentlichen Schaustellungen des Patriotismus fort:

Nicht Ruh, nicht Reizige
Sichern die steile Höh,
Wo Fürsten stehen;
Liebe des Vaterlands,
Liebe des freien Manns
Gründen den Herrschertron,
Wie Hets im Meer.

Diese Anfassung erfolgt z. B. in kölnischen Schulen. Da aber das Lied durch diese Amputation um ein Glied verürzt wird, empfiehlt es sich eher, dem Text dem Boesemajor Lauff in Behandlung zu geben, der ihn schon zeitgemäß modernisieren wird. Was gar nicht so schwer ist, wie der folgende Versuch zeigt:

Nur Heer und Kriegsdahle
Sichern die steile Höh,
Wo Fürsten stehen;
Infant- und Kavallerie,
Sänger so spät wie früh
Gründen den Herrschertron
Zu Land und Meer.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Verständigungskongressen zur Verständigung der Nationalitäten wird am nächsten Montagmittag durch den Ministerpräsidenten mit einer Ansprache eröffnet werden. Die erste Sitzung wird für die böhmischen und mährischen Delegierten gemeinsam sein; die weiteren Beratungen werden für beide Länder gesondert stattfinden. Kommt in der Konferenz eine Vereinbarung über das Sprachengesetz zu stande, dann wird diese dem Reichsrat vorgelegt, im andern Fall wird die Regierung ihr eigenes Sprachengesetz dem Reichsrat unterbreiten. —

Rüstungen. Bei der Verhandlung über den Nachtragskredit für die gemeinsamen Ausgaben pro 1897/98 erklärte Ministerpräsident v. Szell im ungarischen Abgeordnetenhaus, die Kredite im Betrage von 30 Millionen Gulden seien zu fortgesetzter Anschaffung von Handfeuerwaffen, Artillerie-Schießbedarf usw. verwendet worden zu einer Zeit, wo es, angesichts der Unklarheit der Verhältnisse am Balkan, ein Gebot voraussehender Fürsorge war, die Armee in die Lage zu setzen, im Falle einer teilweisen Mobilisierung gerüstet dazustehen. Abg. Thaly bezeugte die Befestigungsarbeiten in Cattaro als gegen Italien gerichtete Demonstration, worauf Ministerpräsident v. Szell auf die beispiellose Kundgebung der ungarischen Delegation zu Gunsten des Dreibundes hinweist und erklärt, es handle sich um eine einfache Grenzbefestigung, welcher nicht die mindeste Absicht einer Demonstration gegen ein hervorragendes und wertvolles, in aller gemeiner Achtung stehendes Glied des Dreibundes, wie es Italien sei, innewohne. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Vorlage wird hierauf angenommen. —

Frankreich.

Mafregelnungen. Infolge eines Beschlusses des Ministerrats hat Waldeck-Roussau dem Erzbischof von Arr, den Bischöfen von Versailles, Valence, Siviers, Tulle und Montpellier sowie dem Pfarrer von Arignon ihr Gehalt gesperrt. —

Hebergeshnappi. Um nicht vergessen zu werden, läßt Déroulède heute erzählen, ein Bewunderer habe ihm einen Bahnwagen voll französischer Erde nach Spanien gesendet. —

Türkei.

Konstantinopel, 31. Januar. Die italienische Volkshast richtete gestern an die Porte ein Ultimatum, in welchem erklärt wird, wenn die Italienerin Silvia Gemelli, die sich in einem türkischen Harem befindet, nicht bis heute in Freiheit gesetzt werde, würde die Volkshast die diplomatischen Beziehungen abbrechen.

Infolge des Ultimatus des italienischen Volkshast ist Silvia Gemelli noch am Mittwoch ausgeliefert worden.

Amerika.

Frankfort (Kentucky), 31. Januar. Die von der gesetzgebenden Versammlung von Kentucky zur Prüfung der angeforderten Gouverneurswahl eingeleitete Kommission kam zu dem Schlusse, daß der Demokrat Goebel gewählt worden ist.

Die Wahl Goebels hatte am Tage vorher zu einem Attentat auf den demokratischen Kandidaten geführt. Als Goebel sich zu Fuß nach dem Parlamentsgebäude begab, erhielt er einen Schuß in die rechte Seite, der ihn schwer verwundete. Der Missethäter, ein Farmer, wurde verhaftet. Es herrschte große Erregung; Truppen des Staates haben Befehl erhalten, sich nach Frankfort zu begeben. —

Die Senatswahlen in Frankreich.

Paris, 29. Januar 1900.

Die Drittels-Erneuerungswahlen zum Senat, die alle drei Jahre stattfinden, standen diesmal selbstverständlich im Zeichen des Kampfes zwischen der Republik und der unter der patriotischen Maske versteckten Monarchistischen und konservativen Reaktion. Auf kleinerer Stufenleiter und in relativ ruhigerer, der Gemütsverfassung des privilegierten senatorischen Wahlkörpers angepasster Form war es eine Wiederholung des patriotisch-demagogischen Gegen-Sabbats der Kammerwahlen von 1898. Ist auch die Dreyfus-Affaire im Geiste nahezu der Gesamtheit der senatorischen wie der sonstigen Wählerschaft endgültig aus der Politik ausgegrenzt, so mußten doch die politischen Änd- und Nachwirkungen der Affaire gerade die Senatswahlen besonders stark beeinflussen, da diese Wahlen unmittelbar nach dem vom Senat gerichteten Komplottprozess angelampt wurden. Dazu kam, daß die Gegner des Ministeriums alle Anstrengungen machten, diesem in den Senatswahlen eine Niederlage zu bereiten, die dann seinen parlamentarischen Sturz herbeiführen würde.

Die Nationalisten aller Parteifarben hatten sich in ihrer demagogisch-renommistischen Art von vornherein großartige Wahlsiege versprochen. Die Irreführer, senatorischen Richter, die den Ober-Patrioten Déroulède zu einer Auortreise ins Ausland verurteilt haben, sollten mit dem Verlust ihres Mandats bestraft werden. Ein Trupp leibhaftiger Generale sollten den Senat durch die Stimmzettel ersetzen, um dort speziell die „Verteidigung der nationalen Armee“ in ihre bewährten Hände zu nehmen. Nicht nie hat es so zahlreiche militärische Kandidaturen zum Senat gegeben. Ihre Zahl war relativ, im Verhältnis zu den zu besetzenden Mandaten, vier- bis fünfmal so hoch, wie in den letzten Kammerwahlen; acht Generale, vier Oberste, dann eine Anzahl Majore, Hauptleute, Reserve-Offiziere und ein Militärarzt a. D., wozu noch der „General“ in partibus, Abg. Cluseret, hinzukommt, der gesinnungslos die Ansicht vertritt, während der Pariser Kommune als Oberbefehlshaber der Kommuneämpfer einen traurigen Namen gemacht hat.

Die Wahlergebnisse sind aber sehr weit hinter den nationallistischen Erwartungen zurückgeblieben. An „reinen“ Nationalisten sind nur drei gewählt. Ein weiteres Duzend neugewählter oder wiedergewählter Senatoren, die von den Nationalisten annettiert werden, sind Windfahnen, die von heute auf morgen ihre politische Stellung zu ändern bereit sind. Von den Militärs wurden nur drei Generale gewählt: Mercier, Lambert und Jopy. Letzterer ein bisheriger Senator. Aber Lambert und Jopy haben sich in der Wahlkampagne als „Republikaner“ gegeben. Der erhebende Erfolg der Nationalisten, die Wahl des überführten Verbrechers General Mercier, konnte nur im erzoholistischen Departement der Chouans erzielt werden, in einem Departement, dessen Wähler, genau wie vor 100 Jahren, dem Befehl des Königs und des Pfaffen blindlings folgen. Nur diesen Wählern durfte man mit scharfer Aussicht auf Erfolg zuzimmern, für einen justizwiderlichen Fälscher und Meineidigen zu stimmen. Mit der Wahl Merciers hat sich der Thronpräsident ebenso mit Schmach bedeckt, wie die Nationalisten, denen ja seine Schmach etwas anhaben kann, ihrer schändlichen Sache geschadet haben. Die Wahl Merciers durch royalistisches Stimmvieh ist, wie nichts anderes, geeignet, die Masse entgültig über den „Republikanismus“ der Nationalisten aufzuklären. Auch macht sie die Annette, die Rettung Merciers vor dem Bagno, unwahrscheinlich. Man kann sich nicht gut vorstellen, wie so die Senatmehrheit sich bequemen wird, auf dem Wege der Amnestie einen Justizthuns-Kandidaten als Gesetzgeber zuzulassen. —

Neben dem für die Nationalisten höchst bedeutungsvollen Sieg Merciers haben sie eine lange Reihe wichtiger Niederlagen zu verzeichnen, deren Schwere sie im Sarthe-Departement, der bisherigen Domäne Cavaignac, betroffen hat. Die Dreier-Liste der bisherigen Senatoren, die sich teils in der Dreyfus-Affaire, teils im Komplottprozess den Nationalisten verkauft gemacht, siegte glatt im ersten Wahlgang mit erbitternder Mehrheit über die von Cavaignac empfohlene nationallistische Liste: ein General, ein Major und ein ziviler Armeeverteidiger blieben auf der Strede nebst einem weiteren General, der nur 37 unter 894 abgegebenen Stimmen und 890 eingeschriebenen Wählern erhielt. Cavaignac quittierte die Niederlage, indem er sogleich seine Demission als Vorsitzender des Generalrats des Sarthe-Departements einreichte.

Ferner wurde der Oberst Moutiel, ein energischer Nationalistenführer, dem selbst die Generalstabsliga des französischen Vaterlandes noch immer nicht scharf genug die Republik bekämpft, vom bisherigen Senator Jean Dupuy, dem derzeitigen Landwirtschaftsminister, mit 552 gegen 695 Stimmen geschlagen. Das ist ein direkter persönlicher Erfolg für das Ministerium, da Oberst Moutiel in seiner wochenlangen Wahlkampagne als Kandidat des patriotischen Protestes gegen die „waterlandsche“ Politik des Ministeriums auftrat. Dabei ist die Stimmzahl des Landwirtschaftsministers gegenüber 1891 um 150 gewachsen. — Ebenso oder ähnlich erging es den andern nationallistischen Generalen und Offizieren. Der „General“ Cluseret, Abgeordneter von Loulou erhielt in seinem Departement bloß 81 Stimmen unter 450 eingeschriebenen Wählern.

Hat sich die Provinz im allgemeinen republikanisch verhalten, so gilt das nicht im gleichen Maße von dem hauptstädtischen Seine-Departement. Das hier kein offener Nationalist gewählt werden kann, ist selbstverständlich. Dafür aber gelang es ein paar radikalen und nichtradikalen Strebern und Mandatsjägern, mit der Hilfe der vereinigten Reaktion durchzubringen und namentlich den fehnlichsten Wunsch der Nationalisten in Erfüllung gehen zu lassen, — den bisherigen Senator Marc, einen altbewährten demokratischen Republikaner, der in der Dreyfus-Affaire tapfer seine Pflicht gethan hat, aus dem Senat hinauszubringen. Marc's Niederlage ist wirklich der glänzendste, wenn auch indirekte Erfolg der Generalstabler. Lieberhaupt hat die Wahlkampagne im Seine-Departement ein trauriges Bild gezeigt. Sie wurde eigentlich auf einem Boden angefochten, wie er nur irgend einem Krähwinkel geziemend würde, — auf dem erhabenen Boden des Gesengases zwischen Paris und der Banneille. Natürlich wurde dieser fittige Gegenang in den Vordergrund gehoben von den großen Staatsmännern der Banneille, denen die Eifersüchtelien der Mittel- und Kleinbürger der Vororte als Sprungbrett dienten, um in den Senat zu gelangen. Und der den Volkswillen verfälschende Wahlmodus, der prinzipiell auf einem umgekehrten Verhältnis zwischen der Bevölkerung- und der Wählerzahl beruht, hat der Banneille bezu. ihren gesinnungslosen und obliquen Mandatsjägern den Sieg verschafft. Stellt doch Paris mit seinen vier Fünfteln der Departements-Bevölkerung nur 150 senatorische Wähler, während die Banneille deren 600 besitzt!

Dieses Verhältnis hat auch in der Hauptlage den Mißerfolg der zwei sozialistischen Senatskandidaten verursacht. Die Staatsmänner der Banneille, die gegen Marc den „Dreyfusismus“ mit ausschalteten, spielten sich auch auf die Sozialisten hin aus, trotzdem manche unter ihnen sich „sozialistisch-radikal“ betitelt und vor dem allgemeinen Stimmrecht recht energisch ihren „Anti-Socialismus“ herausschreien.

Das Gesamtergebnis der Wahl, in der es sich um 99 Mandate, darunter 7 Nachwahlen, handelte, ist die Verbeibaltung des bisherigen Bestandes mit ein paar nationallistischen und etwa 5 radikalen Gewinnen. Ein besseres Resultat war bei dem indirekten Wahlmodus, dem zwei- bzw. dreifach durchstimmten Wahlkörper nicht zu erzielen.

Das sozialistische Generalkomitee hat einen indirekten Tadel gegen die Art der sozialistischen Wahlkampagne in Paris votiert. Die auf Jules Guesdes Antrag — nebst einem berechtigenden Zusatz von Lenormand — einstimmig votierte Resolution lautet: „Nach einer Prüfung der Bedingungen, unter denen die Kampagne im Seine-Departement geführt wurde, erklärt das Generalkomitee, daß seine Einladung an die sozialistische Partei, sich an den Senatswahlen zu beteiligen, vorzugsweise einen sozialistischen Propaganda- und Agitationszweck im Auge hatte, unter der Voraussetzung, daß, wie in allen anderen Wahlen, die Kandidaten auf den Boden des Klassenkampfes gestellt werden mit einer öffentlichen Bekräftigung der Grundzüge, die als Grundlage zur Einberufung des Pariser Kongresses (des Einigungskongresses) gedeutet haben.“

In den Provinz-Departementen wurde keine einzige sozialistische Kandidatur aufgestellt.

Partei-Nachrichten.

Partei-Organisation. Im sozialdemokratischen Verein in Höchst a. M. wurde eine Kommission gewählt mit dem Auftrage, zu unteruchen, ob es sich für den Ort empfehle, das Vertrauensmänner-System und den Lokalverein aufzuheben und sich an den Kreis-Wahlverein anzuschließen.

Partei-Presse. Im sozialdemokratischen Verein in München wurde die Frage der Gründung einer eigenen Druckerei zur Herstellung der „Münchener Post“ angesehnen. Es wurde als Aufgäbe der neugewählten Prehkommission bezeichnet, die Frage der Lösung anzuführen. Die Abonentenzahl der „Münchener Post“ hat sich seit 1892 verdoppelt.

Gemeindevahlen. In Bietigheim (Baden) wurden bei der Wahl des Bürgerausschusses von 14 zu wählenden Vertretern der dritten Klasse 12 Sozialdemokraten gewählt.

Totenliste der Partei. In Dresden starb der Maurer Ernst Kästner, der seit mehr als 30 Jahren in den Reihen der Klassenbewußten Arbeiterschaft als tapferer Streiter gekämpft hat.

Schwedische Partei-Organisation. Als Vorsitzender des Landessekretariats der schwedischen Sozialdemokratie ist an die Stelle des verstorbenen Sterly der Vorsitzende des Holzarbeiter-Verbandes, S. Lindqvist gewählt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Ohne Wissen und Willen der Einwohnerschaft“ haben nach polizeilicher Behauptung drei Parteigenossen im Sommer des Sonntags Landtagskandidations-Kalender verbreitet und für diese heimliche Missethat sie je 10 M. Polizeistrafe zahlen.

Der Streik der österreichischen Bergarbeiter.

Gegenüber der vielfachen Provokation der Polizei und des Militärs ist die Haltung der circa 60000 Streikenden geradezu musterhaft. In Teplitz sollten am Sonntag Flugblätter, die auf den Ernst des Kampfes verweisen und zum ruhigen Anhalten aufforderten, zur Verbreitung gelangen, wurden aber konfisziert. Einer 2. Auflage mit der kurzen Mahnung, der Sache treu zu bleiben, erging es nicht besser. Der Teplitzer Amtleiter Graf erklärte einfach, „der Streik sei eine ungesetzliche Handlung, deshalb lasse er eine Aufforderung zum Ausscharen im Streik nicht zu.“ Das ist also offene Parteinahme für die Grubenbesitzer und nichts weiter als eine scharf zu verurteilende Provokation.

In Ostrau ist am Montag an mehrere Tausend Personen Geld und Brot verteilt worden. Jeder erhielt auch diesmal, wie schon das vorigemal, 1 Krone und für jedes Kind 20 Heller. Außerdem kamen einige Hundert Laib Brot zur Verteilung.

Die Lage des Streiks gestaltet sich so, daß jetzt 84 Proz. der Belegschaft des „Hubertusbacher“ der Nordbahn in Hruschau gleichfalls in den Ausstand getreten sind. Somit befinden sich sämtliche Schächte mit durchschnittlich 77 Proz. im Ausstande. Die Anfahrtsenden sind zumeist nur Aufsichtsorgane, wie Obersteiger usw.

In Brüx ist die konstituierende Sitzung des Einigungsamtes verlagert, weil die einberufenen Mitglieder der Arbeiterschaft erklärten, sie seien nicht berufen, im Namen der Bergarbeiterschaft zu verhandeln, da nicht alle eigentlichen Besitzer, sondern zumeist nur Verwaltungen einberufen seien.

In Schlesien ist die Bewegung im Zurückgehen begriffen, da die Behörde unter Berufung auf eine Thypus-epidemie jede Versammlung verbietet. Dabei betont die Regierung sordigst ihre Friedensliebe, läßt sich aber von den Bergwerksinteressenten an der Nase herumführen. Wäre es der Regierung ernst, so bräunte sie nur der Bewegung freien Lauf zu lassen und der Hochmut der Kohlenbarone würde bald herabgestimmt werden.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Holzbearbeitungsarbeiter bei der Firma Meyer ist noch nicht beendet. Die Streikenden haben einige Stunden mit Herrn Meyer verhandelt, ein Resultat ist aber nicht erzielt worden. Die Streikenden haben nunmehr das Einigungsamt angeufen.

An die Lederarbeiter (Portefeuilles)! Die Vertrauensmänner ersuchen, die für die Heimarbeit zur Ausgabe gelangten Fragebogen scheinungst einzufüllen. Außerdem bringen wir die Sammlungen zum Streikfonds in Erinnerung und ersuchen, fleißig zu sammeln. — Hermann Weinschild, Oppelnerstraße 34, Hof 1. II, Sprechstunden von 7—8 Uhr abends.

Frankfurt a. M., 31. Januar. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus München: Ueber die etwaige Einführung einer Reichs-Erbchaftssteuer haben innerhalb der bairischen Regierung Erwägungen stattgefunden, und es ist wahrscheinlich nicht bei solchen geblieben, obgleich im Bundesrat die Deckungsfrage noch nicht verhandelt worden ist. Die bairische Staatsregierung steht augenblicklich auf dem Standpunkt, daß man sich jetzt schon mit der Frage beschäftigen soll, welche Deckungsmittel in Aussicht genommen werden könnten, wenn für den Flottenetat die laufenden Einnahmen nicht ausreichen sollten. Eine Reichs-Erbchaftssteuer würde erheblich höher sein, als die einzelstaatlichen Einkommensteuern sein müßten, da die Einzelstaaten keinen Einnahmeausfall erleiden wollen, was auch bei Erhöhung der Matrikularumlagen eintreten müßte. Die bairischen Erwägungen scheinen überhaupt auf eine Staffelung der Steuern hinauszugehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Im englischen Unterhaus

wied am Mittwoch die Debatte über den Transvaalkrieg fortgesetzt. Die Debatte drehte sich um das Votum des Abgeordneten Fitzmaurice. Lord Stevenson, der vielfach von Balfour und Hicks Beach unterstützt wird, nimmt das Wort:

Sir Robert Reid (liberal). Er führt aus: Die Regierung sei wegen ihrer Sorglosigkeit, wie ihres Mangels an Urteilskraft und Geradsinn für eine der schwierigsten Lagen verantwortlich, denen sich England je gegenüber sah. Im letzten Sinne sei die Regierung verantwortlich für den Krieg. Der wahre Grund des Krieges sei ein Mißverständnis zwischen zwei Nationen, das durch die Schlechtigkeit und Thorheit einiger weniger Männer genährt und durch Unrecht und in den Zeitungen verbreitete Lügen unterhalten worden sei. Der Gedanke, daß Transvaal so klein sei, daß der Herrschaft über ganz Südafrika zu streben, sei lächerlich. Die Buren seien voll von einbringlichen Anforderungen seitens Transvaals, schiedsrichterliche Entscheidung herbeizuführen. Es sei lächerlich, ohne die Spur eines Beweises zu unterstellen, daß die Transvaal-Boeren von dem Ertrage besetzt seien die Engländer ins Meer zu treiben. Die Behauptung, daß Transvaal diese Politik befolge, sei eine Lüge, die zu dem Zweck erdichtet worden sei, um die verhängnisvolle, seit vier oder fünf Jahren von der Regierung verfolgte Politik zu entschuldigen, durch die die Boeren, welche leidenschaftlich an ihrer Unabhängigkeit hängen, aufgestodert und zu Verfrüchtungen getrieben worden seien. Die Annahme einer Afriländer-Verhöhnung vor dem Kriege verdiene keinen Glauben. Nedner weist sodann auf Beispiele der Unvollständigkeit des Kap-Holländer im Jahre 1895 und bei anderen Gelegenheiten hin. Nichts habe so sehr beigetragen, das Vertrauen seitens der Regierung Transvaals zu erschüttern, als die unseligen Ereignisse, die mit dem Einfall Jamesons verbunden seien. Es sei Sache des Hauses, den abgerissenen Faden der Untersuchung über diesen Einfall wieder aufzunehmen und unter Berücksichtigung der durch diese Frage auf dem europäischen Festlande geschaffenen ungünstigen Auffassung diese Untersuchung zum endgültigen Abschluß zu bringen. (Lauter Beifall bei der Opposition.) Reid beipflichtet sodann unter dem Beifall der Oppositionellen und dem Murren der Regierungspartei die Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß, die ein Skandal und eine Unehr für das Haus gewesen seien. Auf dem Festlande und in Transvaal bestünde der Verdacht, daß der Einfall unter der Mitwirkung der Minister Chamberlain veranfaßt worden sei. In den Darstellungen über die Verhältnisse der Ausländer sei grobe Uebertreibung enthalten gewesen, wiewohl keine moralische Verächtung für die Boerenregierung vorhanden gewesen sei, deswegen den Krieg zu erklären. Wenn das Parlament bestimmen gewiesen wäre, würde es den Krieg nicht gutgeheißen haben. Das könne man von der Weisheit und Staatsklugheit sagen, die darin liege, daß man Verhandlungen führe, und zu gleicher Zeit Truppenmassen nach Südafrika werfe? Nur wegen der Truppenentsendungen sei es zum Kriege gekommen. Nedner schloß wie folgt: Wir werden die Boeren nie besiegen, außer wenn wir die Hälfte ihrer Bevölkerung vertilgen, und zu einem fürchterlichen Preise für uns selber. Wenn dies die Früchte des neuen Imperialismus sind und wenn der neue Imperialismus das Verlassen der alten Ueberlieferungen Englands bedeutet, die anderen Völker zu achten, auch wenn sie klein sind und ihre Freiheit eine zurückgebliebene statt einer fortschrittbringenden ist, dann ist es jedes ethischen Bürgers Pflicht, diesen Geist anzuzüchten, denn sonst wird dieser Geist schließlich uns vernichten. Nach Reid nimmt Unterstaatssekretär Brodrick das Wort.

Unterstaatssekretär des Ackerbaus Brodrick leitet seine Ausführungen mit der Frage ein, ob es etwas Unmoralischeres gäbe, als wenn ein Mitglied des Parlaments eine Rede halte, aus der zu entnehmen sei, daß jeder Schritt, der zu diesem Kriege führe, unrecht war, und daß die gegenwärtigen Operationen unrecht seien, und dann für ein Amendement stimme, das erkläre, daß die Regierung in den Kriegsvorbereitungen lässig gewesen sei. Brodrick wendet sich sodann wider die Angriffe, die Sir Robert Reid gegen den parlamentarischen Untersuchungsausschuß erhoben hat und sagt, der Vorwurf der Verheimlichung sei nicht erhoben und oft widerlegt worden. (Zwischenruf auf Seiten der Liberalen: Man veröffentliche Jamesons Briefe!) Brodrick bemerkte zum Schluß, die Einbringung des Antrags bedeute eine direkte Ernüchterung und einen Trost für die Boeren, die auf einen Beweis für das Vorhandensein eines Meinungswechsels warten, der zum Aufgeben des Krieges, oder wenn England erfolgreich sei, zur Erlangung von Bedingungen für die Boeren führen könnte, welche zu bewilligen nicht die Absicht der Regierung sei. (Beifall.) Das Land werde die gesteigerten Schwierigkeiten schwerer empfinden, welche den englischen Soldaten durch die Handlungsweise derer auferlegt werden, die für den Antrag Fitzmaurices stimmen. (Beifall bei den Ministerialen.) Hierauf wird die Beratung vertagt.

Frankfurt a. M., 31. Januar. (W. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Lissabon: Ein der Kammer vorzuliegender Ministerbericht betrachtet die Pestepidemie in Oporto als erloschen, beantragt aber die Beibehaltung gewisser Vorkehrungen. Es kamen 326 Gefamfälle vor, darunter 111 Todesfälle.

Budapest, 31. Januar. (W. G.) Hier fand ein Zusammenstoß zweier elektrischer Straßenbahnwagen statt, wobei sieben Personen schwer und eine Anzahl leicht verletzt wurden.

Budapest, 31. Januar. (W. G.) Während der Fahrt wurde der Lokführer eines nach Grad bestimmten Zuges ausgeraubt. Der Thäter ist bisher unbekannt, der Schaden ist noch nicht festgestellt.

Paris, 31. Januar. (W. Z. W.) Vor dem Justizpolizeigericht wurde heute die Angelegenheit Judet-Jola verhandelt. Letzterer hatte Judet wegen Veröffentlichung von gefälschten Dokumenten, die geeignet waren, den guten Ruf seines Waters zu schädigen, angeklagt, Judet dagegen gegen Jola die Klage wegen Verleumdung angebracht. Das Justizpolizeigericht sprach Jola frei. Das Urteil wurde mit Rufen: „Es lebe Jola!“ aufgenommen.

Rom, 31. Januar. (W. Z. W.) Die Deputiertenkammer erklärte mit großer Majorität die Wahlen von Turati, Deandrea und Chiesi für gültig.

Madrid, 31. Januar. (W. Z. W.) General Correa ist gestorben. — In ganz Spanien herrschen heftige Schneestürme; von der Küste werden mehrere Schiffbrüche signalisiert. In Madrid grassiert die Influenza, doch hat sie einen gutartigen Charakter.

Berliner Streikfonds aber leistete dem Manne die Erhöhung seines Lohnes auf 62 1/2 Pf., in Zukunft auf 65 Pf. Die A. A. wird ja wohl nicht behaupten mögen, daß dies nichts bedeute. Der Verband leistet Weis-Unterstützung und unterstützt Streiks in der Provinz, wodurch die Unterbietung aus der Provinz bekämpft wird. Auch das wird die A. A. nicht als eine für den Arbeiter unwesentliche Leistung bezeichnen wollen. Oder nimmt die „A. A.“ vielleicht Anstoß an den 6 M. zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse?

Zeitung und Vorkere 28,35 M. sollen auch socialdemokratische Steuern sein. Der Mann abonniert den „Vorwärts“ für 12,20 M. im Jahre; bleiben noch ganze 15 M. für Bücher. Für die geistige Kultur des Volks ist es sicher nicht besonders förderlich, wenn ein Arbeiter, noch dazu ein verhältnismäßig gutgestellter nicht mehr für Bücher ausgeben kann. Wie das socialdemokratische Steuern sein sollen, ist nicht recht begreiflich. Soll der Arbeiter die „Kreuzzeitung“ abonnieren und dafür allein 34 M. im Jahre ausgeben? Würde das die „A. A.“ dann als eine Steuer für die konterevative Partei gelten lassen?

Steuern erscheinen allerdings nur mit 12 M. im Budget des Arbeiters. Wieviel er in der für Lebensmittel aufgewendeten Summe von 789 M. indirekte Steuern bezahlt hat, die außer in die Staatskassen auch noch zu einem erheblichen Teil in die Taschen der Dienermänner der „A. A.“, der notleidenden Agrarier fließen, das kann er leider nur schwer ansprechen, aber vielleicht holen wir das noch gelegentlich nach.

Zum Schluß noch eins: Die „A. A.“ wird sich wie sie im Anfang ihrer Notiz bemerkt, auf keine Kritik darüber einlassen, ob es nicht doch möglich gewesen wäre, von dem Verdienst von 1522 M. etwas zurückzulegen. Darauf nur die Frage: Was legt der Herr, der diese billige Weisheit vergaßte, von seinem wahrscheinlich mehrlach so hohen Gehalt zurück? Wir hoffen auf Antwort.

Unternehmergewinne. Die Textilfabriken von Röhlfen im Elbthale, wo gegenwärtig einige hundert Spinner und Weber wegen einer bescheidenen Lohnherabsetzung sich im Ausland befinden, haben im abgelaufenen Geschäftsjahre geradezu horrenden Gewinne in die Tasche gesteckt. Die Kammgarnspinnerei Schwarz u. Co. hatte einen Gewinn von 1100000 Mark zu verzeichnen und verteilte eine Dividende von 15 Proz. Die Färbefabrik Kammgarnspinnerei Gluck u. Co. verteilte bei einem Gewinn von 950000 M. eine Dividende von 16 Proz.; die Kammgarnspinnerei Löhnerich u. Co., bei welcher der erwähnte Streik ausgebrochen ist, brachte den Aktionären 7 Proz. Dividende bei 603200 M. Gewinn, von dem ein großer Teil zu reichen Abschreibungen vorweggenommen wurde. Die Firma Huber, Künzel u. Co. endlich erzielte, obwohl sie erst kurze Zeit besteht, bereits einen Reingewinn von 381000 M. Dabei wurden die ohnedies schon lärglichen Löhne der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter beständig gedrückt und die Organisationsfähigkeit der letzteren nach Kräften unterdrückt. Wie aus dem Verhalten der Firma Löhnerich u. Co. gegenüber ihren streikenden Arbeitern hervorgeht, sucht man gar den jungen elah-lotbringenden Textilarbeiter-Verband zu sprengen: alles, um zu verhindern, daß von den Riesengewinnen nicht ein bescheidener Teil den Arbeitern und ihren Familien zu gute kommt.

Vom Kriegsschauplatz.

General Buller hat den geschlagenen Truppen des Generals Warren folgende Botschaft der Königin vorgelesen:

Ich muß den Truppen und besonders den von Ihnen bezeichneten Regimentern meine Bewunderung aussprechen für ihre Haltung während der letzten schweren Woche und ihre Ausdauer bei dem beschwerlichen Marsche. — Buller sagte dabei zu den Soldaten, sie sollten nicht glauben, weil sie sich zurückzogen von ihrer Stellung, daß alle ihre Mühen nutzlos gewesen wären. Nach seiner Meinung hätten sie den Schlüssel zu dem Wege nach Ladysmith gewonnen, wo sie, wie er glaube, binnen einer Woche sein würden.

General Buller scheint ein sehr hoffnungsfreudiger Mann zu sein. Er, der eben erst täglich unterlegen ist bei einem Unternehmen, bei dem es nach seiner früheren Proklamation kein „jurid“ geben sollte, dieser fühne General will nun schon wieder binnen einer Woche in Ladysmith sein!

Von der vollständigen Niederlage, die den Engländern beigebracht wurde, bekommt man aufs neue einen Begriff aus dem folgenden aus Spiermans Camp datierten Schlachtbericht: Als die englische Infanterie am 24. Januar in den teuer erkauften Stellungen auf dem Tlabamama eingetroffen war, wurde sie vom Feinde von drei Punkten aus mit einem schrecklichen Granatenfeuer überschüttet. Die Stellung wurde ein wahrer Kugelfang. Es wurde der Befehl zum Rückzug gegeben und während der Nacht ausgeführt. Die englischen Verluste sind schwer. Die Krankenträger waren den ganzen Tag über thätig, die Verwundeten von der Spitze des Hügels fortzuschaffen. Der Feind besetzte mit kleinen Abteilungen die geräumten Höhen; man sah, wie er den englischen Toten die Gewehre und die Wasserflaschen abnahm.

Ein Lebenszeichen aus Ladysmith.

Die „Times“ melden aus Ladysmith vom 23. d. M.: Die Nachricht von dem Mißerfolg Bullers wurde hier mit Mut und Tapferkeit aufgenommen. Der Mangel an Nahrung, die Gesundheitsverhältnisse der Garnison sind besser.

In England.

„Dall Chronicle“ erzählt, das Ministerium habe in der Sitzung vom Sonnabend die Mobilisierung der Flotte erörtert. Es sei jedoch nichts weiter abgemacht, als daß, so lange nicht eine weitere Sicherheit für die britischen Küsten durch maritime Vorkehrungen erreicht sei, die achte Division nicht nach Südafrika abgehen solle.

Aus der Ankunft der Kolonne unter Divisionsgeneral Kelly-Kenny im Norden der Kapkolonie und andren militärischen Vorkehrungen wird allgemein gefolgert, daß Roberts beschloßen habe, Buller vorläufig wenigstens nicht zu verstärken, sondern den geplanten Masseneinsatz in den Orange-Freistaat zu beginnen. Das würde allerdings schlecht passen zu den großen Plänen des großen Generals, über die oben berichtet.

Johannesburg, 27. Januar. Hier in Johannesburg herrscht vollkommene Ordnung. Die den englischen Staatsangehörigen erteilten Erlaubnisheine sind revidiert worden. Als Präsident Krüger dies verfügte, sagte er: Soweit er unterrichtet sei, hätten sich die in Johannesburg wohnenden Engländer während der jüngsten schwierigen Zeiten durchaus friedfertig und als dem Gesetze gehorsame Bürger verhalten. Er habe keinen Grund gesehen, weshalb irgend einer derselben des Staates verwiesen werden sollte. Sie müßten sich aber darauf gefaßt machen, daß, wenn die Boeren selber ausgehungert werden sollten, die britischen Unterthanen im Lande dasselbe Schicksal zu teilen haben würden. Nur diejenigen, welche das Kriegrecht verlegen sollten, würden des Landes verwiesen werden.

Letzte Meldungen.

London, 31. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Buller telegraphiert, Oberst Thorneycroft, welcher den Rückzug vom Spionkopf angeordnet habe, sei kein Tadel beimessen; sein Verhalten sei bewundernswürdig gewesen.

Dasselbe Bureau berichtet aus Pretoria vom 29. d. Mts., nach amtlichen Angaben betrögen die Verluste der Boeren in der Schlacht am Spionkopf 53 Tote und 120 Verwundete. — Der amerikanische Untersekretär im Departement des Innern, Webster Davis, begab sich heute in Begleitung des Konsuls Gollis und des Staatsprokurators Smuts zur Front vor Ladysmith.

Für die ausgesperrten Lederarbeiter in Wlster gingen folgende Beiträge ein: Schmidt durch Ritter 2,05, Buchdrucker aus Siegnitz 5.—

Für die Formstecher wurden abgeliefert: Spar- und Kreditverein „Südost“ 10.—, Kupferschmiede Berlins 30.—, Ueberblick der Zelleramtlung bei den Maschinenformern 5,65, Buchdruckerei Wilhelm Wagner 10.—, Verfabrikung Wading 10.—, Verband der Buchbinder, Verwaltung Berlin 50.—, Centralorganisierte Lötter Berlins 100.—, Tischlerei Gollner 9.—

Für die streikenden Vergarbeiter gingen ein: Verband der Buchbinder, Verwaltung Berlin 100.—, Buchdruckerei Gehr. U. 14.—, V. L. u. G. 3.—, F. J. 3. 10.—

Weitere Beiträge nimmt entgegen das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Annenstr. 18.

Der Ausschuß J. A. G. O. S. S. Deutsches Reich.

Internationaler Gewerkschafts-Kongress. An die deutsche Generalcommission der Gewerkschaften ist von den französischen Gewerkschaften die Einladung zu einem internationalen Kongress ergangen. Die Generalcommission verhält sich ablehnend zu diesem Vorschlag und bemerkt u. a. hierzu:

Die Confédération générale du Travail (Allgemeine Vereinigung der Arbeit) und Fédération des Bourses du Travail de Franco (Vereinigung der Arbeiterbörsen Frankreichs) beauftragen gemeinsam zwei internationale Gewerkschafts-Kongresse, die während der Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 tagen sollen, ein. Von dem Organisationskomitee für diese Kongresse ist uns eine größere Anzahl Einladungskirculars zugeandt worden, welche wir an die Gewerkschaften Deutschlands verenden sollen. Wir werden diesem Wunsch nachkommen, nicht um dadurch für die Beschädigung dieser Kongresse Propaganda zu machen, sondern um den französischen Genossen zu zeigen, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bezüglich der Berufung internationaler Gewerkschafts-Kongresse einer Meinung sind.

Es ist das dritte Mal im letzten Jahrzehnt, daß der Versuch gemacht wird, neben dem allgemeinen internationalen socialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongress einen allgemeinen internationalen Gewerkschafts-Kongress zu veranstalten. Im Jahre 1892 ging der Plan von dem Kongress der englischen Trades-Unions aus, und wir wandten uns damals ebenso bestimmt gegen das Projekt, wie im Jahre 1895, als ein internationaler Gewerkschafts-Kongress von dem „Comité d'Organisation de la Grève générale“ (Komitee für die Organisation des Generalstreiks) in Paris einberufen werden sollte. Beide Kongresse wurden nicht abgehalten, was wohl wesentlich infolge der ablehnenden Haltung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands geschah. Diese stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, soweit Fragen allgemeiner Natur auf internationalen Kongressen geregelt werden können, dies auf dem internationalen socialistischen Arbeiterkongress zu geschehen hat. Sind Vereinbarungen zwischen bestimmten Berufsgruppen zu treffen, so sind hierzu internationale Berufskongresse zu berufen, oder sie sind auf internationalen Berufskongressen im Anschluß an den internationalen Arbeiterkongress zu erledigen.

Schon die Tagesordnung der von den genannten Korporationen einberufenen Kongresse zeigt, daß entweder die dort zu erledigenden Fragen auf den allgemeinen internationalen Kongressen zu verhandeln sind, oder daß sie noch nicht auf internationalen Wege zur Erledigung gelangen können, weil sie auf den nationalen Kongressen oder richtiger in den nationalen Organisationen noch nicht in einheitlichem Sinne beantwortet worden sind.

Die Tagesordnung soll nach dem Einladungskircular auf den Kongressen wie folgt sein:

1. Internationaler korporativer Kongress, welcher alle Gruppen ohne Unterschied in der Form umfaßt: Trades-Unions, Syndikate, Gewerbe-Unionen, Industrie-Verbände, Kartelle, Arbeitsbörsen etc.

Anträge des konföderativen Rates:

- 1. Der Generalstreik, seine praktische Organisation, seine Eventualität, seine Konsequenzen.
2. Gründung eines internationalen Sekretariats der Arbeit.
3. Ueber die Dauer der Arbeit, den Lohn, die Arbeitslosigkeit und die Mittel zur Bekämpfung derselben, die Frauen- und Kinderarbeit.
4. Ueber die internationale Anwendung derjenigen Mittel, welche es uns ermöglichen sollen, in den großen Konflikten zwischen dem Kapital und der Arbeit in wirksamer Weise zu kämpfen (Streik der englischen Maschinenbauer, der dänische Lockout etc.).
5. Die Kooperation, die Produktion, die Konsumtion.
6. Vergleichender Bericht der Arbeits-Tribunale.
7. Berichte und Mitteilungen über die Resultate, welche in betreff der schon früher behandelten Fragen, wie Wollstofffrage, Erkennungsmarken, wöchentlicher Ruhetag etc., erzielt wurden.

2. Kongress der Arbeitsbörsen, Kartelle und lokalen oder regionalen Unionen der Syndikate der verschiedenen Professionen, welche nicht an der Herstellung der gleichen Produkte mitwirken.

Schau den Arbeitswilligen! Vom Schöffengericht in Krefeld war seiner Zeit ein Häcker von der Beschuldigung, gelegentlich des Häckerstreiks zu einem Arbeitswilligen gelangt zu haben: „Du Streikbrecher, wenn Du zum Militär kommst, werde ich dafür sorgen, daß Du schlecht behandelt wirst.“ freigesprochen worden. Der Amtsanwalt legte hiergegen Berufung ein mit dem Erfolg, daß der Angeklagte nun auch von der Düsseldorf'schen Stroflammer freigesprochen wurde. Dem Manne konnte die obige schauerhafte Drohung nicht nachgewiesen werden.

Die ultramontanen Zeitungsunternehmer beginnen die Mitglieder des Buchdruckerverbands zu mahnen. Die „Kölnische Volkszeitung“ verlangt in einem Interim, „katholische Buchdrucker“ oder „Nichtverbandsmitglieder“ nach Einsiedeln im Kanton Schwiz und in der „Westfälischen Volkszeitung“ in Bochum räumt man auch mit dem Verbandsmitgliedern auf. Am 27. Januar wurde 4 Mann gelinbt und sofort Nichtverbandsmitglieder eingestellt. Darauf kündigten am 29. Januar die übrigen Verbandsmitglieder, von denen nun sofort 3 Mann entlassen wurden.

Ausland.

Die Schrifteher in Lemberg haben eine Lohnforderung gestellt und dürfte es infolgedessen zu einer größeren Arbeitseinstellung kommen.

Bei der Gewergerichtswahl in Krakau, die am Sonntag stattfand, siegte die socialdemokratische Liste in allen Gruppen.

Sociales.

Socialdemokratische Steuern und Staatssteuern. Unter dieser vielversprechenden Etiketare befaßt sich die „A. A.“ mit dem von uns in Nr. 33 besprochenen Haushaltsbudget eines Maurers. Sie schreibt dazu:

Uns fallen nur einige Kosten des Haushaltsbudgets auf, die uns beachtenswert erscheinen. Da heißt es nämlich: „Vereins- und Klassenbeiträge (Gewerkschaft, Streikfonds, Partei-Organisation, Kranken-, Alters- und Feuerversicherung etc.) 77,85 M.“ „Zeitung und sonstige Lektüre 28,35 M.“ Daneben „Steuern 12 M.“ Daß die Versicherungsbeiträge nicht die Hälfte der 77,85 M. ausmachen, daß Zeitung und Lektüre indirekte socialdemokratische Steuern sind, braucht wohl nicht nachgewiesen zu werden. So nach kann man getrost annehmen, daß der Betrag der direkten socialdemokratischen Steuern, den jeder Maurer zu entrichten hat, mindestens dreimal so hoch ist, als der „drückenden“ Staatssteuern. — Und was leistet die Socialdemokratie dafür?

Die guten Seelen, die so gar naiv thun! Sehen wir uns die Sache im einzelnen an: Krankentafelbeiträge 34,50 M., Invalidenversicherung 5,95 M., Freireligiöse Gemeinde 8 M., Feuerversicherung 8,50 M., Berliner Streikfonds 15 M., Verbandsbeiträge 9,60 M., Socialdemokratischer Verein 240 M., zusammen 76,65, nicht 77,85, wie wir irrtümlich schrieben.

Was die Socialdemokratie dafür leistet? Diese Frage wird die „A. A.“ nach dieser Detaillierung wohl nicht mehr stellen. Der

Reichstag.

139. Sitzung vom 31. Januar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Pöbbecke.

Die zweite Beratung des Post-Etats wird fortgesetzt beim Titel Unterstaatssekretär.

Abg. Ströber (Widb.):

Bei der Einweihung des neuen Reichs-Postgebäudes in Straßburg i. E. ist während des Festens eine Aeusserung gefallen, die wie ein Spott auf Bayerns ablehnende Haltung in der Schöpfung einheitlicher Marken klang. Diese Aeusserung ist in der bayerischen Kammer eine subalterne Ungezogenheit genannt worden. Da möchte ich hiermit feststellen, daß diese Aeusserung nicht von einem Beamten, sondern von einem Komiker gethan ist. Weiter möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, so weit in seiner Macht steht, dafür zu sorgen, daß endlich eine Einseitigkeit in der Orthographie erreicht wird, und nicht die Postbeamten, wie es jetzt der Fall ist, die verschiedenen Arten von Orthographie kennen müssen. Wünschenswert wäre es, wenn die Orthographie des Bürgerlichen Gesetzbuchs, nicht die Putzamerische, überall eingeführt würde.

Schließlich bitte ich den Herrn Staatssekretär, auch weiterhin für die Sonntagruhe der Postbeamten Sorge zu tragen und vor allem zu bewirken, daß die Paketwagen der Post nicht am Sonntag fahren dürfen.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Ich stimme mit dem Herrn Vorredner durchaus darin überein, daß den Postbeamten soweit wie irgend möglich Sonntagruhe gewährt werden muß. In allen Fällen ist es aber im Interesse des Dienstes nicht durchführbar.

Was die Orthographie anlangt, so ist neuerdings eine Verordnung des Herrn Reichslandtags ergangen, wonach in Zukunft die Orthographie des Bürgerlichen Gesetzbuchs für die Verwaltungsbehörden maßgebend sein soll.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel 9a „Erfahrungen auf dem Gebiet des Post- und Telegraphenwesens“ erläßt

Direktor im Reichspostamt Sydow

auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Müller-Sagan, daß eine Anschließung mehrerer Teilnehmer an eine gemeinschaftliche Telefonleitung in Zukunft zu wesentlich ermäßigten Preisen möglich sein werde.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel 17 (Ober-Postdirektionen) wünscht

Abg. Horn (natl.) Verrückung der Post-Bauinspektoren, insbesondere Gewährung von Umzugskosten bei der Versetzung. Unterstaatssekretär im Reichs-Postamt Fritsch kann nicht zugeben, daß die Post-Bauinspektoren eine Verrückung nötig hätten. Umzugskosten werden ihnen auch jetzt schon, wenn auch nicht in vollem Maße, gewährt.

Der Titel wird bewilligt.

Titel 22 und 23 (Postassistenten) werden gemeinsam beraten. Zu Titel 22 empfiehlt die Kommission eine Resolution zur Annahme, nach der die Bureauassistenten und Kanzlisten des Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung, sowie die Ober-Post- und Telegraphen-Assistenten und Postverwalter anläßt auf 1500, 1700, 1900, 2100, 2300, 2500, 2700 auf 1500, 1800, 2000, 2200 usw. Maß durch einen Nachtrags-Etat pro 1900 angelegt werden.

Abg. Dr. Vielhaben (Reformp.):

Ich erlaube mir, die Gehaltsverhältnisse an die Postassistenten nochmals zur Sprache zu bringen. Es handelt sich darum, daß die Reichs-Postverwaltung die etatsmäßigen Stellen, die für die Militär-anwärter reserviert sind, zwar besetzt, den betreffenden Beamten aber nur 3/4 des ihnen zukommenden Gehalts gezahlt hat. Die Grundzüge, die der Bundesrat 1892 festgelegt hat, sind somit nicht eingehalten worden. Eine stichhaltige Begründung für ihr Vorgehen ist uns die Regierung bisher schuldig geblieben. Die Angelegenheit scheint mir freilich zur öffentlichen Verhandlung hier im Plenum nicht geeignet, darum beantrage ich, den Etat an die Kommission zurückzuweisen. Ich sehe in dem Vorgehen der Regierung eine Entwertung und eine Verletzung der Rechte des hohen Hauses. Ich bitte Sie freundlichst, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Es handelt sich hier um Verhältnisse, die weit rückwärts liegen. Von einer Entwertung kann keine Rede sein, die Reichs-Postverwaltung hat nicht das Recht, über irgend einen Titel anders zu disponieren, als wie der Reichstag es beschlossen hat, dagegen würde auch der Reichs-Rechnungshof sofort Einspruch erheben. Die Budgetkommission hat sich übrigens die Frage zur nochmaligen Beratung vorbehalten. Denn wenn ich auch zur Zeit das Kriegs-Tornikel bin, so handelt es sich bei dieser Angelegenheit nicht nur um Postbeamte, sondern um Beamte aller Ressorts und die Sache muß von der Kommission allgemein entschieden werden.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Gerade weil es sich nicht nur um Beamte der Postverwaltung, sondern um Beamte aus allen möglichen Ressorts handelt, hat die Budgetkommission ohnehin beschlossen, diese Frage nochmals einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Der Antrag Vielhaben ist daher überflüssig.

Abg. Dabach (C.):

Ich bitte Sie, den Antrag Vielhaben anzunehmen. Sehr wünschenswert wäre es aber, wenn der Kommission zunächst eine ausführliche Denkschrift von Seiten des Reichs-Postamts vorgelegt würde, in welcher alles Material vollständig mitgeteilt sein müßte. Wenn der Reichstag dann die Ueberzeugung gewinnen würde, daß die Beamten ein Recht auf diese eingeklagten Beträge haben, so würde auch ohne ein neues Urteil der Reichstag wohl bereit sein, eine Summe in den Etat einzustellen, um sämtliche Ansprüche zu bezahlen.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Der Herr Vorredner vergißt, daß auch der Bundesrat in Geldsachen mitzureden hat. Es entspräche der Achtung, die der Reichstag dem Bundesrat schuldig ist, wenn er erst die gerichtliche Entscheidung abwartete.

Abg. Eichhoff (fr. Rp.):

Wie die Dinge einmal liegen, sind die Beamten wieder einmal mit ihren Ansprüchen ad calendarum graecum verfrachtet worden. Wir haben die Angelegenheit zwar schon einmal in der Budgetkommission erörtert, doch wollen wir uns dem Antrage Vielhaben auf nochmalige Zurückverweisung an die Kommission nicht wiederergehen. Ich habe mich zum Wort gemeldet, um die von mir in der Budgetkommission gestellte und dort schon eingehend begründete Resolution auch hier im Plenum zu befürworten und ihre Annahme zu empfehlen.

Abg. Graf Oriola (natl.):

Der Antrag Vielhaben ist überflüssig, da die Frage in der Budgetkommission vielleicht schon morgen mit Rücksicht auf alle Ressorts behandelt werden wird. Auf eine eingehende Denkschrift können wir nicht erst warten. Von einer Verletzung des Etatsrechts kann keine Rede sein. Der zu diesem Titel vorliegenden Resolution bitte ich Sie möglichst einstimmig zuzustimmen.

Abg. Vielhaben (Antif.):

Wenn wir diesen Statist nicht noch offen halten, ist uns gründliche Prüfung in der Kommission nicht mehr möglich. Ich bitte Sie daher nochmals ihn an die Budgetkommission zu überweisen. Im übrigen muß ich doch bleiben, daß eine Verletzung

des Etatsrechts vorliegt. Die Ober-Postdirektion zu Hamburg hat ja selbst zugegeben, daß der Standpunkt der Regierung nicht haltbar ist. Die Beamten kommen ja schließlich auf die Idee, daß Staatssekretär Fehr. v. Thielmann bei ihrem Gehalt spart, um Geld für die Flotte zu bekommen.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

legt Verantwortung ein gegen die Behauptung, die Postverwaltung spare auf Kosten ihrer Beamten.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Die Kommission hat beschlossen, die Frage einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Sämtliche Mitglieder der Kommission bedauern, daß der Bundesrat eine Annäherung zum Ausdruck bringt, die wir alle nicht teilen. Eine Zurückverweisung hat freilich keinen Zweck. Dem Beschluß des Bundesrats gegenüber sind wir machtlos.

Abg. Schmidt-Barburg (C.):

Wir stimmen für Zurückverweisung an die Kommission. Der Herr Staatssekretär mag an den Verhältnissen nicht schuld sein; er sollte aber doch herbeiführen, daß das Geld endlich gezahlt wird, und falls sich im Bundesrat Bedenken dagegen erheben, sollte er sie zerstreuen. Es handelt sich um vielleicht 3000 Beamte, die Jahr um Jahr warten. Ihnen muß endlich recht geschehen.

Abg. Singer (Soc.):

Auch wir sind für Zurückverweisung an die Kommission. Das Material muß nochmals durchgesehen werden. Von der Kommission erwarten wir dann eine Resolution, in der die Regierung ersucht wird, die Prozedur zu unterlassen. Ich wiederhole das Bedauern, daß die Regierung in einer Frage, die vom Reichstage einmütig zu Gunsten der Beamten beantwortet ist, alles nur Mögliche versucht, um eine andere Entscheidung herbeizuführen. Mühsam mühten die verbündeten Regierungen von dem Vorhaben abgesehen werden, das Verjährungsrecht in Anspruch zu nehmen. Und nun suchen sie wieder einen anderen Weg, um die Zahlung heranzukommen.

Ich will nicht auf die etatsrechtlichen Ausführungen des Abg. Vielhaben eingehen. Aber wenn es auch juristisch möglich wäre, die Anklage auf Verletzung des Etatsrechts zu widerlegen, moralisch ist die Anklage berechtigt. Es ist auch die Rede davon gewesen, wer das Tornikel ist (Heiterkeit), wer die Schuld an diesen Verhältnissen trägt. Daß der Staatssekretär des Reichs-Postamts der Unschuldige ist, glaube ich auch. Ich wundere mich nur, daß der Herr Staatssekretär nicht die Stellung klargelegt hat, die das Reichs-Schatzamt hier einnimmt. Es wäre doch interessant zu erfahren, ob der Staatssekretär des Reichs-Schatzamts die Stellung aus sich heraus eingenommen hat oder ob er etwa durch die pressifischen Stimmen im Bundesrat dazu bestimmt worden ist. Das preussische Finanzministerium wird wohl im Spiele sein. Gätte sich dessen Einfluß geltend gemacht, die Frage wäre im Bundesrat gewiß anders entschieden worden. Es gereicht wahrlich nicht zum Ruhm und zum Vorteil der Reichsverwaltung, wenn eine so einfache Frage hier immer wieder behandelt werden muß. (Sehr richtig! links.) Die Ansicht des Herrn Vielhaben, daß der Kommission nicht das gesamte Material vorgelegt hat, wird wohl richtig sein. Darum muß die Kommission in eine nochmalige Beratung eintreten. Wenn dann der Reichstag in einer Resolution fordert, daß den Beamten endlich recht geschehe, dann werden wir ja sehen, ob es die Regierung auf einen Konflikt ankommen läßt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Es handelt sich hier nicht um eine Sache, die der Reichstag gefordert hat, sondern um Ansprüche, die aus einem richterlichen Erkenntnis erwachsen sind. Kame es auf Gelder an, die im Etat ausgeworfen sind, dann wäre es natürlich anders.

Abg. Dabach (C.):

Ich habe durchaus nicht übersehen, daß der Bundesrat ein Mitbewilligungsrecht in Geldsachen habe. Der Bundesrat hätte aber aus Rücksicht auf den Reichstag, der sich seit Jahren mit der Frage beschäftigt, längst darauf verzichten können, die Prozesse zu Ende zu führen. Was die Denkschrift anlangt, so war ich der Ansicht, daß das Material bereits druckfertig vorliege, da ich den Staatssekretär für durchaus unterrichtet in dieser Frage glaube. Ich bedaure, daß ich mich in diesem Urteil über den Herrn Staatssekretär geirrt habe.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Die Frage beschäftigt den Reichstag noch gar nicht sehr lange, sondern erst seit 1899. Was Herr Dabach für ein Urteil über mich hat, ist mir gleichgültig.

Abg. Dr. Baasche (natl.):

Ich muß den Bundesrat vor den Angriffen des Abg. Singer schützen, er stützt sich jedenfalls auf für ihn schwerwiegende juristische Gutachten. Es kann auch nicht die Aufgabe des Reichstags sein, den Herrn Reichs-Schatzsekretär wegen seiner Sparsamkeit zu tadeln, wir müßten diese Sparsamkeit vielmehr dankbar anerkennen. — Zu einer Zurückverweisung dieser Titel an die Kommission liegt kein Anlaß vor.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Rp.):

Der Bundesrat hat nun einmal beschlossen, zuerst die gerichtliche Entscheidung abzuwarten, daher kann der Reichstag vorläufig in dieser Sache nichts thun. — Im übrigen möchte ich den Herrn Staatssekretär fragen, wie es mit dem Urlaub der Beamten in den verschiedenen Postbezirken steht. Es wird darüber gesagt, daß die Urlaubsverhältnisse sehr verschieden sein sollen, eine einheitliche Regelung wäre aber sehr wünschenswert. — Ich komme nochmals auf die Frage der verspäteten Briefbestellungen in Berlin zurück. Am wirksamsten würde diesem Uebelstand jedenfalls durch Vermehrung der Beamten begegnet werden. — Was den Antrag Vielhaben anlangt, so bitte ich Sie, denselben nicht anzunehmen, sondern sich bei der dritten Lesung über diese Frage endgültig zu entscheiden.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Betreffs des Urlaubs weise ich nur darauf hin, daß die Ober-Postdirektionen darüber zu bestimmen haben. Die Bestimmungen lauten: für die Diätäre 10 Tage, für die Angestellten, Beamten 20 Tage. Die größte Schwierigkeit für die Briefbestellung liegt darin, daß das Publikum der Postverwaltung stets so viele Rätsel aufgibt. Hier in Berlin haben die Beamten täglich ca. 900 Rätsel zu lösen (Heiterkeit) und die Adressen richtig zu entziffern. Daß manche von diesen Rätseln auch falsch gelöst worden, ist selbstverständlich.

Abg. Dr. Vielhaben (Antifemist):

Der Verlauf der Debatte hat wohl ergeben, daß die Mehrheit des Hauses für die Ueberweisung an die Budgetkommission ist. Ich bitte Sie also, meinen Antrag anzunehmen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dabach (C.) und Schmidt-Barburg (C.) schließt die Diskussion.

Der Antrag Vielhaben auf Rückverweisung des Titels „Ober-Postassistenten“ an die Budgetkommission wird abgelehnt, die Titel 22 und 23 bewilligt. Ueber die Resolution der Budgetkommission wird erst in dritter Lesung abgestimmt. Beim Titel „Telegraphengehilfen“ regt

Abg. Dabach

an, daß jede Telephonbande angehalten wird, dem Anrufenden die von ihm gewünschte Nummer zu wiederholen.

Abg. Singer (Soc.)

bemängelt die ungewöhnliche Aufstellung der Fernsprech-Automaten in den Schalteräumen der Postämter. Einmal störe die Sprechenden

das Geräusch der Umstehenden, dann aber sei es nicht jedermann erwünscht, sein Gespräch sozulange öffentlich zu führen. Er gebe zur Erwägung anheim, ob nicht eine abgedichtete Halle für die Automaten aufgerichtet werden könne. Das Gehalt der Telephonisten sei zu gering. Tagelöhner von 2,25 M. seien zu niedrig. Er frage den Staatssekretär, ob es in der Absicht der Reichs-Postverwaltung liege, für Anstellung der Gehilfen verschärfende Bedingungen einzuführen.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Es liegt uns fern, verschärfende Bedingungen für die Anstellung einzuführen. Der Tagelöhnerlohn beträgt nur für die ersten zwei Jahre 2,25 M., später in er höher. In den Zellen herrscht oft eine unheimliche Hitze. Wir werden aber die Anregung des Abg. Singer weiter erwägen.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Beim Titel 25 „Unterbeamte im inneren Dienst“ tritt

Abg. Werner (Antif.)

für Verkürzung der Arbeitszeit ein. Den Arbeitsräumen solle mehr Verschönigung geschenkt werden. Ueber das Gratifikationswesen herrsche nach wie vor Unzufriedenheit. Man solle die Gratifikationen, die bis zu den Postämtern überreichten werden, ganz beseitigen.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Für die höheren Beamten sind die Gratifikationen abgelehnt worden. Es würde also schwer sein, einen wegen der Gratifikation unzufriedenen Postrat auf den Tisch des Hauses niederzuliegen. (Heiterkeit.) Bei den Unterbeamten ist die Beseitigung aber mit Schwierigkeiten verbunden. In Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitsräume bestehen noch Mißstände. Wir thun aber alles, um Abhilfe zu schaffen.

Abg. Dabach (C.):

Kleine Leute müssen in Berlin oft bis zu 300 M. für eine kleine Wohnung, selbst in der Peripherie der Stadt, bezahlen. Da sollten doch sämtliche Reichsverwaltungen darauf Bedacht nehmen, für ihre Unterbeamten billige Dienstwohnungen zu beschaffen.

Staatssekretär v. Pöbbecke:

Eine solche Fürsorge für die Unterbeamten erkenne ich als notwendig an. Eine Kasernierung freilich — in Berlin müßten doch große Mietskasernen gebaut werden — würde freilich schlechte Erfahrungen haben. Außerdem würden die Kosten gerade in Berlin, zumal wenn man die Dienstwohnungen in die Nähe der Postämter bringen wollte, ganz bedeutend sein.

Abg. Werner (Antif.) begrüßt die Anregung des Abg. Dabach, hält aber ihre Ausführung für sehr schwer.

Abg. Dabach (C.) bemerkt, die Dienstwohnungen müßten ja schließlich nicht in unmittelbarer Nähe der Kasernen sein.

Abg. Dr. Müller-Sagan:

Ich habe nur verlangt, daß den Beamten seitens der Reichs-Postverwaltung mögliche Freiheit in Bezug auf die Lage ihrer Wohnung gewährt werde, besonders sollte es ihnen auch gestattet sein in den Vororten zu wohnen. Natürlich müßten dann auch die Verbindungswege zwischen dem Centrum Berlins und den Vororten wesentlich verbessert werden.

Der Titel wird darauf bewilligt. Beim Titel „Stellungszulagen für Beamte und Unterbeamte“ wünscht

Abg. Singer (Soc.)

Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten. Daß die Beamten in die Vororte abgehoben werden, wie Herr Müller-Sagan wünschte, halte ich im Interesse Berlins nicht für richtig. Vor allem wollte ich aber bei dieser Position darauf hinweisen, daß es sehr bedauerlich ist, daß die Verteilung der Gehaltszulagen in das Belieben der Vorgesetzten gestellt ist und nicht etatsmäßig festgelegt ist. Nach den Angaben der Beamten erhalten durchaus nicht immer die Würdigen die Gehaltszulage, sondern diejenigen, die sich durch besondere Zuvorkommenheit gegen ihre Vorgesetzten ausgezeichnet haben. Ich hoffe, daß die Angelegenheit im nächsten Jahre etatsmäßig geregelt wird.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt Titel „Postboten“.

Abg. Singer (Soc.):

Die Erläuterung zur Neuregelung der Tagelöhner der Postboten läßt befürchten, daß die Aufbesserung der Tagelöhner sich nur auf die Beamten der großen Industriebezirke bezieht. Auch in den kleinen Orten sollten die Tagelöhner erhöht werden, zumal viele Unterbeamte bei der letzten Gehaltszulage übergegangen sind. Die Tagelöhner sind außerordentlich niedrig. In Berlin betragen sie jetzt 2,50 M., in kleinen Orten sind sie natürlich noch geringer. Die Unterbeamten müssen jetzt oft 10—11 Jahre warten, bis sie angestellt werden. Da ist es doch wirklich wünschenswert, die Tagelöhner allen Beamten gleichmäßig zu zahlen und keine Ausnahme eintreten zu lassen. (Bravo! links.)

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel Stellvertretungskosten für Beamte und Unterbeamte wünscht Abg. Singer (Soc.): Besserung der Urlaubsverhältnisse für Landbriefträger. Diese Beamten erhalten heute höchstens 4 bis 5 Tage Urlaub und es wird angegeben werden müssen, daß diese kurze Zeit zur Erholung absolut nicht ausreicht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird darauf bewilligt. Beim Titel „Vergütung für Umzugskosten“ regt

Abg. Singer (Soc.) an:

Den Unterbeamten, die in großen Städten gezwungen sind, oft auf weite Entfernung hin ihre Wohnung zu verlassen, die Umzugskosten zu vergüten. Gerade die Unterbeamten repräsentieren das flüchtige Element innerhalb der Reichs-Postverwaltung.

Abg. Müller-Sagan: Die Wohnungsfrage der Unterbeamten kann richtig nur durch Teuerungszulagen für diese Beamten gelöst werden.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Miete für neuerrichtete Postgebäude“ befragt sich

Abg. Eichhoff (fr. Rp.) darüber, daß die Postverwaltung bei dem Bau von neuen Postgebäuden immer erst dem allerdingendsten Bedürfnisse nachkommt. Es wäre wünschenswert, wenn sie weniger die fiskalischen Interessen, als vielmehr die Verkehrsinteressen berücksichtigte.

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Ordinarius.

Die Weiterberatung des Postetats wird darauf auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags

standen heute die Titel des Etats des Auswärtigen Amtes zur Verhandlung, welche die Kolonien betreffen. Darunter befindet sich eine Forderung von 1 753 000 M. zur Erwerbung eines Grundstücks behufs Errichtung eines Dienstgebäudes für die Kolonial-Centralverwaltung und erste Rate zum Beginn der Bauausführung. Kolonialdirektor v. Buchta begründete die Notwendigkeit des Baues. Die Abg. Müller-Sagan (fr. Rp.), Singer, Müller-Julda (C.), Graf Arnim (Rp.), Graf Oriola (natl.) und der Minister Prinz Arenberg erklärten sich gegen die Bewilligung. Der Kaufpreis sei zu hoch. Auch dürfte

demnachst sich der Umbau des künftigen Amtes als nötig erweisen, wobei ein Stück des großen Gartens hinzugekommen werden könnte zur Unterbringung des Kolonialamtes. Die Position wird darauf einstimmig abgelehnt. — Auf eine Anfrage des Abg. Zinger, warum die den Gebrüder Deinhart zugewilligte Entschädigung von 150 000 M. noch nicht zur Auszahlung gekommen sei, erwidert Direktor v. Buchta, daß rechtliche Gründe die Auszahlung noch unzulässig erscheinen ließen. Es lägen Cessionenforderungen u. dergl. vor. — Hierauf wurde der Etat der Eisenbahnen beraten. Die Beratung wird Donnerstag fortgesetzt. —

Unfallversicherung.

Die Kommissions-Beratung des Unfall-Versicherungsgesetzes gelangte am Mittwoch bis zum § 5 Absatz 1. Beim § 2 veränderten die Abgeordneten Fischbeil, von Salisch und Dr. Lehr und Genossen zwei Gedanken Rechnung zu tragen, die seitens der Socialdemokraten angeregt, aber tags zuvor abgelehnt waren. Freilich wollten sie nur in beschränktem Umfang und nur unter der Bedingung diesen Gedanken Rechnung tragen, wenn der Willkür der Berufsgenossenschaften überlassen bleibt, zu thun, was ihnen beliebt. Gestern war abgelehnt, das Gefinde versicherungspflichtig zu machen; ferner war abgelehnt, die Hausgewerbetreibenden versicherungspflichtig zu machen und den Fabrikanten die Kosten aufzuerlegen, und endlich außer andern, wie bereits mitgeteilt, beantragt, die für gemeinnützige Anstalten thätigen Personen, z. B. die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr, die Totengräber usw. versicherungspflichtig zu machen. Inzwischen hatten die Herren überlegt, daß die Anträge gerechtfertigt seien und verfaßten nun jeder einen Teil dieser Anträge in ihr Gegenteil zu verkehren. Dr. Lehr und seine nationalliberalen Freunde beantragten, es sollten die Berufsgenossenschaften durch Statut bestimmen können, daß auch solche Dienstboten, die mit dem Betrieb in keine Verbindung kommen, versichert werden können. Der Antrag wurde nach lebhafter Discussion abgelehnt. Durch denselben hätten einige große Unternehmer ihre Verpflichtung, die das Bürgerliche Gesetzbuch ihnen auferlegt, gegen die keine an die Berufsgenossenschaft zu zahlende Summe eingetauscht. Der Konservative v. Salisch wollte der Berufsgenossenschaft gestatten, die an sich versicherten Personen auch gegen solche Unfälle zu versichern, welche sie bei Rettung oder Verwundung von Personen oder Sachen erleiden. Nachdem dargelegt war, daß soweit Leute in Betracht kommen, die Robeße einen solchen Zusatz vorschlägt, und soweit andere Personen in Betracht kommen, die richtige Rechtsprechung zweifellos auch bei Feuers- und Wasserunfällen die Berufsgenossenschaft eintreten lassen würde, wurde der Antrag zurückgezogen. Der Abgeordnete Fischbeil wollte die Hausgewerbetreibenden hineinziehen, nachdem er, wie die gesamten Kommissionsmitglieder mit Ausnahme der Socialdemokraten gestern gegen die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden gestimmt hatte. Schließlich wurde eine von der Regierung vorgeschlagene Fassung des Art. 3 Absatz 1 angenommen, durch die es den Berufsgenossenschaften freigestellt sei, auch Hausgewerbetreibende für versicherungspflichtig zu erklären. Die Socialdemokraten stimmten hiergegen, weil sie eine unbedingte Versicherungspflicht aller Hausgewerbetreibenden und der von diesen beschäftigten Arbeiter und die Heranziehung des Fabrikanten an Stelle des armen Hausgewerbetreibenden zu den Lasten der Versicherung verlangt und weil sie überdies der berufsgenossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft das Recht nicht einräumen wollten, an die Stelle der gesetzgebenden Körperschaften zu treten und nach Willkür diesen Teile der Arbeiterschaft die Rechte, welche ihnen das Bürgerliche Gesetzbuch einräumt, durch Berufsgenossenschaftstatut zu entziehen.

Zu § 3 wurde ein Antrag angenommen, der der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes, das Trutzgeld und ähnliche Bezüge als Lohn zu erklären, recht giebt. — § 4 wurde unverändert angenommen.

Zu § 5 stellten die Socialdemokraten den Antrag, den Absatz 1 zu formulieren wie folgt: „Gegenstand der Versicherung ist der Schaden, der durch einen Betriebsunfall entsteht. Die Höhe des Schadens ist nach den Vorschriften der §§ 249, 252, 242 bis 245, 247 des Bürgerlichen Gesetzbuchs festzusetzen. Wird dieser Antrag angenommen worden, so würde der in großen Betrieben beschäftigte Arbeiter denselben Schaden ersetzt erhalten, wie ein Nichtarbeiter, der Schadensersatzanspruch zu erheben hat, das heißt um weit mehr als ein Drittel mehr als das Unfallversicherungs-Gesetz zulassen will. Dieser Antrag fand von Seiten der Kommission, die das Ausnahmestück zu Ungunsten der Arbeiter festlegen will, keine Gegenliebe, er wurde abgelehnt. Dagegen nahm die Kommission unter Widerspruch der Socialdemokraten den in der Vorlage enthaltenen Zusatz zu dem bestehenden Gesetze an, nach dem der Anspruch abgelehnt werden kann, wenn der Verletzte den Unfall bei Begehung eines Verbrechen oder Vergehens erlitten hat. Danach würde also z. B. ein Arbeiter, der sich bei einem Eisenbahnunfall zu kommen und hierbei verunglückt, seiner Rente völlig verlustig gehen, wenn er wegen Gefährdung des Eisenbahnverkehrs verurteilt wird. Diese Verschlechterung des bestehenden Gesetzes wurde von allen Kommissionsmitgliedern mit Ausnahme der Socialdemokraten angenommen. — Die Vorlage will im Gegensatz zu den Beschlüssen der früheren Kommission die Karenzzeit vom Beginn der 14. Woche nach Eintritt des Unfalles ab erst eintreten lassen. Die Socialdemokraten beantragten Streichung der Karenzzeit eventuell Herabsetzung der 13 Wochen auf 4 Wochen. Der Staatssekretär v. Polakowsky erklärte, daß mit Ausnahme des von der früheren Kommission gebilligten Eventualantrages die Vorlage gefährdet sei, der Bundesrat würde dieser von der Unternehmerklasse so sehr belämpften Verbesserung des Gesetzes nicht zustimmen. Aus der Mitte der Kommission erklärte hierauf die Abg. Kölsch-Dehau (Wtl.) und Trimbauer (C.), sie würden aus principellen Gründen, wie schon in der früheren Kommission, für die Verkürzung der Karenzzeit stimmen. Die Abstimmung über die Anträge wurde noch ausgesetzt, indessen ist den Anträgen das Schicksal der Ablehnung sicher.

Die nächste Sitzung beginnt Donnerstag um 10 Uhr mit der Weiterberatung des § 5.

Die Wahlprüfungs-Kommission stellte in ihren beiden letzten Sitzungen am Dienstagabend und Mittwoch früh eine Reihe schriftlicher Berichte fest. Außerdem wurde die Wahl des Abgeordneten Stöcker (L. Arnberg), gegen die Protest erhoben war, dessen Angaben aber durch die mittlerweile gepflogenen Erhebungen nicht bestätigt wurden, für gültig erklärt. Ebenfalls protestiert ist die Wahl des Abgeordneten Dr. Hänel (7. Schleswig-Holstein, Kiel). Die Kommission beschloß Aussetzung der Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl und Erhebungen über die Protestbehauptungen.

Gegen die Wahl des Abgeordneten Sasse, der in der Stichwahl mit 13 043 gegen 13 007 Stimmen, die auf den Kandidaten der Reichspartei fielen, in Waldenburg (Schlesien) gewählt worden war, ging ein Protest ein. In demselben war die Behauptung aufgeführt, daß im Wahlbezirk Konradsthal, in dem bei der Stichwahl Sasse eine Mehrheit von 44 Stimmen erhalten hatte, ein Wahlmeister — also ein unmittelbarer Staatsbeamter — entgegen den Bestimmungen des § 9 des Reichs-Wahlgesetzes, als Wahlbeisitzer fungiert habe. Weiter wurde im Protest behauptet, daß während der Mittagspause vorübergehend nur 3 Mitglieder, darunter der Wahlmeister, die Wahlhandlung geleitet haben. Die dieserhalb gepflogenen Erhebungen haben ergeben, daß zwei Mitglieder des Wahlvorstandes die Protesteingaben eidlisch bestätigten, während die vier weiteren Mitglieder des Wahlvorstandes — darunter der Wahlmeister selbst — sich an die Vorgänge am Stichwahltag nicht mehr genau erinnern können oder die Richtigkeit der Protestangaben bezweifeln. Die Kommission beschloß mit Mehrheit dem Reichstag zu empfehlen, die Wahl für ungültig zu erklären.

Terrorismus der Gewerkschaften.

Die Beleidigungsklage des Zimmerers Karbe gegen unsern Redacteur Rob. Schmidt wurde am Mittwoch zum zweitenmal vor dem Schöffengericht verhandelt. Der Klage liegt folgendes zu Grunde: Im August v. J. hatte die katholische „Märkische Volkszeitung“ berichtet, der Zimmerer Karbe, welcher beim Zimmermeister Waltherr in Arbeit stand, sei deshalb entlassen worden, weil die übrigen bei Waltherr beschäftigten Zimmerer, die dem Centralverbande angehören, sich geweigert hätten, mit Karbe, weil dieser Mitglied des christlichen Vereins „Arbeiterjugend“ war, zusammenzuarbeiten. Der Behauptung der „Märkischen Volkszeitung“ zufolge soll Karbe zuerst auf dem Zimmerplatz von den Verbandsmitgliedern in der angegebenen Weise terrorisiert worden und deshalb von dem Waltherr nach einem andern Bau desselben Meisters geschickt worden sein. Auf dem Bau soll sich dann derselbe Vorgang, der sich auf dem Platz abspielte, wiederholt haben, so daß betreffender Polier auf ausdrückliches Verlangen der Verbandsmitglieder den K. entlassen habe. Der Zimmermeister Waltherr soll das sogar dem Karbe gegenüber bestätigt haben.

Der „Vorwärts“ beschäftigte sich in seiner Nummer vom 16. August mit dem vorbezeichneten Artikel der „Märkischen Volkszeitung“. Wir bezeichneten auf Grund unserer Recherchen die Angaben des christlichen Blattes als erfunden, denn wir hatten festgestellt, daß Karbe nur wegen Mangels an Arbeit entlassen worden ist. Unsere Angaben fügten wir als Erklärung für die unwarhaken Behauptungen, die Karbe der „Märkischen Volkszeitung“ aufgetischt hatte, die Bemerkung hinzu, Karbe habe wohl von seinem Verein eine Unterstützung ergattern wollen. Wegen dieser Bemerkung hat K. die Beleidigungsklage erhoben.

Die Klage hat schon am 16. November das Gericht beschäftigt. In jenem Termin sind bereits die wichtigsten Angaben der „Märkischen Volkszeitung“ als völlig haltlos dargelegt worden, die Verhandlung wurde aber vertagt, weil einer der Hauptzeugen krank und deshalb nicht erschienen war.

Die gestrige Verhandlung bot im allgemeinen dasselbe Bild wie die vorige. Sowohl der Zimmermeister Waltherr, wie die Poliere Holz und Strömann behaupteten eidlisch, daß kein Arbeiter die Entlassung des K. von ihnen verlangt habe, daß ihnen auch vor der Veröffentlichung durch die „Märk. Volksztg.“ von einer Weigerung der übrigen Gesellen, mit Karbe zusammenzuarbeiten, nichts bekannt geworden ist, und K. nur wegen Mangel an Arbeit und weil er der jüngste und am wenigsten leistungsfähige Arbeiter war, entlassen worden war. Einige Zimmerer, die im Sinne der Behauptungen des K. einen Druck auf diesen ausgeübt haben sollen, bekundeten unter ihrem Eide, daß sie wohl über die Organisation mit K. gesprochen, ihn vielleicht auch in ganz loyaler Weise zum Eintritt in den Verband zu überreden versucht, aber keinen Druck auf ihn ausgeübt hätten; auch wählten sie nichts davon, daß ihre Kameraden sich geweigert hätten, mit K. zusammen zu arbeiten, oder daß sie dessen Entlassung gefordert hätten. — Zeuge Weigel, ein Vorstandsmitglied des Vereins „Arbeiterjugend“, sagte aus, er habe gleich nach dem Erscheinen des Artikels der „Märk. Volksztg.“ Recherchen in der Angelegenheit Karbe angestellt, er habe aber nichts erfahren können, was die Angaben Karbes stützen könnte. Der Zimmerpolier Holz habe ihm gesagt, K. ist nicht auf Veranlassung der übrigen Arbeiter entlassen worden.

Auch ein Kriminalschaffmann trat als Zeuge auf. Derselbe ist, wie er bekundete, von seiner Dienststelle mit Recherchen in dieser Sache beauftragt worden, hat aber auch nichts von einer Terrorisierung des Karbe erfahren können. Auch ihm wurde vom Polier, der die Entlassung veranlaßt, gesagt, daß K. wegen Mangel an Arbeit entlassen sei.

Der Angeklagte Schmidt berief sich in seinem Plädoyer darauf, daß die Beweisaufnahme auch nicht eine einzige Thatsache ergeben habe, welche dafür spreche, daß Karbe wegen seiner Zugehörigkeit zum Verein „Arbeiterjugend“ und auf Verlangen seiner im Centralverband organisierten Kameraden entlassen worden sei. Der Wahrheitsbeweis sei also vollkommen gelungen. Auch siehe ihm (dem Angeklagten) als Redacteur eines Arbeiterblattes und Auditeurmitglied eines der größten Gewerkschaften, nämlich des Holzarbeiter-Verbands, der Sitzung des § 103 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite, so daß seine Freisprechung erfolgen müsse.

Nach längerer Beratung verurteilte der Vorsitzende des Gerichts folgendes Urteil: Die Zeugen hätten zwar im wesentlichen gesagt, daß der Grund zur Entlassung des Klägers nicht der von letzterem angegebene sei. Das Gericht habe aber die Heberzeugung erlangt, daß Mangel an Arbeit oder mindere Leistungsfähigkeit des Klägers nicht der wahre Entlassungsgrund sei. Es sei aus den Aussagen der Zeugen, gewissermaßen zwischen den Worten, herauszufühlen gewesen, daß noch ein anderer Grund vorhanden war, und daß die Arbeiter direkt oder indirekt zu erkennen gegeben hätten, sie wollten nicht mit dem Kläger zusammen arbeiten. Der Wahrheitsbeweis sei nicht gelungen. Der Angeklagte habe den § 186 Str.-G.-B. verletzt. Der Schuß des § 103 könne ihm nicht zugerechnet werden. Als Widerungsgrund nehme das Gericht an, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe, indem er sich auf seine Information bezufen konnte. Es sei deshalb auf eine Geldstrafe von 50 M. eventuell fünf Tage Gefängnis und Publikationsbefugnis des Klägers erkannt worden.

Die Begründung des Urteils muß nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme aufs höchste überraschen. Wegen einer Verurteilung, die sich auf die Kennerung gestützt hätte, der Klägers habe die Geschichte erfunden, um eine Unterstützung im Verein „Arbeiterjugend“ zu ergattern, hätte sich juristisch nichts einwenden lassen, umal K. sofort wieder Arbeit bekam, also die gegebene Erklärung für seine unwarhaken Geschichte richtig war. Das Gericht ist aber zu der Meinung gekommen, daß überhaupt die Angaben des Klägers richtig sind. Zwar haben sechs Zeugen ohne Widerspruch bekundet, daß niemand auf K. dahin eingewirkt hat, er solle die Arbeit aufgeben, noch hat irgend ein Zeuge behaupten können, ein solches Verlangen wäre an den Meister oder die Poliere gestellt worden. Trotzdem kommt das Gericht zu der Annahme, daß „zwischen den Worten herauszufühlen“ sei, daß ein anderer Grund für die Entlassung maßgebend war. Gegen solche Gefühle läßt sich allerdings nicht ankämpfen. Bisher glaubten wir, daß die Gerichte auf der Grundlage von Thatsachen urteilten. Wir sind durch die gestrige Verhandlung eines andern belehrt worden.

Bemerkenswert ist, daß die „Märkische Volkszeitung“ keinen Bericht über die Verhandlung bringt, dagegen in einer kurzen Notiz freudig von einer Bestätigung ihrer Angaben spricht. Wir bestätigen ihr gern, daß sie sich das Gebiet freier Erfindung ehrenvoll erkämpft hat.

Kommunales.

Das Plenum der städtischen Deputation beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung zunächst mit einem Projekt des Stadtbaurats Hoffmann zur Errichtung eines Kandelabers auf dem Potsdamer Platz. Am dem unteren Teil dieses aus Bronze herzustellenden Kandelabers soll die Unterbringung der Ziniferen durch das Licht künstlich dargestellt werden. Der Entwurf wurde genehmigt. Ferner wurden zwei Entwürfe des Stadtbaurats Krause über eine Umgestaltung des Schlossplatzes und den Neubau der Lessingbrücke genehmigt. Der Neubau der Lessingbrücke ist auf 700 000 M., die Umgestaltung des Schlossplatzes auf 154 000 M. veranschlagt. Die Deputation Abtheilung 2 beschloß, daß für die an Straßendebanten beschäftigten Arbeiter Aborte geschaffen werden sollen; die Unternehmer sollen verpflichtet werden, entweder mit benachbarten Grundstücksbesitzern entsprechende Mietverträge abzuschließen oder, vorbehaltlich polizeilicher Genehmigung, transportable Aborte zu errichten. Der Bürgerkrieg vor dem neuen Gerichtsgebäude an der Neuen Friedrichstraße soll auf städtische Kosten reguliert werden.

Frauen als Waisepflegerinnen. Die die Armendirection bekannt macht, sind seit Anfang November 1890 folgende sieben Damen den Gemeinde-Waiserräten als Waisepflegerinnen beigetreten: Fräulein Ida Wittich, Danzigerstr. 94, dem Waiserrat 102 D; Frau Stadtrat Luise Ebertz, Gollowstr. 9, dem Waiserrat 23; Frau Elise Wallach, Magdeburgerstr. 25, dem Waiserrat 19; Frau Kaufmann Camphauen, Tempelhofer Ufer 36, I, dem Waiserrat 27; Fräulein Emilie Delsner, Adlerstr. 31, dem Waiserrat 174; Frau Gräfin Alice Sessell, Bischofstr. 4—5, und Frau Sophie Dellig, Burgstr. 1b, dem Waiserrat 1. — Die Armendirection kündigt an diese Bekanntmachung das Ersuchen an die Gemeinde-Waiserräte, ihr auch ferner für das Amt einer Waisepflegerin geeignete Damen in Vorschlag zu bringen.

Lokales.

Freie Volkshöhne. Die Vorstellung der 2. Abtheilung findet Sonntagmorgen 2 1/2 Uhr im Lessing-Theater statt. „Rosmersholm“ gelangt zur Aufführung.

Die 7. Serie der Vorstellungen im Carl Weiß-Theater beginnt für die erste Abtheilung am Sonntag, den 11. Februar, 2 1/2 Uhr. Aufgeführt wird unter Mitwirkung des Herrn Christianus von König, Schauspielhaus und des Herrn Gustav Kober als Gast: Hamlet (Prinz von Dänemark), Trauerspiel von William Shakespeare. Die Vorstellungen folgen am 18. und 25. Februar, am 4., 11. und 18. März.

Der Vorstand. J. K.: G. Winkler.

Die Konkurrenz, welche die Heilsarmee der evangelischen Kirche macht, hat einen hohen Würdenträger dieser Kirche, den Superintendenten Sielen, veranlaßt, gegen die aus England herübergekommenen neuen Heiligen zu Felde zu ziehen. In einer Versammlung im Gemeindefaal der Johannis-Kirche bezeichnete er das Treiben der Heilsarmee mit ihren unfrommen Lehren als ein unbiblisches Zerbild. Mit Absicht suche man in den Versammlungen der Heilsarmee die Leute ihrer selbst nicht mehr mächtig zu machen, um sie desto sicherer mit einem Salmortale in die Arme der Heilsarmee zu bringen. Die Ankündigungen ihrer Versammlungen seien meist in Formen gehalten, die den Zuhörern von Zingeltangeln in der Hofenheide Ehre machen würden. Der Heilsarmee seien eben, wie den Jesuiten, alle Zwecke heilig. Je mehr Plücker, Trunkenbolde und Raucher in einer Stadt existierten, desto mehr fühle sich die Heilsarmee angezogen, da sie hier sicher sei, ihre Zwecke besser zu erreichen, als in einer gestüteten Stadt.

Auch wir halten das Treiben der Heilsarmee für abgeklärt, aber der Herr Superintendent hätte den Gegensatz zwischen Bibel und Heilsarmee doch lieber nicht so stark betonen sollen. Wird doch gerade von Christus gerühmt, daß er die Zöllner und Sünder den Pharisäern bei weitem vorgezogen habe. Uns scheint die Heilsarmee immer noch mehr Nechtheit mit dem Heiligtum zu haben, als eine Kirche, die eine ihrer Hauptaufgaben darin sieht, den heiligen Polier- und Militärstaat als einen christlichen zu preisen und gegen jeden zu wehren, der den Kampf gegen diesen Staat als sittliche Nothwendigkeit betrachtet.

Wer will zweiter Bürgermeister werden? Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langenhans erläßt folgende Bekanntmachung: In dem hiesigen Magistratskollegium ist die Stelle des zweiten Bürgermeisters neu zu besetzen. Das Gehalt derselben beträgt, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Herrn Oberpräsidenten, 18 000 M. jährlich. Die Wahl erfolgt nach Vorwissen der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 zunächst am 12. Jahre. Qualifizierte Bewerber wollen ihre Meldung unter Beifügung ihrer Zeugnisse bis Ende Februar d. J. dem unterzeichneten Stadtverordneten-Vorsteher zugehen lassen.

Die Umgestaltung der Kriminalpolizei ist, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, sehr im großen und ganzen durchgeführt. Die Mehrzahl der in den Revieren zur Behandlung kommenden „kleinen Angelegenheiten“ werden von den Revier-Kriminalwachmeistern selbständig bearbeitet und erledigt. Die Strafangelegenheiten ohne weiteres der Staatsanwaltschaft überwiesen werden. Bis auf 15 Reviere haben jetzt sämtliche Polizeiwachen Kriminalabteilungen. Bis zum 1. April soll die Gesamtarbeit der Umgestaltung beendet sein.

In dem Wegschrei der Wäldermeister schreibt uns eine Fräulein als Austrägerin, daß die neulich gebrachte Nachricht, wonach die Frauen von den Wäldern jetzt 10 M. monatlich erhalten, wohl für einige seltene Fälle richtig sei, im allgemeinen aber nicht zutrefte. Den Kindern wurde monatlich durchweg 3—5 M. gezahlt; dafür hatten sie 30—50 Stunden zu bedienen und mühten morgens 4 Uhr zur Stelle sein. Man kann berechnen, was übrig blieb, wenn man bedenkt, daß von dem Verdienst 50 Pf. für Licht und etwa 150 M. für Schulschulden abzugeben. Den Austrägerinnen bieten die Wäldermeister 6—8 M. Monatslohn. Unsere Parteigenossin empfiehlt ihren Kolleginnen, für jeden Kunden monatlich 30—35 Pf. zu verlangen. Ob eine solche, an sich gewiß beachtenswerte Forderung aber ohne eine Organisation der Fräulein-Austrägerinnen durchzuführen ist, erscheint fraglich.

Wegen Verleitung zum Meineide werden der 40 Jahre alte Schankwirt Rudolf Hoffmann und seine Ehefrau Christiane geb. Böhrer verurteilt. Das Ehepaar betrieb eine Schankwirtschaft in der Auguststr. 25. Hier kam es eines Tages zu einem heftigen Austritt mit einem Dienstmädchen, das nach Ablauf der Kündigungsfrist seine Sachen heranzubringte. Frau Hoffmann verweigerte die Herausgabe. Sie beuldigte das Mädchen ohne Grund des Diebstahls und wollte sich angeblich an den Schaden schadlos halten. Als Frau Hoffmann ihrer Gegerin mit der brennenden Petroleumlampe, von der der Cylinder herabgefallen war, vor dem Gesicht herumfuchtelte, schrie sie um Hilfe und veranlaßte dadurch die Schankmadrerfrau Weisler, in den Streit einzugreifen. Frau Weisler rief den Mädchen, die Sachen zurückzulassen und die Pisse der Polizei in Anspruch zu nehmen, hinderte aber zugleich Frau Hoffmann an der Mithandlung des Mädchens. Nun rief die Schankwirtin ihren Mann herbei und behauptete, daß sie von dem Weislerischen Ehepaar mißhandelt worden sei, obwohl Weisler noch gar nicht anwesend war. Hoffmann verurteilte Frau Weisler, die sich in geeigneten Umständen befand, mehrere Fußtritte gegen den Leib. Als es aus diesem Anlaß zu einer Anzeige gegen das Ehepaar kam, verleiteten Mann und Frau mehrere Gäste zu falschen Aussagen. Die Folge der behördlichen Ermittlungen war die Einleitung des Strafverfahrens gegen das Ehepaar. Als man jedoch zur Verhaftung schreiten wollte, waren die Beschuldigten verschwunden. Hoffmann hatte bereits im Oktober v. J. sein Geschäft verkauft. Nunmehr hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht I einen Steckbrief hinter die Flüchtigen erlassen.

Durch einen Sturz schwer verunglückt ist gestern, Mittwoch, der 46 Jahre alte Arbeiter Friedrich Kant, der am Königsgraben 12 wohnt und in dem Holzgeschäft von Fuhrmann in der Alexanderstr. 43 beschäftigt ist. Beim Hinablassen eines Ballens Wolle aus dem ersten Stock verlor Kant das Gleichgewicht und stürzte durch die Luke in das Erdgeschloß hinab. Er erlitt einen Bruch mehrerer Rippen und eines Unterschenkels und wurde mit einem Lächchen Rettungswagen bewußlos nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Geradezu unerträglich sind bei der gegenwärtig herrschenden nassen Witterung die Ausdünstungen in den großen Sammlerwagen der Straßenbahngesellschaft, namentlich auf der Ringbahn, wo die Sammler am meisten in Anspruch genommen werden. Man sieht die Dünste, für die die Abzugskanäle nicht genügen, aus den Verschlägen der Sitze herausdringen und an den Schienen emporkriechen. Verschiedene Personen mühten gestern die Straßenbahnwagen verlassen.

Der frühere Hauptmann C'Danne ist in Paris unter dem falschen Verdacht der Espionage festgenommen worden. Er war früher schon aus Frankreich ausgewiesen; nunmehr dürfte ihm das gleiche Schicksal bevorstehen.

Bedürfnisanstalten für Frauen. Ein Leser schreibt uns: „Am Sonntagabend 8 1/2 Uhr heirat ich mit einem Bekannten die Actirade für Männer am Lustigplatz gegenüber der Emmauskirche. Wir bemerkten zu unserer nicht geringen Erstaunen, wie eine junge, vornehm gekleidete Dame in der nur für zwei Personen eingerichteten Anstalt in Gegenwart eines Soldaten und zweier anderer jungen Männer ein Bedürfnis verriet und sich dann eilig entfernte. Es ist doch recht beschämend und kennzeichnet die unangebrachte Sparsamkeit unserer Stadtverwaltung, daß derartige peinliche Vorkommnisse stattfinden können. Wir erwarten, daß mehr Rücksicht auf die Frauen genommen und in dieser Hinsicht durchaus Abhilfe geschaffen werde.“

Ein böses Abenteuer hatte in der vergangenen Nacht die 23 Jahre alte Kleinerin Anna Bauer aus der Elbstr. 76. Sie war in Begleitung nach Hause gegangen und geriet gestern früh wegen der Forderungen, die sie stellte, in Streit. Statt alles anders erhielt sie Prügel und wurde die Treppe hinuntergeworfen, so daß sie mit einem gebrochenen Bein liegen blieb. Hausbewohner fanden sie und liehen sie durch einen Schuttmann in ein Krankenhaus bringen.

Infolge der Glätte, die der starke Schneefall mit sich brachte, sind wieder zahlreiche Personen verunglückt. Der Arbeiter Hermann Radloff aus der Wasserstr. 29 zog sich im Fallen eine so schwere Kopfverletzung zu, daß er bewußtlos auf der Straße liegen blieb. Von der Unfallstation 1 mußte man ihn mit einem Krankenwagen nach der Charité bringen. Der Arbeiter Hermann Schade aus der Grenadierstr. 29 glitt an der Ecke der Charlottenstraße und Unter den Linden aus, fiel hin und wurde von einer Droschke überfahren. Er zog sich einen Oberschenkelbruch zu und mußte von einem Schuttmann der ersten Bezirkswache in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Arbeiter Friedrich Kronberg aus der Gleimstraße glitt auf der Straße aus, schlug mit dem Kopf gegen die Bordsteine und verletzte sich so schwer, daß ein Schuttmann ihn in ein Krankenhaus zuführen mußte. Der aus Lyon gebürtige Rüstler Gustav Ostermann aus der Stralauerstr. 53 kam dort vor dem Hause Nr. 57 zu Falle, zog sich schwere Verletzungen am Kopf und am rechten Arm zu und mußte von einem Schuttmann des 21. Reviers mit einer Droschke in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Arbeiter Gustav Klein stürzte in der Pappelallee zu Boden, fiel mit dem Kopf auf einen auf dem Fahrdamm liegenden Mauerstein und zog sich eine kassende Wunde zu. Ein Schuttmann brachte den Verunglückten nach der Charité.

Ein Unfall auf der Bühne des Theaters des Westens ereignete sich gestern früh bei der Probe zu der Oper „Der Varenhauer“. Ein Theaterarbeiter ließ das Tau einer Verankerung etwas zu früh los und es stürzten acht Personen einige Meter tief hinab. Glücklicherweise kamen sie ziemlich gut davon; ernstliche Verletzungen erlitt keiner der Abgestürzten.

Feuerbericht. In der Zwischenzeit waren durchweg nur unbedeutende Brände zu befechten, die meistens ein Eingreifen der Wehr gar nicht erforderten. Alantischer Platz 4, Kronenstraße 17, Köthenerstraße 8, Urbanstraße 5 und Wadestraße 45 erfolgten kleinere Zimmerbrände, die Gardinen und Möbel beschädigten, aber sämtlich durch Ausgießen abgelöscht werden konnten. Hollmannstraße 8 kam in der Nacht zum Mittwoch in einer Tischlerei Feuer aus, das einen Posten Holz und die Stubendecke einäscherte. Spiritus und Farbe in einer Lackfabrik gingen Langestraße 52 in Flammen auf. Hier lag größere Gefahr vor, doch wurde das Feuer so rechtzeitig bemerkt, daß es im Reime erstickt werden konnte. Mittwochmittag hatte Kaiser Franz, Grenadierplatz 5 ein Papstsch Feuer gefangen, das aber ebenfalls große Ausdehnung nicht erlangte. Alarmierungen nach Heidestraße 2 und Müllerstraße 182 waren auf verlegten Rauch zurückzuführen.

Hygienische Vortragserie. Für diejenigen Kurse, welche mit dem 18. Januar ihren Anfang genommen, findet heute, Donnerstagabend, präcise um 8 1/2 Uhr, der 11. Vortrag statt. Das Thema ist „Ernährung“ (Nahrung und Genußmittel); es sprechen darüber: Dr. Leop. Katsowki in der 80. Gemeindefschule, Wangelstraße 128, Dr. Leop. Vhl in der 84. Gemeindefschule, Reibelstraße 31/32, Dr. Wag Löwenthal in der 108. und 127. Gemeindefschule, Panitzstraße 8, und Dr. Rehfisch in der 107. Gemeindefschule, Genthinerstraße 4. Zu den Vorträgen haben nicht nur die Rassenmitglieder, sondern auch deren Familienangehörige unentgeltlichen Zutritt. Eine Legitimation ist nicht erforderlich.

Verein für volkstümliche Kurie von Berliner Hochschullehrern. Herr Dr. Richard W. Meyer, Privatdocent an der Universität, beginnt am Freitag, den 2. Februar, 8 1/2 abends, im Bürgercafé des Rathauses den 16. Abend umfassenden Vortragskursus über „Goethes Leben und Schriften“. Eintrittskarten zu diesem Kursus sind bereits seit längerer Zeit vergriffen.

Theater und Vergnügungen. Im Schiller-Theater wird „Amphitryon“ nach Sonnabend und in nächster Woche Montag und Mittwoch gegeben. Mittwöchentlich erscheint bereits zum erstenmal die Komödie „Fätschweiler“ von Hans v. Wangel und Ferdinand Kuntel. Diesen Sonntagnachmittag kommt Sardous Lustspiel „Cyprien“ in der Bühnenbearbeitung von Diamenthal zur Aufführung. In der Sonntagabend-Vorstellung geht der Schwan „Die Großstadt“ in Scene. — Sonnabend geht im Circus Schumann die Komödie „Doktor Faust“ zum erstenmal in Scene.

Aus den Nachbarorten.

Parteiverfassungen in den Vororten. Sonntagnachmittag 4 Uhr spricht in Waidmannslust (Ruhns Schweizerhäuser) Gen. Freiwald über die Bedeutung der Gemeindevahlen. — In Rixdorf findet nächsten Mittwoch im Apollo-Theater eine Versammlung statt, in der die Plattenvorlage auf der Tagesordnung steht.

In Lichtenberg-Friedrichsberg-Friedrichsfelde haben die Parteigenossen die „Vorwärts“-Expedition in eigene Regie genommen. Sie erwarten die regste Unterstützung der Arbeiterkraft. Expediteur ist Genosse Carl Bell, Friedrichstr. 4. Etwaige Beschwerden wolle man richten an Franz Lows, Kronprinzenstraße 4/5, IV, oder an Oswald Grauer, Wärtelstr. 22.

Die Errichtung einer Wassergasanstalt wird seit längerer Zeit vom Magistrat von Charlottenburg geplant. Der derzeitige Leiter der Vorarbeiten, Betriebsassistent Hüller, soll deshalb die andwärts schon bestehenden Wassergasanstalten besichtigen, um die dort gewonnenen Erfahrungen für Charlottenburg zu verwerten. Größere Wassergasanlagen befinden sich in Königsberg i. Pr., Bremen und Hamburg im Betrieb.

Die Gemeindevertretung in Friedrichshagen beschloß in der am Dienstag abgehaltenen Sitzung einstimmig, am 1. April den Fahrpreis der Straßenbahn für die Gesamtstrecke von 15 auf 10 Pf. herabzusetzen. — Nach einem der Vorträge zum Kenntnis gebrachten Schreiben des Provinzial-Schulcollegiums ist daselbst bereit, die Errichtung eines Progymnasiums zum 1. April beim Unterrichtsminister zu bekräftigen, wenn die Gemeinde sich verpflichtet, zur Unterhaltung der Schule keine Staatsmittel zu beanspruchen, binnen zwei Jahren ein Schulgebäude mit Direktorenwohnung zu errichten, sowie für die Errichtung einer Turnhalle und die Beschaffung eines Spielplatzes Sorge zu tragen. Die Schule ist vorläufig mit Sexta und Quinta und drei Versuchsklassen zu eröffnen. Bis zur Reinerbauung eines Schulhauses hat die Gemeinde geeignete Räume zu beschaffen. Der Gemeindevorstand wurde als Kuratorium gewählt. — Ein Antrag des Schulvorstandes, an der Gemeindefschule zum 1. April einen Lehrer und zum 1. Oktober zwei Lehrer und eine Handarbeitslehrerin anzustellen, wurde einstimmig angenommen. — Ein weiterer Antrag des Schulvorstandes, vom 1. April ab in der Gemeindefschule das sechsstufige Schulsystem in ein siebenstufiges umzuwandeln, wurde in der Erwartung angenommen, daß durch diese Umänderung der Gemeinde keine nennens-

werten Kosten erwachsen; ein Antrag des Genossen Sonnenburg, die Einführung des siebenstufigen Schulsystems ungeachtet der etwa entstehenden Kosten zu beschließen, wurde gegen einige Stimmen abgelehnt. — Ein Antrag der Gemeindefschullehrer, das Grundgehalt von 1200 auf 1500 Mark zu erhöhen, rief eine längere Debatte hervor. Der Gemeindevorstand sowie der Schulvorstand hatten bei der Vorberatung des Antrages denselben abgelehnt, da nur sechs Gemeinden im Kreise ein höheres Grundgehalt zahlen. Auch sei die Gemeinde infolge der immer mehr an sie herantretenden Anforderungen nicht im Stande, den Antrag der Lehrer anzunehmen. Genosse Sonnenburg erwiderte wiederholt um Annahme des Antrages. Da die Vertretung seiner Zeit die Forderungen der Lehrer nicht genügend berücksichtigt habe, verlassen diese den Ort, was erst im vorgangenen Jahre der Fall gewesen, wo fünf Lehrer sich solcher Vorortgemeinden zugewandt hätten, in denen Grundgehalt, Alterszulage und Wohnungsgeldzuschlag höher dotiert sind. Genosse Barth schloß sich diesen Ausführungen an. Der Vertreter Harde trat ebenfalls für den Antrag ein. Bei der Abstimmung wurde derselbe gegen die Stimmen von Barth, Harde und Sonnenburg abgelehnt.

Einen tödlichen Austritt gab es in der Nacht zu gestern in dem Hause Hauptstr. 14a zu Schöneberg. Hier wohnte eine 41 Jahre alte Privatierin Friederike Aleberg, eine excentrische Frau, die vor drei Jahren schon einmal zu Dalldorf in der Jernanialt war. Wenn sie gerufen hat, was nicht selten der Fall ist, macht sie zum großen Ärger der Nachbarn stets Austritte. So geschah es auch in der vergangenen Nacht um 2 Uhr wieder. Jetzt endete die Scene damit, daß die Kranke sich mit einem Revolver in den Hals schoß und sofort in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Reinickendorf. Die Stromzuführung für den elektrischen Betrieb der Straßenbahn Kreuzberg-Reinickendorf hat sich als unzulänglich erwiesen. Die schwache Zuführung des Stroms macht sich den Fahrgästen des Abends ganz besonders bemerkbar; indem die Beleuchtung des Wagens schon in der Nähe der Willestraße sichtlich schwächer wird, auch oftmals ganz erlischt. Auf Antrag der Großen Berliner Straßenbahn hat der Gemeindevorstand beschloffen, der Direktion zu gestatten, ein Zuführungslinien auf der westlichen Seite der Reindenzstraße bis zum Kreuzungspunkt der Marktstraße zu verlegen.

Brandstiftung. In der Haushaltungsschule zu Groß-Lichterfelde, Albrechtstr. 14 soll ein seltsamer Fall von Brandstiftung vorgekommen sein. Nachdem die Vorsteherin der Anstalt schon mehrere Branddrohbriefe erhalten hatte, wurde Sonntagnacht ein harter Godegeruch wahrgenommen, trotzdem die angehängten Bewohner die Gasöhne vorher sorgsam verschlossen hatten. Man fand die Hähne geöffnet, die Korridordürer war abgeschlossen, die Schlüssel aber waren entwendet, und als man eine Krankenstube betrat, fing plötzlich ein Bett zu brennen an. Obgleich die herbeigerufene Feuerwehr das ganze Haus durchsuchte, gelang es ihr nicht, den Täter zu entdecken. So die geheimnisvolle Mitteilung, die stark nach Romanik klingt.

Gerichts-Beitrag.

Die Frau als Handelsobjekt. Recht interessant ist ein Prozeß, der deutlich lehrt, auf welche Weise die „Stellung der Frau erschütterter“ und das „Heilige, was der Deutsche kennt“, in der bürgerlichen Gesellschaft genau so als Gegenstand des Schachers betrachtet wird, wie Stiefelwäse, Schwanz oder Electricitäts-Affäre.

Degen Unterschlagung eines Wechfels von 1500 M. hatte sich Dienstag der Heiratsvermittler und Verleger der „Heirats-Zeitung“, J. J. Wodszus, vor der 136. Abteilung des Amtsgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte ist wegen Verleumdung mit 6 Wochen Gefängnis vorbestraft; die Verleumdung war darin gefunden worden, daß er dem Präsidenten eines Amtsgerichts eine Nummer seiner Heirats-Zeitung zugesandt hatte. Im Jahre 1897 trat der Angeklagte mit dem Kaufmann Rag Struwe in Verbindung, dem er eine reiche Frau vermitteln sollte; nach seiner Behauptung sollte die Wittig 1 1/2 Millionen Mark betragen; er habe Struwe auch eine Anzahl Damen vorgestellt. Da dem Angeklagten ein Provisionsgehalt über 5 Proz. vom Vermögen der vermittelten Frau nicht genügende Sicherheit bot, ließ er sich von Struwe einen Wechsel über 1500 M. und einen solchen über 50 000 M. geben. Den letzteren habe er erst nach der staatsamtlichen Trauung verwenden dürfen; anders verhalte es sich mit dem 1500 M. Wechsel; „an diesem Wechsel habe er „arbeiten“ dürfen, er habe nämlich viele Reisen machen müssen, bares Geld habe er von Struwe nicht erhalten können, der zwar im Adressbuch als Rittergutsbesitzer bezeichnet gewesen sei, bei dem aber die Gerichtsvollzieher häufige Gäste waren. Er habe bei solchen Sachen viele Verluste, da die Herren nicht gern zahlten; der Zeuge Struwe bestreitet, daß er eine so reiche Dame verlangt habe, 80 000—100 000 M. Wittig genügt, so viel Vermögen habe er damals ebenfalls besessen. Ist er zu dem Angeklagten hingegangen, um zu sehen, ob der für ihn „etwas an Lager habe“. Die Höhe der Accepte sollte sich nach der in Vorschlag gebrachten Dame richten. Erst habe er den Wechsel über 1500 M. gegeben, dann — als eine sehr reiche Dame in Vorschlag gebracht wurde — den über 50 000 M. Aus der Sache sei aber nichts geworden. Den Wechsel über 1500 M. habe er aus Verzichtung nicht zurückgezogen; er habe nämlich bei dem Angeklagten mindestens 100 solcher Sichtwechsel von Offizieren usw. gesehen und daher den Angeklagten für sicher gehalten. Mit Bestimmtheit behauptet der Zeuge, daß auch von dem 1500 Mark-Accept erst nach der Trauung Gebrauch gemacht werden sollte.

Der Staatsanwalt hielt die Sache, da der Zeuge Struwe nicht ganz einwandfrei sei, für sehr wenig angeklagt und beantragte daher die Freisprechung, welchem Antrage sich die Verteidiger, Rechtsanwältin Chodziejers I und Daniels, angeschlossen. Der Gerichtshof erkannte demgemäß, da nicht feststehe, wann der Wechsel von dem Angeklagten weitergegeben worden sei.

Am angebliche schwere Mißhandlung eines Ektierten auf der Polizeiwache handelte es sich in einem Prozeß, der gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der frühere Schmied Ewald Langlaff hatte sich wegen unbefugenden Varns, Verleumdung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und wissenschaftlicher Unterschlagung zu verantworten. Der Angeklagte soll eine von dem im Norden der Stadt angelegten Beamten geführte Verhaftung sein. Am 29. Juli v. J. handelte er in der Reinickendorferstraße mit Kartoffeln. Bei dieser Gelegenheit wurde er vom Schuttmann Janoschek wegen Straßenpolizei-Konturbation und Verleumdung festgesetzt und unter Aufsicht zweier anderer Schuttmänner auf die Polizeiwache gebracht. Auf der Treppe soll er sich gewehrt und die drei Beamten nach deren Darstellung hart bedrängt haben. Nachdem er überwältigt worden war, übertrug man ihn gefesselt in eine Zelle. Als er nach einer halben Stunde entlassen wurde, ging er zu einem Arzt, von dem er sich eine Anzahl schlimmer Verleumdungen attestieren ließ. In einer Anzeige, die Langlaff an die Staatsanwaltschaft richtete, gab er folgende Darstellung des Sachverhalts: Im Thorweg zum Polizeibureau habe ihm der Schuttmann Janoschek ohne Veranlassung einen wuchtigen Faustschlag ins Gesicht gegeben. Im Nachhinein selbst habe man ihn zu Boden geworfen und ihm Hände und Füße auf den Rücken zusammengezogen. Dann sei ihm ein nasses Handtuch um den Mund gebunden und er mit dem Gesicht nach unten in die Einzelzelle gelegt worden. In dieser Lage habe er etwa eine Stunde lang verharren müssen. Dann sei der Telegraphist an ihn herangeritten und habe ihn gefragt, ob er bitten könne. Er habe erwidert, daß er nichts zu bitten habe. Darauf habe der Kriminalschuttmann Schandauer ihm eine Anzahl Faustschläge ins Gesicht verleiht, so daß ihm das Blut aus Nase und Mund geflossen sei. Dabei habe Schandauer gesagt: „Es ist gut, daß wir dich einmal haben!“ Der Polizeikontinentant habe dieser Mißhandlung beigewohnt, ohne dagegen einzuschreiten. Auf Grund dieser Anzeige des Angeklagten hat eine eingehende Untersuchung gegen die

beschuldigten Beamten stattgefunden, wodurch aber nichts Belastendes gegen sie festgestellt werden konnte. Die Weisenaufnahme fiel darauf zu Ungunsten des Angeklagten aus, daß der Gerichtshof ihn zu anderthalb Jahren Gefängnis und einer Woche Haft verurteilte. Langlaff wurde sofort verhaftet.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kongreß socialdemokratischer Frauen Belgiens ist in den letzten Tagen in Brüssel abgehalten worden. Der Kongreß war stark von Frauen, aber auch von Deputierten, Agitatoren z. besucht. Die Delegierten berichteten über die Lage der Frauen ihrer Bezirke. Namentlich wird ein stimmungsvolles Bild gegeben über die traurige Lage der flandrischen Spinnklopplerinnen, deren Produkte bei den Damen der „besseren Gesellschaft“ aller Länder bekanntlich in hohem Ansehen stehen. Aus den Berichten erfahren wir auch, daß in Gent bereits 3000 Frauen gewerkschaftlich organisiert sind. — Nach einem Referat von H. Denis erklärte sich der Kongreß dafür, daß den Frauen das Stimmrecht für den „Gewerbe- und Industriezweig“, sowie für die Fabrikinspektion gegeben werde. Eine andre Resolution spricht sich zu Gunsten der Zulassung der Frauen zur Verwaltung der öffentlichen Wohlfahrtspflege aus. Auf Antrag von Banderfeldes wird beschloffen, ein Komitee zu wählen, das die Aufgabe hat, die im Interesse der Frauen liegenden Maßnahmen zu studieren und eventuelle Anträge der Kammer zu unterbreiten. — Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der „recherche de la paternité“ (Suche nach der Vaterchaft). In Belgien besteht, wie auch in Frankreich, nach dem Code Napoleon das Verbot, den Vater unehelicher Kinder zu ermitteln. Der pflichtvergessene Vater eines unehelich geborenen Kindes wird von den öffentlichen Gewalt nicht zur Erhaltung desselben herangezogen; Mutter und Kind verfallen der öffentlichen Anstaltspflege, falls die Mutter mittellos ist. Diesen skandalösen Zustand zu beseitigen, soll nach einer vom Kongreß angenommenen Resolution die socialdemokratische Fraktion in der Kammer sich zur Aufgabe machen durch Einbringung entsprechender Gesetzesvorlagen. Schließlich fand eine Resolution Banderfeldes einstimmige Annahme, in der es heißt, daß die Frauenbewegung sich anlehnen müsse an die Arbeiterinnenbewegung. Es müsse dahin gewirkt werden, daß überall Gruppen socialistischer Frauen entstehen, welche die gewerkschaftlichen sowie die übrigen, von der Partei ins Leben gerufenen Organisationen zu unterstützen und für die Ausbreitung der socialistischen Principien unter den Frauen thätig zu sein haben. — Bekannt gegeben wird, daß im September ein socialistischer Frauenkongreß in Paris abgehalten werde.

Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und der Umgegend hielt am Dienstag eine sehr stark besuchte Versammlung ab, um über eine einheitliche Regelung der öffentlichen und Vereinsangelegenheiten zu beraten. Dem Vortrage von Fr. Kater, der die infolge der Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes veränderte Situation erörterte und die Annahme der in Nr. 13 des „Vorwärts“ bereits veröffentlichten Resolution empfahl, folgte eine längere sehr lebhaft diskutierte, in der verschiedene Änderungsvorschläge bekräftigt wurden. Die Resolution wurde schließlich unverändert mit großer Majorität angenommen. Außerdem wurde beschloffen, daß der erste Vorsitzende und der erste Kassierer, um die Geschäfte erledigen zu können, angefleht und für die Dauer der Amtshaltigkeit entschädigt werden. Die hierauf vorgenommenen Wahlen ergaben folgendes Resultat: J. Joel erster, D. D. W. J. zweiter Vorsitzender; Kaufmann L. Dittmann 2. Kassierer; Müller L. Road 2. Schriftführer. Als Hilfskassierer wurden gewählt E. W. E. Stein für den Norden, Wegner für NO., Pagel für O., Schulz für SO., Leonhardt für S., Koslowski für Südost und Peters für die Oranienburger Vorstadt.

Die Steinarbeiter hielten am Sonntag im „Englischen Garten“ eine öffentliche Versammlung ab, in der H. Nitsche über das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz referierte. Nach einer kurzen Diskussion wurde über den nächsten Steinarbeiterkongreß verhandelt, der zu den Pfingstfeiertagen von der Geschäftsleitung einberufen werden wird. Die geplante Tagesordnung, in der neben dem Geschäfts- und Kassenbericht, Anstellung eines zweiten Beamten, auch eine Erörterung über Organisation, Agitation, Streiks, Arbeitslosen-Unterstützung z. vorgezogen ist, wurde im allgemeinen gutgeheißen. Von 130 abgegebenen Stimmen erklärten sich über 80 für Berlin als Kongreßort. Wahrscheinlich wird der Kongreß aber in Gotha stattfinden, da hierfür die Steinarbeiter in den nächsten Distrikten geschlossen eintreten. Die Diskussion über die Anträge zum Kongreß und auch über die Abrechnung von der letzten Lohnbewegung wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Die in mechanischen Säbelfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am 22. Januar eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab, in der J. H. H. in einem mit Weisfall aufgenommenen Vortrag über „Die Frau in der Zukunft“ sprach. Dem Vortrag folgte eine rege Diskussion und wurden sodann die Wahlen zu der Generalversammlung vollzogen. Von den Kandidaten erhielten Christensen und Herrmann je 81, Vogt 79 Stimmen. Erdmann wurde als Gruppenführer der Fabrikarbeiter gewählt.

Die Taxierer der Filiale Süd nahmen in ihrer Sitzung am 23. Januar den Kassenbericht entgegen. Dieser wies in Einnahme noch Abzug der Hälfte für den Hauptvorstand und der 3 Proz. für den Kassierer 394,46 M. auf, das aus dem Bestand vom vorigen Quartal 772,67 M., ergibt 1167,13 M.; die Ausgabe betrug 453,83 M. Die Mitgliederzahl der Filiale beträgt 410. Nach dem Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission wurde die Vorstandswahl vollzogen.

Große öffentliche Versammlung der Barbier- und Friseur-Gesellen am Donnerstag, den 1. Februar, abends 10 1/2 Uhr, bei Mühlrad, Müllerstr. 7.

Öffentliche Versammlung der Revidenten und verwandten Berufe am Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Arminkaserne, Rosmandantenstr. 20. Tagesordnung: Bericht der Stellenvermittlungs-Kommission. Beschluß über die Eröffnung des Bureau's. Wahl des Ausschusses.

Vermischtes.

Der Schneefall, der es in Berlin mit „Mist“ und Straßen-glätte bewenden ließ, hat in Schlesien und Sachsen zum Teil sehr unangenehme Wirkungen gehabt. In Breslau sind von den Schneemassen 3000 Telephondrähte zerrissen, das turmhohle eigene Gerüst, auf welchem die Drähte auf der Universitätsbrücke über die Oder geleitet werden, ist durch die schweren schneebelasteten Drähte niedergedrückt worden. Ebenso sind zahlreiche auf den Häusern angebrachte Masten und Gestänge eingestürzt. Der Straßenbahnbetrieb ist zeitweise gestört. Der Breslauer Telephonbetrieb ist augenblicklich gänzlich eingestellt und muß streckenweise auf Wochen ruhen. Auch ist der telephonische Verkehr mit Ober-Schlesien und Berlin gestört.

Ebenfalls ist in Sachsen harter Schneefall eingetreten. In Dresden kam es zu bedeutenden Störungen im Telephon- und elektrischen Straßenbahnbetrieb. Auf mehreren Häusern sind die Ständer mit den Telephondrähten ungerissen worden. Der Stadt- und Fernsprechverkehr ist bis auf weiteres eingestellt. — In Rostock herrscht ein heftiges Nordoststurm, der starkes Hochwasser bringt. Die niedrigen Hafenpartien und die Holzlager sind überschwemmt.

Die Pariser Akademie der Medizin wählte die Professoren Erb in Heidelberg und Hansen in Bergen zu ausländischen Korrespondenten; die Akademie der Wissenschaften ernannte den Mathematiker Professor Mittag-Leffler in Stockholm zum korrespondierenden Mitgliede.

Prozeß v. Kriegsheim und Genossen.

Dritter Tag.

Die heutige Sitzung, die Landgerichtsdirektor Köster um 9 1/2 Uhr eröffnet, beginnt mit der Vernehmung der Schauspielerin Frau Anna Korb geb. Hode. Sie sagt u. a. aus, daß der Angeklagte v. Kriegsheim bei Eingehen ihres Verhältnisses ihr die Ehe versprochen habe, daß sie aber vielleicht auch ohne dies Versprechen, aus persönlicher Zuneigung zu ihm in Beziehungen getreten wäre. Er habe wiederholt gesagt, daß er seinen Abschied nehmen werde, um einen bürgerlichen Beruf zu ergreifen. Sie habe sehr oft mit ihm abbrechen wollen, er habe dann aber immer gesagt, er würde das nicht betreiben, sondern sich eine Kugel durch den Kopf schießen. — Präsi.: Na, das sind solche Redensarten junger Leute, denen kein Gewicht beizulegen ist; und wenn es geschehen wäre, wäre wohl

nicht viel daran gelegen gewesen.

Die Zeugin erzählt weiter, daß sie den Angeklagten nach seinen Vermögensverhältnissen nicht gefragt habe. Er habe einmal einen sehr wiedererkennbaren Eindruck gemacht und als sie ihn fragte, was ihm fehle, habe er ihr eingestanden, daß er vorübergehend in Geldverlegenheit sei; da habe sie ihm zum erstenmal 400 M. gegeben und ihm angeboten, bei irgend welchen Verlegenheiten über ihre Kasse zu verfügen. — Präsi.: Ist Ihnen denn nicht der Gedanke gekommen, daß der Angeklagte am Ende doch nicht der passende Lebensgefährte für Sie sei? — Zeugin: Nein, ich habe nicht gewußt, daß er Schulden habe. Allerdings hat er später mehrfach geäußert, daß er eine Frau mit Millionen heiraten müsse. — Die Zeugin, die zugiebt, daß sie mit dem Angeklagten aus einer in Portoromane gelebt habe, erzählt dann, wie ihr ein Ring mit 23 Brillanten auf mysteriöse Weise verschwunden sei. Der Angeklagte habe gesagt, er werde sich schon wiederfinden. Einige Zeit darauf habe sie aus ihrem Schreibtischkasten zwei Etuis mit drei Armbrändern vernimmt und da sei ihr zuerst der Gedanke gekommen, daß der Angeklagte sie wohl genommen haben würde. Sie habe, damit v. Kriegsheim sich nicht entfernen könne, die Armbränder verschlossen und ihn bei seiner

Ehre als Soldat

und bei dem Andenken seines Vaters gefragt, ob er die Armbränder genommen habe. Der Angeklagte habe darauf mit dem Kopf genickt und daselbe gethan, als sie ihm sagte, daß er dann wohl auch den Ring genommen hätte. Er habe sich aufs Sofa gesetzt und geweint und sie habe ihm im ersten Augenblicke vorgehalten: Was Du mir thust, wirst Du auch an anderen thun! Als sie ihn fragte, wo die Armbränder seien, habe er geantwortet: „Im Müllkasten.“ Er sei dann ganz kurze Zeit hinausgegangen und als er wieder kam, habe er ihr das eine Etui zurückgegeben. Auch das zweite Etui habe er später zurückgebracht, ebenso den Ring. — Präsi.: Gingen Ihnen denn nicht die Augen auf über den sittlichen Wert dieses Mannes? — Zeugin: Nein, er sagte, er hätte momentan nur Geld gebraucht. — Präsi.: Sagen Sie denn nun in ihm nicht einen Mann, dessen Offiziersrock einen Dieb verberg, oder war die Liebe stärker, als solche Erwägung? — Zeugin: Das ist wohl möglich. — Präsi.: Der Angeklagte ist ja nun ein Mann, der zunächst durch Leichtsinns auf die schiefste Ebene geraten ist und bei dem man sich sträuben muß, anzunehmen, daß er im Stande sei, zu stehlen. Glauben Sie denn, daß der Angeklagte die Absicht hatte, Ihnen diese Juwelen dauernd zu entziehen? — Zeugin: Nein, das glaube ich nicht. Wie wir zusammen standen, ist es nicht unmöglich, daß er die Absicht hatte, mir die Sachen, auf die er sich vorübergehend Geld gemacht, heimlich wieder in den Kasten zu legen. — Der Präsident hält den Punkt des Diebstahls hiemit für erledigt. Der Angeklagte erwidert sich das Wort, um „noch eine ganze Reihe von Fragen“ an die Zeugin zu richten, er verzichtet jedoch darauf, nachdem ihm die Rechtsanwältin Dr. Schwandt und Morris den dringenden Rat gegeben, alle weiteren Fragen zu diesem Fall zu unterlassen.

Die Zeugin wird alsdann eingehend über die drei Fälle der

Urkundenfälschung

bernommen. Den Wechsel von 3000 M., der den Namen „v. Jena“ trug, habe sie gewissermaßen als Sicherheit für die von ihr hingebenen Gelder betrachtet und ihn in ihren Schreibtisch gelegt, aus welchem er später verschwunden war. Sie sei in Wechseln ziemlich unerfahren und könne sich über die Einzelheiten in Bezug auf diesen Wechsel nicht auslassen. Ebenso wisse sie nicht, welche Absichten der Angeklagte bei der Hingabe des Wechsels hatte. Sie selbst habe geglaubt, sie würde sich auf den Wechsel eventuell Geld verschaffen können und sie hätte damals noch so großes Vertrauen zu dem Angeklagten, daß sie auch mit einem Wechsel zufrieden gewesen wäre, auf dem nur der Name v. Kriegsheim gestanden hätte. — Der Vorsitzende fragt die Zeugin hierauf eindringlich, ob der Wechsel zum Zweck der Täuschung ihr übergeben und ob der Angeklagte auf Grund dieses Wechsels von ihr weitere Gelder erhalten oder aber, ob sie nur eine Sicherheit für frühere Darlehen haben sollte. Sie möge sich recht sehr bestimmen, denn dies sei der entscheidende Punkt, ob der Angeklagte eventuell Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe erhalten würde. Die Zeugin verneint, daß der Angeklagte gerade auf Grund dieses Wechsels neue Vermögensvorteile erlangt habe, so daß nur eine einfache Urkundenfälschung vorliegen würde. — Von einem zweiten Wechsel über 5000 M. weiß die Zeugin überhaupt nichts, dagegen von dem Squidjchein, der auch die Unterschrift „v. Jena“ trug.

Zeuge Lieutenant v. Jena

bestätigt, daß, als er mit dem Angeklagten v. Kriegsheim kameradschaftlich in derselben Garnison wohnte, er mehrfach demselben in Geldverlegenheiten durch Ausstellung von Wechseln ausgeholfen habe. Er giebt die Möglichkeit an, daß der Angeklagte aus jener Zeit her noch ein oder zwei Blanco-Accepte besessen haben mag, obgleich er es nicht glaubt. Keinesfalls habe der Angeklagte irgend ein Recht gehabt, zwei Jahre später von diesen Accepten für sich Gebrauch zu machen. — Der Angeklagte richtet eine ganze Reihe von Fragen an den Zeugen, die der Präsident mit der Bemerkung abweist: Ich werde weitere Fragen nach dieser Richtung hin nicht gestatten, da die Sache vollständig aufgeklärt ist. (Zum Angeklagten): Ich habe Ihnen schon gesagt, daß Sie ein Urkundenfälscher sind und bleiben, selbst wenn das Accept des Herrn v. Jena echt war, denn Sie hatten keinesfalls das Recht, in Ihrem Civilverhältnis ein Blanco-Accept, das Ihnen ein Kamerad unter ganz anderen Verhältnissen gegeben, nach Ihrem Belieben auszufüllen. Die beiden Zeugen werden hierauf entlassen.

Untrene

zu, die dem Angekl. v. Kriegsheim zur Last gelegt werden. Ende 1895 übernahm der Angeklagte auf ein Anerbieten des Bankiers Hermann Friedmann die kaufmännische Direktorstelle in der von Friedmann gegründeten Neuen Electricitätsgesellschaft. Er bekleidete diesen Posten bis zum Juli 1896, wo er auf Beschluß des Aufsichtsrats wegen Verdachts der Untrene aufgeben mußte. Am 21. Juli 1896 — am Tage nach seinem Austritt — die Kasse residiert wurde, ergab sich ein Blanco von 600 M., dagegen fand sich ein Revers des Angeklagten in der Kasse vor, wonach der Angeklagte sich einen Vorschuß in dieser Höhe genommen habe. Der Angekl. erklärte, daß er zur Entnahme des Vorschusses berechtigt war, keinerlei Schäden entstanden sei und er auch nicht das Verwußtsein gehabt habe, die Gesellschaft schädigen zu können. — In einem zweiten Fall soll der Angeklagte Untrene dadurch begangen haben, daß er eine Ausgabe von 600 M. als Vertretungshonorar an den Rechtsanwalt Priester

gebucht, tatsächlich das Geld aber erst mehrere Tage nach seiner Entlassung und zwei Wochen nach der Buchung an Priester gezahlt habe. Der Angeklagte giebt hierfür eine harmlose Erklärung. — In einem dritten Fall wird dem Angeklagten zur Last gelegt, vier Wechsel a 500 M. für die Gesellschaft acceptiert und diskontiert zu haben. Die Wechsel sind von ihm eingelöst worden, ein Nachteil ist für die Gesellschaft nicht entstanden.

Der alsdann verhandelte Betrugsfall betrifft den Zafelbender Schulz. Diesen kennt der Angeklagte schon von der Ritterakademie her, wo Schulz Faktotum war, er hat dann bei letzterem ein Jahr lang gewohnt und mehrfach kleinere Darlehen von ihm erhalten, die er auch zurückgegeben hat. Dann erhielt er auf sein Ersuchen von Schulz 600 Mark und gab ihm dafür einen Wechsel auf den Grafen v. Egloffstein und zur weiteren Sicherheit eine Lebensversicherungs-Police. Den Wechsel hat Zeuge vergeblich eingelöst und noch Kosten hinterher werfen müssen, und die Police war, wie sich später ergab, längst verfallen. Der Zeuge Schulz erklärt, daß er dem Angeklagten das Geld aus alter Bekanntschaft und Anhänglichkeit und ohne die Police gegeben haben würde. Letztere habe nur dazu dienen sollen, seine Ehefrau zu beruhigen. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß er trotz der Erfahrung mit den 600 Mark auch nachträglich noch dem Angeklagten kleinere Geldsummen gegeben und sich bei dem Verteidiger auch erkundigt habe, ob er nichts für eine bessere Gestaltung der Unterjuchungshaft v. Kriegsheims thun könne. Die 600 Mark sind, wie erwähnt wird, fast der gesamte Sparfennig des Zeugen gewesen. Der Vorsitzende bemerkt hierzu: Wenn sich auch vielleicht am Schlusse der Verhandlung ergeben könnte, daß hier das Strafgesetz nicht verletzt worden, so werde doch das menschliche Gefühl sehr verletzt durch die Art, wie hier arme Leute um ihr Geld gebracht worden seien.

Es wird dann ein Fall des versuchten Betrugs erwähnt, der ohne Interesse ist. Der Angeklagte soll versucht haben, unter falscher Darstellung seiner Vermögenslage durch Vermittelung des Angeklagten Wisniam, sich ein Darlehen von 300—500 M. zu beschaffen. Er betrittet die falschen Vorpiegelungen und führt die gegenteilige Darstellung auf Mißverständnisse zurück.

Die Verhandlung wird hierauf auf Donnerstag vertagt.

Versammlungen.

Die polnischen Socialdemokraten Berlins veranstalteten am 28. Januar im Englischen Garten eine Gedächtnisfeier für die vor 14 Jahren in Warschau gemordeten vier Genossen des geheimen socialdemokratischen Klubs „Proletariat“. Der Saal war schon lange vor Beginn der Versammlung überfüllt und wurde polizeilich gesperrt. Viele mußten den Pflanzweg antreten, ohne Einlaß gefunden zu haben. Der Vertrauensmann Gollbrodt eröffnete die Versammlung und forderte die Anwesenden auf, durch das Erheben von den Plätzen die im Kampfe für die Freiheit des Proletariats gefallenen Helden zu ehren. Gollbrodt referierte über die Thätigkeit des socialdemokratischen Klubs „Proletariat“ in Rußland, Polen, über seine Kämpfe mit der despotischen Regierung des Zaren, über jenen schändlichen Prozeß, der eher einer Komödie glich, da die Angeklagten trotz des ihnen vor Augen stehenden Todes als die muthigsten Ankläger der verfaulenden Zustände des russischen Reiches auftraten. Redner wies auf die Früchte hin, welche das vergossene Blut der unschuldig Gemordeten für das polnische Proletariat getragen hat, es giebt wohl kein Plätzchen auf der russisch-polnischen Erde, wo nicht die socialdemokratische Lehre ihre feste Wurzel gefaßt hätte, und in Warschau, wo dieser Mord begangen worden ist, findet man wohl keinen Arbeiter, der nicht ein überzeugter Socialdemokrat wäre. Dieser stolische Fortschritt giebt uns die Gewißheit, daß in nicht zu langer Zeit das Proletariat die Befreiung der arbeitenden Klasse von der tyrannischen Gewalt vollziehen wird. Hierauf ergriff Genosse Verus das Wort. Er verglich u. a. in einer längeren Ausführung die gemordeten socialdemokratischen Helden mit den christlichen Märtyrern des Altertums, und forderte zum engen Anschluß an die Socialdemokratie und zur Ausdauer im Kampfe für Wahrheit und Recht auf. Am Schlusse seiner Ausführungen unterbreitete Redner den Versammelten eine Resolution, die sich im Sinne des Referats bewegte. In der Diskussion meldete sich ein Gegner, welcher Propaganda für die polnisch-litauischen Vereine machen wollte; derselbe wurde nicht nur von unsern Genossen Vorwärts und Lohli treffend widerlegt, sondern selbst ein Mitglied des polnisch-litauischen Vereins, Schuhmachermeister Janiszewski, bekämpfte seine Ansicht und empfahl allen Polen, sich der polnisch-socialdemokratischen Organisation anzuschließen. Hierauf verlas Feud in dem letzten Brief eines der Verurteilten, der aus dem Gefängnis an die Genossen gerichtet war. Nach einem Gesangsbeitrag des Gesangsvereins „Wolny duch“ und dem Vortrag eines der Hingerichteten gewidmeten Gedichtes, sowie dem Abzingen des Socialistenmarsches, der Marzellense und eines allgemeinen Arbeiterliedes wurde die erhebende Feier geschlossen.

Der Verband der Zimmerer (Zahlstellen Berlin und Vorort) hielt am Sonntag seine erste diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Knäuper widmete dem verstorbenen langjährigen Mitgliede Karl Licht einen Nachruf. Die Versammlung ertheilte den Dahn-geklenderten durch Erheben von den Plätzen. Nachdem der Kassierer Kube den Kassenbericht für das 4. Quartal 1899 vorgetragen hatte, erteilte ihm die Versammlung Decharge und bewilligte ihm für das abgelaufene Jahr 80 Mark Managelgelder. — Aus dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht für 1899, der ein anschauliches Bild von der Thätigkeit und dem Fortschritt der Organisation giebt, heben wir folgendes hervor: Beim Jahresabschluss ließ sich feststellen, daß die Arbeitsverhältnisse im Zimmergewerbe in Berlin und den Vororten zwar noch nicht zufriedenstellende sind, daß aber durch den mit dem Unternehmern abgeschlossenen Vertrag eine bedeutende Besserung eingetreten ist. In der letzten Woche des alten Jahres war nur noch ein Unternehmer in Rixdorf bekannt, der den Stundenlohn von 60 Pf. nicht zahlte. Ein so günstiges Verhältnis ist seither noch nicht dagewesen. Bezüglich der Laubenden liegt noch vieles im argen, aber auch hier ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Arbeitsverhältnisse bezw. Pflanzereien haben 8 stattgefunden, davon 7 auf Berliner Gebiet. Durch das Verbandsbureau wurden 28 Klagen und Unfallsachen, davon 21 mit Erfolg vor den zuständigen Gerichten erledigt. Obgleich ein richtiger Arbeitsnachweis nicht bestand, wurde doch 698 Kameraden durch das Verbandsbureau Arbeit vermittelt. — Der Verband hat im verwichenen Jahre wieder gute, und noch bessere Fortschritte gemacht, wie im vorhergehenden Jahre. Während im Jahre 1898 die Mitgliederzahl in den Zahlstellen Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Friedrichsberg, Rantow, Lichterfelde und Teltow zusammen von 1185 auf 1481 stieg, ist sie bis zum Schlusse des Jahres 1899 auf 2054 gewachsen. (Davon in Berlin 1476, Charlottenburg 256, Rixdorf 116, Friedrichsberg 72, Rantow 21, Lichterfelde 67, Teltow 48.) Dadurch, daß die arbeitslosen Mitglieder von den Beiträgen befreit sind, war eine ziemlich genaue Kontrolle der Arbeitslosigkeit möglich. Diefelbe ergab, daß von den 2054 Mitgliedern nur 508 während des ganzen Jahres beschäftigt waren, während 1246 Mitglieder teils kürzere, teils längere Zeit arbeitslos waren, und zwar: 387 Mitglieder = 1 Woche, 176 = 2 Wochen, 114 = 3 Wochen, 98 = 4 Wochen, 89 = 5 Wochen, 220 = 6 bis 10 Wochen, 88 = 11 bis 15 Wochen, 86 = 16 bis 20 Wochen, 43 über 20 Wochen. — Sammelkarten zum örtlichen Fonds wurden am 1. November 1898 1720 Stück ausgestellt. Die Zahl derselben stieg bis zum 1. November 1899 auf 2885. In der ersten Novemberwoche gelangten für das laufende Jahr 2154 neue Karten zur Ausgabe. Die Differenz zwischen dieser Zahl und der Quiszahl des Vorjahres ist auf die Fluktuation im Zimmergewerbe

zurückzuführen. Bei der Kontrolle am 8. Juli 1898 hatten 65 Proz., am 1. November 1898 88,5 Proz., am 5. Juni 1899 75 Proz., und am 1. November 1899 81,5 Proz. der Kartentinhaber ihre Beiträge regelmäßig geleistet. Danach zu urteilen, nimmt die Erkenntnis, daß der Verband eine leistungsfähige Stütze im wirtschaftlichen Kampfe ist, immer mehr zu.

Die Gesamtsumme der 7 Zahlstellen inklusive des örtlichen Fonds beträgt 47 221,46 M. In Prozenten berechnet sind diese Gelder wie folgt veranlagt worden:

Am die Hauptkasse gesandt	19 630,18 M.	= 41,57 Proz.
Bestand des örtlichen Fonds	12 106,89	= 27,70
Bestand in den Lokalkassen	2 202,04	= 4,63
An andre Gewerkschaften	2 122,85	= 4,50
Streikunterstützung	1 080,05	= 2,24
Verwaltungskosten, sämliche	8 123,61	= 6,11
Verwaltungskosten, persönliche	2 949,84	= 5,13
Unterstützung an Kameraden	682,80	= 1,23
Für frei abgestempelte Organisationsbeiträge	658,—	= 1,40
Agitation	1 864,35	= 3,45
Sonstige Ausgaben	920,85	= 1,93
Summa	47 221,46 M.	= 100,00 Proz.

Es wurde vor Renjahre vielfach die Befürchtung ausgesprochen, die Unternehmer werden den Bestimmungen des Vertrages bezüglich der Erhöhung des Lohnes nicht nachkommen. Diese Befürchtung hat sich nicht erfüllt, vielmehr läßt sich heute konstatieren, daß nur sehr wenige Unternehmer den Lohn von 66 1/2 Pfennig nicht zahlen, und auch dort, wo es der Fall ist, wird es in nächster Zeit geregelt werden.

Der Vorsitzende Knäuper fügte dem Bericht noch einige mündliche Erläuterungen hinzu und bemerkte, es lenne jetzt in erster Linie darauf an, daß der Vertrag, der ja bekanntlich den Unternehmern so unheimlich sei, daß sie ihn ganz los sein möchten, aufrechterhalten werde. In der nachfolgenden Diskussion wurden wieder an dem Bericht noch an der Thätigkeit des Vorstandes nebenswerte Anstellungen gemacht.

Nachdem der Vorstand ausgesetzt worden war, fand die Renwahl desselben statt, die folgendes Resultat hatte: Knäuper 1. Vorsitzender, Kube, 1. Kassierer, Tabeert 1. Schriftführer, Rieder 2. Vorsitzender, Schulz, 2. Kassierer, Drudenhard 2. Schriftführer. Als Revisoren wurden Zätske und Ranschow, als Bezirkscontroleure Daniel und Hengze gewählt. Dem beställigte man 12 von den Bezirken vorgeschlagene Bezirkskassierer und bewilligte dem 1. Schriftführer eine vierteljährliche Entschädigung von 10 M.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Musikinstrumentenarbeiter hielten am 28. Januar eine Branchenversammlung ab. Köske erstattete den Bericht über die Thätigkeit der Kommission. Diefelbe hielt 15 geschäftliche, 12 Vertretungsversammlungen und 5 Branchenversammlungen ab. Differenzen waren in einer ganzen Reihe von Fabriken ausgebrochen, welche meist auf gutlichem Wege beigelegt wurden und dort, wo die Arbeiter organisiert und eintig waren, auch zu Gunsten derselben. Zur Arbeitsniederlegung kam es nur in einem Betrieb. Diese wurde nach achtstündiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. In die neue Kommission wurden 14 Mitglieder gewählt.

Der Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter (Bureau: Kommandantenstraße 25, I) hielt am 18. und 23. Januar seine Generalversammlungen ab. Den Vorstandsbericht gab Straube und bemerkte, daß der Verband einen bedeutenden Aufschwung genommen habe. Während am Schlusse 1898 nur ca. 1700 Mitglieder waren, stieg die Zahl Ende 1899 auf ca. 2750 Mitglieder.

Rein als Kassierer gab den Vierteljahres- sowie den Jahresbericht. Die Einnahme im 4. Quartal betrug 4912,98 M., die Ausgabe 4175,97 M.

Steinle giebt den Bericht des Arbeitsnachweises für das 4. Quartal. Gemeldet wurden 339 Stellen. Davon konnten 126 für sich, 94 zur Anstufung besetzt werden. Nicht besetzt wurden 119 Stellen, und zwar waren in 32 Fällen keine passenden Kräfte vorhanden, 12 wurden zu spät gemeldet, 5 waren falsch berichtet, 20 sollten später Nachricht erhalten. Wegen zu langer Arbeitszeit oder zu niedrigen Löhnen wurden 32 Stellen abgewiesen, in den übrigen 18 Fällen waren verschiedene Gründe für die Ablehnung vorhanden. Der angebotene Lohn betrug im Höchsthalle 14 M., der niedrigste 24 M., die längste Arbeitszeit war 14, die kürzeste 2 Stunden. In 56 Fällen wurde Sonntagsarbeit verlangt, für die nur in seltenen Fällen Vergütung gewährt wurde, daselbst trifft für die Ueberstunden zu. Stellenlos meldeten sich vom 1. Oktober bis 31. Dezember 249 Kollegen, davon gingen 224 in Stellung; 191 für fest und 33 zur Anstufung. Die längste Arbeitslosigkeit betrug 8 Wochen, die kürzeste 1 Tag, der Durchschnitt betrug 8—9 1/2 Wochen. Die Versammlung beschloß sodann die Anstellung eines zweiten Beamten, mit welchem Amt Steinle betraut wurde, der ein wöchentliches Gehalt von 80 M. erhält. Die Renwahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes Resultat: Straube, 1., Dopatska, 2. Vors.; Rein, 1. Kassierer; Schultze, 1. Schriftf. Hierauf wurde folgender Antrag beraten: Die Unterzeichneten erheben die Generalversammlung, den am 26. September 1899 gefaßten Beschluß betreffs Nichtgründung eines zweiten Centralverbandes aufzugeben. Eine an den Osterfeiertagen 1900 stattfindende Konferenz wird die Form der Organisation wie auch die fernere Taktik festlegen. Rein begründete in ausführlicher Weise diesen Antrag. Schultze ist für eine Einigung, aber ganz entschieden gegen eine Vereinigung. Albold spricht gegen und beantragt event. Urabstimmung der Berliner. Sein Antrag wurde dem Vorstand aberwiesen und der Antrag Rein und Genossen unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Die Untersützungsregeln werden wieder für ein Jahr genehmigt. Auf Anregung Blum beschloß die Versammlung, die 500 M., mit welchen sie am Gewerkschaftshaus beteiligt ist, dort weiter zu belassen.

Die in der Kürschnerlei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten für Montag eine öffentliche Versammlung einberufen, die leider nur mäßig besucht war. Wien erstattete namens der bisherigen, als Vertrauensleute bezeichneten Lohnkommission Bericht über deren Thätigkeit im vorigen Jahre. Obwohl vor einigen Jahren von den Unternehmern ein neuer Lohnvertrag anerkannt wurde, sei derselbe in den meisten Betrieben gar nicht ausgeführt. Leider sind es gerade die Arbeiterinnen, die am wenigsten den Lohnvertrag beachten. Die Jahres-Einnahme betrug mit dem Bestand vom Jahre 1898 in Höhe von 671 M. insgesamt 1280,94 M., bei einer Ausgabe von 255,30 M., so daß ein Bestand von 1025,64 M. verbleibt. Infolge der Vereinigung des Koalitionsverbands wird von der Renwahl einer Kommission Abhand genommen und Wien als alleiniger Vertrauensmann der Kürschner ernannt, zugleich als stellvertretender Delegierter beim Gewerkschaftskartell. Wittig berichtet über seine Thätigkeit als Mitglied des „internationalen Sekretariats“, das nach seinem Austritt die bei Errichtung desselben gehegten Erwartungen leider nicht erfüllt habe, weshalb er beantragte, daß Berlin davon zurücktrete. Nachdem aber Wegge sich entschieden dagegen erklärt, da man noch weitere Erfolge abwarren möge, erklärt Wittig, seinen Antrag vorläufig zurückzustellen, und in einem Artikel der internationalen „Kürschnerzeitung“ zu einer regeren Agitation auffordern zu wollen. Den streitenden Kölner Formschneidern wurden 30 M. als Unterstützung gewährt. Am 12. Februar findet eine Mitglieder-Versammlung statt.

Drig. Am 26. Januar sprach im Volksbildungsverein Genosse Stramm in sehr interessanter Weise über: Russische Denkwürdigkeiten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Sonntag, 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Fein-Palast, Burg- und Wolfsgangstrassen-Ecke:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kasienbericht des Kassendirektors. 2. Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter, der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsschlichters. 3. Erklärungen zur Ortsverwaltung. 4. Nominierung der Delegierten zum Verbandstag. 5. Bericht des Gewerkschaftsrates. 6. Wohl des Gewerkschaftsrates.

Nur Eintritt mit Mitgliedsbuch.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Weichstr. 20-21: Sitzung der Orts-Verwaltung.

Zur Beachtung! Die Kollegen, welche zum Gesellen-ausschuss nominiert sind, werden ersucht, in der Ortsverwaltung-Sitzung zu erscheinen.

Branchen-Versammlungen

Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppensstraße 29:

Schlafzimmer-Einrichtungen

(Bettstellen, Nachtschubladen, Untersätze, Ankleide- und Garderobenschränke).

Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, bei Stechert, Andreasstraße Nr. 21:

Büffetts und Schreibtische.

Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinshaus „Südost“, Waldemarstr. 75:

Tischmacher

(inkl. Damenschneiderei- und Nähtischmacher).

Freitag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexander-Strasse Nr. 27c:

Küchenmöbel

(Berlin und Vororte).

Donnerstag, den 1. Februar, bei Behrend, Mantuffelstr. 97:

Luxusmöbel.

Tagesordnung: Unsere Forderungen.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kupferschmiede.

Sonntag, 4. Februar, nachm. Punkt 3 Uhr, in Feindts Salon, Weichstraße 11:

Öffentliche Versammlung

der Kupferschmiede Berlins mit Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die gute alte Zeit. 2. Der Stand des Dispositionsfonds. 3. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten. 4. Beschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Einkäufer.

Zur Deckung der Unkosten findet Teilerhebung statt.

Bierhaus zum Erlanger, Oranien-Strasse No. 108.

Großes Bockbierfest

nach schicklicher Art, mit Konzert, Bayer. Kettig und Selbstanlagen. Prima Dekoration. Gratis: Beim 5ten Glas einen Bodorden, beim 10ten Glas eine Bodenschale. Zahlreiches Besuch entgegenstehend

Max Pönitz.

Öffentl. Protest-Versammlung

des Nordens!

Freitag, 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Raabes Salon, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:

Die Fürsorge der königlichen Charité und des Berliner Magistrats für die erkrankten Arbeiter. (Geschichte der Krankenhäuser). Referent Stadterordneter Dr. C. Freudenberg.

NB. Die Arbeiterchaft des Nordens wird ersucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Männer-Vortrag

morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Stechert, Andreasstr. 21: über: Männerleiden,

vorgetragen an farbigen Lichtbildern vom vrank. Naturheill. Grundmann. Für 20 Pf. eine Broschüre.

Berliner Verein für Naturheilverfahren. Geschäftsstelle: Köpenickerstraße Nr. 72. Sprechstunden 11-2, 6-8.

Orts-Krankenkasse

für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Auf Grund des § 63 des Kassenstatuts teilen wir mit, dass der Vorstand in seiner Sitzung vom 9. d. M. sich folgendermassen konstituiert hat: Vorsitzender: Herr Buchdr.-Besitzer W. Röber, Elsasserstr. 5. Stellvertreter: Herr Gustav Günther, Greifswalderstr. 8. Schriftführer: Herr Gustav Lehmann, Bergmannstr. 27. Stellvertreter: Fräulein Clara Bion, Mantuffelstr. 100. Kassenkontrolleure: Herr Ernst Tübbecke, Pappel-Allee 128 und Herr Karl Wittig, Hussenscheidt-Strasse 7. Beisitzer: Herr Buchdr.-Besitzer Karl Langenscheidt, Halleschestr. 17. Herr Otto Münzer, Dunckerstr. 78.

Berlin, 15. Januar 1900. 2142b

Der Vorstand. W. Röber, Vorsitzender. Gust. Lehmann, Schriftführer.

Hausfrauen!

prüfen die SUPEROL Wasch-Pastille



Hervorragend schmutzlosend. Bedeutende Ersparnisse. Prachtvoll weisse Wäsche. Ueberraschender Erfolg.

Überall erhältlich. Superol-Fabrik, Berlin SW. Friedrichstrasse 15. 140/5*

Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schloffer, Schlächter, Konditoren, Friseur.

En gros - Detail. D. Wurzel & Co., Wrangel-Strasse 17, Ecks Mantuffel-Strasse. 3572L*

Achtung! Rohrer!

Am Sonntag, den 4. Februar, nachm. 3 Uhr, im Lokal des Herrn Wille, Andreasstr. 25:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Besetzung eines Rohrer-Amts. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

N. A.: der Sechser-Kommission: 2155b) Der Vertrauensmann.

Orts-Krankenkasse

der Steindruckerei u. Lithographen Berlins.

Am Donnerstag, den 8. Februar, abends präzis 8 1/2 Uhr, findet im oberen Saale des Vereinshauses, Sophienstr. 15, eine Versammlung der zur diesseitigen Kasse zugehörigen Arbeitgeber statt. Tages-Ordnung: Wahl von 23 Vertretern der Arbeitgeber für die Wahlperiode 1900-1902. § 49 Abs. 5 des Statuts. Der Wahlakt wird um 10 Uhr geschlossen.

M. Stuhlmann, Vorsitzender.

Dr. Simmel

Spezialarzt f. Haut- u. Hautleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Max Kliem's

Fest-Säle, Hasenheide 13, 14, 15.

Im neuen Festsaal, Eingang Hasenheide 13, jeden Sonntag: Gr. Instrumental-Konzert. Anfang 6 Uhr. Eintritt 30 Pf. Vorverkauf 25 Pf. - Nach dem Konzert Tanzkränzchen! - In den Nr. 14 und 15 belegenen Sälen jeden Sonntag: Grosser Ball! Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. - Empfehle meine gesamten Säle Vereinen und Gesellschaften zu Versammlungen und Festlichkeiten. - Die Osterferien sind noch zu Ratteez zu vergeben. [34402*] Max Kliem.

MAGGI

5 Pf.	10 Pf.	12 Pf.	16 Pf.	25 Pf.
1/2 Portion	1 Portion	1 1/2 Portion	2 Portion	3 Portion
Suppe	Suppe	Suppe	Suppe	Suppe

DIE GUTE SPARSAME KÜCHE

Zu haben in allen Delikatess- u. Kolonialwaren-Geschäften und Drogerien.

Am Donnerstag, den 1. Febr., beginnen wir mit dem Ausstoß unfres diesjährigen, besonders kräftig eingebrauten Bock-Bieres.

Münchener Brauhaus Akt.-Ges.

Zähne 2 M.

Reelle Garantie. Teilzahl. Plombieren 1 M. Zahnteil. voll. Schmerzl. Spricht 8-8. Sonnt. 8-6. H. Lange, Blumenstr. 25, Ecke Rathausstr.

Letzte Woche! Großer Brand-Ausverkauf

in Haus- und Küchengeräten, Lederwaren, Galanterie und Spielwaren usw. sowie ein großer Gelegenheitsposten Emaille-Waren sollen schnellstens wegen Renovierung des Ladens zu spottbilligen Preisen ausverkauft werden.

P. Neumann's Central-Bazar

Andreasstraße 62.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1106b

Tischlerei mit zehn Bänken und guter Kundsch. Kaufkraft. Zu erfragen Ritterstraße 11 bei Dagen.

Butter, Mehl, Bortolisch, beste Lage Schöneberg, frankfurter halber verkauft. Kaufkraft. Gieselerstr. 41, Hof IV, Bildband. [2138b]

Beuten, schöner Stand, umhändler halber sofort, 20 Mark. Adalbertstr. 78, vorn I rechts. 2196b

Vorjährige elegante Herren paletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Eck. Rindbergstr. 2872.

Teppiche mit Herdenhefen, Engroslager Große Frankfurterstr. 9, parterre. 7117*

Damenbüsten, Schreibische Vademecum, Regale, Glühbirnen, Wiegenschalen spottbillig. Hülz, Weinbergstr. 13b. 2089b

Nähmaschinen, Robit, Adler, Rad- und Vorwärtsnäher, ohne Anzahlung. Postkarte. Bedner, Duffenstraße 26. 753*

Stoppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre.

Kanarienvögel 4,00, Nachtweihen 75. Umhändler Alexanderstraße 8. 121/2*

Kanarienhähne und Weibchen verkauft billig. Ewald, Schönleinstr. 6. 300K*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung. Postkarte. Lindner, Bernauerstraße 75. 1793*

Großer Möbelverkauf, Oranienstraße 73, zwischen Moritzplatz und Alexanderplatz. Verkauf Hof in meinem vier Etagen hohen Hochhaus. Grobartige Möbel-Kaufstellung. Besichtigung ohne jeden Kaufzwang. Meinen Kunden biete ich große Vorteile durch Erhalten der Ladennetze, Einkauf gegen Bar. Selbstanfertigung der Polstermöbel als Innungsmeister. Constante Zahlungen - Bedingungen zu auf Jahre hinanz verteilt. Keine Steuern. Besuchen Sie meiner Anzahlung. Ich liefere schon gediegene moderne Einrichtungen für 150, 200, 300, 400, hochselegant von 500 bis 10000 Mark. Rührbuch gratis. Brautleute, welche reell und billig kaufen wollen, können sich vertrauensvoll an meine seit zehn Jahren bestehende Firma wenden. Viele Anerkennungsbriefe von hier und anderhalb. Anbau und Mahagoni-Schreibtische, Bettstätten 30, Bettstelle mit Matratze, Kissen 20, französischer Raschel-Beistuhl mit Sprungfedermatratze, Kissen 45, Trümmel 45, Nachtschub 20, Kommode 18, Spiegel 8, Divan mit Sitzauszug 30, Stühle 3, Salonarmaturen 75, Plüschgarnituren 105. Viele Sammlungen neuerer Façons billig. Panzerlöcher mit Sattelstange und Wäschereinfassung 85, gezeichnete Büffets 110, engl. Schlafzimmer, hell, Nussbaum, mit Mahagoni, alle Salons und Speisezimmer äußerst billig. Schreibische 45 Mark. Nachtschub, Luxusmöbel. Verliehen gezeichnete Möbel aller Gattungen jetzt zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Verkaufte Möbel werden 3 Monate kostenlos aufbewahrt und durch eigene Gespanne in die Wohnung geliefert. 88*

Bilderrahmen und Glasereiverstärkung ist billig zu verkaufen. Offerten unter B. 2 bei Blattes. [2145b]

Vorzellan-Geschäft, Neues, passend für Anfänger, billig zu verkaufen. Zu erfragen Schönhauserstr. 19 im Seitenladen. 7106

Junge Hühner, edle, verkauft Junge, Stalgerstraße 54 b. 7106

Nähmaschinen ohne Anzahlung, sämtliche Systeme, Radpreis 7 Mark, Kommode sofort. Postkarte. Bild, Frankfurter Allee 73a. 121/3

Schankgeschäft, umhändlerbar billig. Zu erfragen Vortheilstraße 22 bei Seiler. Bildband, Schneider. 2556b

Halbrenner, hochselegant, Schuld angenommen, für jeden Preis. Kamenstraße 17/18. 2151b

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik, 5. Februar neuer Abendkurs. Bedeutende Zukunft für Herren aller Branchen, namentlich Metallgewerbe. Beste Lehrmethode (theoretisch - praktisch). Prüfung - Zeugnis. - Stellennachweis. - Anmeldung umgehend, persönlich. Jodan, Alte Jakobstraße 24. 2121

Elektrotechnik, Neuer Abendkurs. Jodan, Alte Jakobstraße 24.

Unfallischen, Klagen, Eingaben, Drogen, Elektrizität 65. [1717b]

Modellstoffe, Damen, Herren, elegant, chic, billig. Neue Königstraße 30. 292*

Uhren repariert Wilhelm Hilde, Uhrmacher, Vorkammerstraße 45. [7145*

Vereinzimmer empfiehlt Herr, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für 2 Herren oder Damen (a 8 M.) sofort oder später zu vermieten. Bue. Rosenthal, Gasperstraße 54, Seitenstügel III.

Schlafstellen.

Billige Schlafstelle, zwei Herren, separat, Raunaystraße 90, vorn, Witwe. 2149b

Arbeitsmarkt.

Stellungsangebote.

Wäcker, tüchtige Wäcker für Handbläuen, die bei sauberer, tabelloher Starkerlei und Plätterei Rollen liefern können, finden lohnende Beschäftigung. Dräger u. Fiedemann, Rühlstr. 47/48, III. 2014b

Barockvergoldet und Farbiger verfertigt. Stollschreiberstr. 18.

Harzwerker verlangt Berg u. Co., Rühlstr. 5, II. [2557b]

Klavierspieler verlangt Caspari, Beuelstraße 57. 7130*

Kegelhahn, 14 Jahre, sofort verlangt. Enald, Schönleinstr. 6. [482]

Goldpolierer auf Glasdachboden verlangen Krause u. Simmel, Dresdenstraße 77. 2561b

Tüchtige Stadtbieger für Radbauern verlangen Krause u. Simmel, Dresdenstraße 77. 2561b

Tüchtige Stadtbieger für Radbauern verlangen Krause u. Simmel, Dresdenstraße 77. 2561b

Dirigenten zu kommenden Donnerstagsabend sucht ein kleiner Gesangsverein. Reflektanten wollen sich melden. Kleinauerstr. Schöne, Gieselerstraße 14.

Tüchtigen Steinmetz auf Maxtor verlangt. Jach, Neu-Weihen, Rühlstr. 129. 712*

Wertgeschlosser und Metallarbeiter, nur tüchtige Kräfte, werden eingestellt bei Demitt u. Herz, Georgenstraße 24. 452

Kreisjägerschneider, eingearbeitet auf Holzleihen, verlangt u. Werkmeister, Schulstraße 8a. 2147b

Schneiderin empfiehlt sich zur Anfertigung von Damen- und Kinderkleidern bei sauberer und billiger Ausführung. Frau Göbel, Schweinshäuserstraße 4, vorn I. 2139b

Tüchtige Ledererinnen verlangt W. Krause u. Co., Friedrichstraße 110.

Zupons, tüchtige Arbeiterinnen auf Stoff-Zupons einfachen Genres, die bei sauberer Ausführung hohen liefern können, finden sofort dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Wohnungen unter Vorlage von Probearbeit bei Dräger u. Fiedemann, Rühlstr. 47/48, III. [2154b]

Frauen oder Kinder über 14 Jahre zum Handarbeitenstricken verlangt Schmidt, Altonaerstraße 24. [2556b]

Damen auf bessere Damenjacken (3,50) verlangt Keller Grammann u. Stern, Hausvogelplatz 9.

Unterrednerinnen im Hause verlangt Enald, Große Frankfurterstraße 14. [46K*]

Blusen, tüchtige Arbeiterinnen auf bessere konfektionierte Blusen, welche bei sauberer Ausführung hohen liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Dräger & Fiedemann, Rühlstr. 47/48, III. 2115b

Kräftiges Viefermädchen, Lohn 8 bis 10 Mark Woche, verlangt Schül, Große Frankfurterstraße 14. [47K*]

Kleidchen, Arbeiterinnen bei Schröder, Rantow, Kaiser Friedrichstraße 67. 1944b

Singerstückerin verlangt David Kiese, Jägerstraße 25. 2114b

In Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Möbelpolierer!

Seit dem 4. Dezember sind die Kollegen bei Labors, Rindorf, Knebelstraße, im Ausstand. Zugzug fernzuhalten. 145/6

Der Vorstand des Verbandes

Achtung, Holzarbeiter!

In der Möbelfabrik von Fränkel & Comp., Lützowstraße 108, sind sämtliche Tischler wegen Lohnminderungen ausgeleert.

In der Möbelfabrik von Baumgärtner, Friedrichsberg, Blumenstraße 27, haben sämtliche Tischler wegen Abzüge die Arbeit niedergelegt.

Zugzug fernhalten. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Drechsler!

Von d. Maschinenwarenfabrik von Fabill u. Comp., Gieselerstr. 29 Goldschmidt u. Comp., Ritterstr. 40 Kassel u. Fleischer, Weierstr. 7, Zugzug fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.